



Plenum

119. Sitzung

München, Dienstag, 5. Juli 2022, 14:00 bis 19:17 Uhr

Geburtstagswünsche für den Abgeordneten **Prof. Dr. Gerhard Waschler..** 16511

Regierungserklärung der Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales

"Bayern. Gemeinsam. Stark."

Staatsministerin Ulrike Scharf.....	16511
Katharina Schulze (GRÜNE).....	16525
Thomas Huber (CSU).....	16529
Ulrich Singer (AfD).....	16534
Robert Riedl (FREIE WÄHLER).....	16537
Doris Rauscher (SPD).....	16540
Julika Sandt (FDP).....	16543 16547 16548
Raimund Swoboda (fraktionslos).....	16548 16549
Matthias Enghuber (CSU).....	16550
Eva Lettenbauer (GRÜNE).....	16552 16556
Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER).....	16554 16556
Jan Schiffers (AfD).....	16557 16559
Diana Stachowitz (SPD).....	16559 16561 16563
Petra Högl (CSU).....	16561 16563
Kerstin Celina (GRÜNE).....	16563 16564
Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU).....	16565

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion
FREIE WÄHLER

"Ampelchaos beenden: Gesellschaftliche Spaltung in unserer Heimat abwenden!"

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER).....	16566 16571
Ludwig Hartmann (GRÜNE).....	16571
Dr. Martin Huber (CSU).....	16575
Martin Böhm (AfD).....	16578
Arif Taşdelen (SPD).....	16579
Martin Hagen (FDP).....	16581 16584
Jochen Kohler (CSU).....	16584

Kerstin Celina (GRÜNE).....	16586
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER).....	16588 16591
Kerstin Schreyer (CSU).....	16591

Abstimmung**über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Beschluss.....	16592
----------------	-------

Gesetzentwurf der Staatsregierung**zur Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Drs. 18/23363)**

- Erste Lesung -

Staatsminister Thorsten Glauber.....	16593
Martin Stümpfig (GRÜNE).....	16595 16597 16599 16603
Eric Beißwenger (CSU).....	16597 16599
Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD).....	16598 16599 16602 16605
Benno Zierer (FREIE WÄHLER).....	16601 16602 16603
Florian von Brunn (SPD).....	16603
Martin Hagen (FDP).....	16604 16606
Verweisung in den Unterausschuss.....	16593
Schluss der Sitzung.....	16606

(Beginn: 14:02 Uhr)

Präsidentin Ilse Aigner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 119. Vollversammlung des Bayerischen Landtags und darf Sie darauf hinweisen, dass die Regierungserklärung der Staatsministerin Ulrike Scharf und die folgende Aussprache live auf "BR24" übertragen werden.

Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, möchte ich ganz herzlich Herrn Prof. Dr. Gerhard Waschler zu einem halbrunden Geburtstag gratulieren, den er am 2. Juli feiern durfte – alles Gute im Namen des Hohen Hauses.

(Allgemeiner Beifall)

Ich freue mich, auf der Ehrentribüne die frühere Staatsministerin Emilia Müller und Herrn Kirchenrat Dieter Breit begrüßen zu dürfen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung der Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales
"Bayern. Gemeinsam. Stark."

Das Wort hat Frau Staatsministerin Ulrike Scharf.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Hier an dieser Stelle wurde ich am 23. Februar als bayerische Sozialministerin vereidigt. Ich durfte Ministerin eines Hauses werden, das Großartiges für Bayern leistet. In der Hochphase der Pandemie mussten Tag für Tag neue Entscheidungen zur Unterstützung der Jüngeren, der Älteren, der Schwächeren, für die Kinderbetreuung und für den Dienst an den Menschen getroffen werden. Die nun seit dem Jahr 2018 auf den Weg gebrachten Leistungen stärken die Familien spürbar: das bayerische Familiengeld, das Krippengeld, die Entlastung beim Kindergartenbeitrag.

Meiner Vorgängerin Carolina Trautner danke ich sehr herzlich. Im Dialog mit allen gesellschaftlichen Akteuren hast du während der Corona-Pandemie das soziale Bayern krisenfest gemacht und innovative Ideen weiterentwickelt. – Herzlichen Dank!

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gleich am 24. Februar – Sie alle kennen dieses Datum – mussten wir unmittelbar anpacken, nach dem Motto: Sofort schnelle Betreuung und kraftvolle Hilfe für die Geflüchteten aus der Ukraine. Aktuell sind es 140.000, meist Frauen und Kinder. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus meinem Hause und aus dem Innenministerium. Ich danke unserem Ministerpräsidenten und der gesamten Staatsregierung. Ich danke auch Ihnen allen für die Unterstützung hier aus dem Hohen Hause.

Bayern hat in dieser Krisenzeit sein soziales Gesicht gezeigt und zeigt es auch in Zukunft. Ich weiß, ich trage als Ministerin für Kinder, für Jugendliche und Familien, als Fürsprecherin für die Älteren, als Anwältin für Menschen mit Behinderung und als Ministerin für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer große Verantwortung gerade in diesen Zeiten. Ich bin auch die Ministerin für das gute Miteinander, für die Prävention, gegen Gewalt und Extremismus in unserer Demokratie. Deshalb möchte ich für gegenseitigen Respekt werben und für die Gleichheit in Vielfalt arbeiten. Ich möchte gegen falsche Rollenzuweisungen, veraltete Schablonen und

Feindbilder angehen. Ich möchte eine Ministerin sein, die Vorurteile aufbrechen und Diskriminierung überwinden will. Auch diese Aufgaben haben neue Bedeutung erlangt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, leben und leben lassen – das ist ein wunderbares und zutiefst bayerisches Credo. Dieser freiheitlichen und toleranten Lebenseinstellung der Menschen in Bayern fühle ich mich verpflichtet. Das bedeutet mit anderen Worten, Diversität in einem umfassenden Sinne tatsächlich zu leben, zu pflegen und zu verteidigen. Vielfalt ist unsere Stärke. Doch wir spüren, dass wir mehr zum Schutz unserer Freiheit in Vielfalt und für unser Zusammenleben in Respekt und Frieden tun müssen. Jede und jeder Einzelne ist gefordert, wir als Abgeordnete, jede Bürgerin, jeder Bürger, in der Arbeit, im Internet, im Bekanntenkreis. Wir müssen mehr tun gegen das Gift von Hass und Lügen. Wir müssen mehr Einsatz für ein stabiles und krisenfestes Miteinander zeigen, damit auch in Zukunft gilt: "Bayern. Gemeinsam. Stark."

Nach vielen persönlichen Begegnungen im ganzen Land sehe ich das soziale Bayern auf einer Bewährungsprobe. Mein erster Tag im Amt der Sozialministerin war überschattet vom Angriff auf die Ukraine, vom Angriff eines rücksichtslosen Despoten. Der Überfall ist ein Zivilisationsbruch. Aus den ersten Monaten in meinem Amt werde ich eine Begegnung in meinem Gedächtnis behalten. In meinem Stimmkreis war ich zu Besuch bei einer Familie, die eine ukrainische Mutter mit ihren zwei Töchtern aufgenommen hat. Dafür haben sie sogar ihr Haus umgebaut. Die Mutter aus der Ukraine hat mir unter Tränen berichtet, dass ihre größere Tochter zu diesem Zeitpunkt bereits wieder zu Hause war. Zum Abschied hat sie ihr gesagt: Mama, ich will zurück nach Kiew, zurück zu meinem geliebten Freund. Er verteidigt unsere Heimat. Er braucht mich. Diese Worte klingen nach. Umso mehr sage ich allen Familien, die Geflüchtete aufgenommen haben, und allen Tausenden ehrenamtlichen und hauptamtlichen Helferinnen und Helfern ein ganz herzliches Vergelt's Gott.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Wir haben allen Geflüchteten Schutz und Versorgung gegeben. Nun wollen wir ihnen auch Perspektiven eröffnen. Es ist wichtig, dass die Kinder in die Kita und in die Schule gehen. Die wertvollen Ausbildungen der Erwachsenen sollten rasch anerkannt werden. Ich befinde mich hierzu in einem intensiven Austausch mit allen Zuständigen, wie wir noch besser werden können.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, als bayerische Umweltministerin hatte ich die Ehre, für die ökologischen Grundlagen unserer Heimat arbeiten zu dürfen. Nun ist es meine Verantwortung, die sozialen und menschlichen Grundlagen mitzugestalten. Wir alle wissen, diese Grundlagen sind unter Druck geraten. Viele Gewissheiten der letzten Jahrzehnte sind erschüttert. Das Kontinuitätsversprechen für kalkulierbare Lebenswelten ist brüchig geworden. Es gibt zunehmend Zweifel am Zukunftsversprechen der sozialen Marktwirtschaft. Wir alle haben den Satz noch im Ohr: Mein Kind soll es einmal besser haben. Wir müssen alles dafür tun, dass dieses Vertrauen wieder an Kraft und Stabilität gewinnt. Nur wer auf eine soziale und lebenswerte Zukunft vertraut, wagt etwas, hat Freude an Neuem, gründet eine Familie und bringt Kinder zur Welt.

Bayern ist allein im vergangenen Jahr um 37.000 Menschen gewachsen. Das entspricht einer Stadt fast so groß wie Memmingen oder Coburg. Die Zahl der Geburten in Bayern steigt von Jahr zu Jahr. In Bayern wurden im vergangenen Jahr über 134.000 Babys geboren. Das ist innerhalb von 10 Jahren ein Plus von 30.000 Mal Glück und Freude. Die Menschen bekommen Kinder, weil sie an die Zukunft glau-

ben. Das ist für mich als Familienministerin und als Mutter eine großartige Nachricht und etwas sehr Schönes.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dennoch wissen wir, dass die Sorgen zunehmen. Wir alle werden in unserer Heimat mit neuen Fragen und Sorgen konfrontiert. Die Menschen fragen uns von Berchtesgaden bis Aschaffenburg: Wie teuer werden unsere Mietnebenkosten? Wie lange reicht meine Rente? Kann der Staat überhaupt noch helfen? – Als Ministerin für Familie, Arbeit und Soziales möchte ich für die Menschen da sein und die Ängste mildern. Dafür brauchen wir langfristige Antworten auf Fragen der Menschen, aber auch Sofortmaßnahmen.

Der allgemeine Preisanstieg, die Inflation führt bereits zu spürbarem Kaufkraftverlust im Monatsbudget eines jeden Haushalts. Dies trifft prozentual besonders hart die Familien, die Rentnerinnen und Rentner, die Alleinerziehenden und die jungen Leute in Ausbildung oder Studium, die keine Rücklagen haben. Die Bundesregierung hat geholfen – keine Frage. Das ist richtig und findet im Grundsatz unsere Unterstützung. Aber ich habe von Anfang an auf eine schwerwiegende Schieflage hingewiesen: Mit ihrem Hilfspaket, zuletzt mit der Energiepauschale, vergisst die Bundesregierung 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner. Das ist ein sozialpolitischer Skandal, der umgehend korrigiert werden muss.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn ich noch anfügen darf: Von der gestrigen "Konzertierten Aktion" sind nicht viele gute Botschaften übrig geblieben. Vielleicht könnte man auch sagen: Das war ein richtiger Flop.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie ist die Ausgangslage in Bayern? Trotz der Mehrfachkrisen und der aktuellen Sorgen geht es den Menschen in Bayern alles in allem gut. Dies belegt der Fünfte Bericht der Bayerischen Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern. Mit seinen Daten und Fakten schaffen wir ein stabiles Fundament für die Arbeit des Landtags und der Staatsregierung. Ich danke allen, die mit sehr viel Mühe und Einsatz daran mitgewirkt haben, den Bericht so zu erstellen.

Der Bericht zeigt: Das Fundament unseres sozialen Wohlstands ist stabil. Wir haben die geringste Arbeitslosenquote in ganz Deutschland – 3,5 % im Jahr 2021. Die Menschen hier haben im Ländervergleich die besten Chancen. Bayern hat die höchste Erwerbstätigenquote und die niedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland. Das ist der Bayern-Zweiklang: bundesweit die meisten Menschen in Arbeit und die wenigstens ohne Arbeit. Freuen wir uns über dieses stabile Fundament unseres bayerischen Sozialstaats!

Die Unterschiede zwischen den Landesteilen sind in den vergangenen Jahren immer geringer geworden; auch das ist eine sehr gute Nachricht. Blicken wir auf die einstmals am Arbeitsmarkt wirklich nicht von der Sonne verwöhnte Oberpfalz, stellen wir fest: Heute ist sie eine boomende Zukunftsregion, heute die Nummer eins beim Arbeitsmarkt. Herzlichen Glückwunsch dazu!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Jugend findet überall in Bayern gute Chancen, die Familien haben überall gute Perspektiven. Das ist eine sehr gute Nachricht, die uns wirklich positiv in die Zukunft schauen lässt. – Bayern ist Chancenland. Ich danke allen Beteiligten an unseren Paketen für die Ausbildung und die berufliche Weiterbildung. Ich nenne auch den wichtigen Runden Tisch mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberinnen

und Arbeitgebern, den unser Ministerpräsident einberufen hat. Als Arbeitsministerin danke ich den Tausenden kleinen und großen Unternehmen, den Wirtschaftsverbänden, den Gewerkschaften. Mir ist es wichtig, immer die zwei Seiten der Medaille zusammen zu denken: Bayern ist sozial stark, wenn es wirtschaftlich stark ist; das ist die unbedingte Voraussetzung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Hand in Hand, miteinander statt gegeneinander – diese soziale Verantwortung, dieser stabile soziale Friede macht Bayern zum Land der Möglichkeiten. Jeder und jede ist gleich viel wert. Jeder und jede wird dringend gebraucht.

Bayern hat die niedrigste Quote an Bezieherinnen und Beziehern von Sozialleistungen. Nur 4,5 % der bayerischen Bürgerinnen und Bürger, und damit nur etwa halb so viele wie im Bundesdurchschnitt, bezogen zum Jahresende 2020 Leistungen der sozialen Mindestsicherung. Bei den Älteren ist die Lage noch etwas besser. In Bayern haben sich viele Menschen nicht nur Wohneigentum, sondern auch weitere Rücklagen für die Altersvorsorge erarbeitet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Sozialbericht zeigt: Bayerns soziales Netz trägt. Dabei wird das Netz von zwei Seiten gespannt – Eigenverantwortung auf der einen, Solidarität auf der anderen Seite. Das Prinzip "Fördern und Fordern" hat sich bewährt. Ich habe deshalb wenig Verständnis dafür, dass die Bundesregierung jede Sanktion in der Grundsicherung für Arbeitsuchende ausgesetzt hat, auch wenn sie absichtlich jede Kooperation mit den Jobcentern ablehnen. Das demotiviert alle engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern, die doch nichts anderes wollen, als dass gesunde, arbeitsfähige Menschen wieder in Arbeit kommen. Solidarität, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist keine Einbahnstraße. Auch das ist soziale Gerechtigkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Noch etwas möchte ich festhalten: Mit das Schlimmste in unserem Sozialstaat ist die organisierte Sozialkriminalität. Entsprechende Medienberichte über groß angelegten Sozialbetrug wühlen die Menschen auf. Hier wird unser Rechtsstaat verhöhnt und vorgeführt. Ich nenne das eine skrupellose Bereicherung zulasten der hart arbeitenden Menschen. Sie zahlen die Sozialabgaben, sie erarbeiten die Steuereinnahmen. Die Gerichte haben meine volle Rückendeckung, in diesen Fällen mit der ganzen Härte des Rechts vorzugehen. Niemand darf unsere Solidargemeinschaft ausnutzen. Der Ehrliche darf nicht der Dumme sein!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das sage ich auch zum Schutz der einsatzbereiten und pflichtbewussten Menschen in Bayern. Die Kraft unseres Sozialstaats, meine Kolleginnen und Kollegen, erwächst aus der Lebensleistung von Millionen Bürgerinnen und Bürgern. Das soziale Netz wird getragen von Menschen, die Tag für Tag ihre Pflicht tun, die morgens früh motiviert zur Arbeit gehen, die Kinder erziehen, die Ältere pflegen, die sich nach Feierabend noch im Ehrenamt einbringen.

Der Sozialbericht bestätigt es: Über zwei Drittel der bayerischen Bevölkerung engagieren sich freiwillig oder sind gemeinschaftlich aktiv. Unser Sozialstaat baut auf diesem großen Gemeinsinn und dem Einsatz der Menschen auf. Das sind die Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen kann, für die er nur seine Unterstützung zur Verfügung stellen kann, und das tun wir auch. An dieser Stelle unser herzlicher Dank für diese Lebenseinstellung und diesen Einsatz für unsere Heimat Bayern!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Ja, der Applaus für die Ehrenamtlichen ist wirklich wichtig; denn sie leisten Unglaubliches in allen Bereichen. Das haben sie in der Pandemie gezeigt. Aber auch jetzt, in der Ukraine-Krise, erleben wir, was das Ehrenamt uns tatsächlich bringt.

Bayern ist für schwierige Zeiten gerüstet. Der Sozialbericht gibt uns aber auch strukturelle Zukunftsaufgaben mit auf den Weg. Wir müssen weiterkommen, gerade bei der Bekämpfung der Altersarmut von Frauen. Die beste Armutsprävention sind ein guter Arbeitsmarkt und ein möglichst durchgängiges Erwerbsleben. Auch deshalb wollen wir die Ganztagsangebote in der Kinderbetreuung ausbauen. Für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, wollen wir die Rente weiter verbessern. Für diese Generation war die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleistung besonders schwierig. Wir wollen ihre Lebensleistung noch stärker anerkennen. Dafür steht die sogenannte Mütterrente 3. Nur so können wir diese Gerechtigkeitslücke schließen und die Erziehungsleistung angemessen honorieren.

Gleiches gilt für die Pflegezeiten, die in der Rente besser berücksichtigt werden sollen. Die Erziehungsarbeit für Kinder, aber auch der Dienst am Pflegebedürftigen muss uns als sozialer Gesellschaft mehr wert sein als in der Vergangenheit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir halten eine neue Rentenreform für erforderlich, verbunden mit der Weiterentwicklung der privaten und der betrieblichen Altersvorsorge. Es muss einen neuen Anlauf geben, liebe Kollegen und Kollegen, um die Rentenversicherung zukunftsfest zu machen.

Neben den aktuellen Aufgaben möchte ich die langfristigen Herausforderungen für unseren Sozialstaat aktiv angehen. Ich nenne nur schlaglichtartig die digitale Transformation – mit allen Chancen, aber auch mit allen Veränderungen. Ich nenne den zunehmenden Wandel in den Erwerbsbiografien mit befristeten Phasen der Selbstständigkeit; auch dafür brauchen wir neue Antworten, wenn es um die Absicherung geht. Und ich nenne das Thema "gläserne Mitarbeitende" als mögliche Folge immer neuer digitaler Tools und Anwendungen. Kurzum: Wir brauchen passgenauere Angebote der sozialen Sicherung und des Arbeitsschutzes.

In der zweiten Jahreshälfte werde ich einen Schwerpunkt bei der neuen Arbeitswelt setzen. Mit den Veranstaltungen meiner Themenplattform "Arbeitswelt 4.0" widmen wir uns der tiefgreifenden Transformation unserer Volkswirtschaft, und auch bei der Berufsbildungsmesse im Dezember richte ich den Blick darauf. Mit einer wissenschaftlichen Fachtagung lege ich einen Fokus auf die globalen Entwicklungen in der Folge für unsere Sozialpolitik. Meine Damen und Herren, neue Fragen brauchen neue Antworten, um unseren Sozialstaat wirklich zukunftsfest zu machen.

Ich freue mich, die Ergebnisse aus dem Fünften Sozialbericht, der uns jetzt vorliegt, mit den Fachausschüssen des Landtags und mit Ihnen allen diskutieren zu können. Mit dem Sozialbericht als Fundament können wir Debatten versachlichen und einseitige Darstellungen zurechtrücken. Dazu leiste ich gerne meinen Beitrag und reiche gerne die Hand. Ich habe nur eine Bitte: Leisten wir als Demokraten keinen Beitrag zur Spaltungsrhetorik der Extremisten. Treiben wir nicht auseinander, sondern bringen wir zusammen! Wir werden in den kommenden Monaten enger zusammenrücken müssen. Das ist mein Appell an unsere gemeinsame Verantwortung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser christliches Menschenbild bedeutet für mich einen fundamentalen Auftrag. Bayern muss Chancenland für alle sein. Als Sozialministerin liegt mir deshalb die Inklusion von Menschen mit Behinderung sehr am Herzen, ganz im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention.

Es sollte für uns alle ganz selbstverständlich sein, dass Menschen mit und ohne Behinderung miteinander leben, miteinander lernen und miteinander arbeiten. Für dieses Ziel haben wir allein in diesem Jahr aus dem Corona-Investitionsprogramm der Staatsregierung 95 Millionen Euro für Beschäftigungs- und Wohnplätze einsetzen können. Das ist ein Kraftakt im Dienste der Menschen mit Behinderung.

Die berufliche Inklusion für Menschen mit Behinderung – auch das ist wichtig und liegt mir sehr am Herzen – soll ein Schwerpunkt unserer bayerischen Arbeits- und Sozialpolitik sein. 2021 haben wir für die berufliche Inklusion rund 89 Millionen Euro aus Mitteln der Ausgleichsabgabe eingesetzt. Das ist eine Steigerung um 50 % im letzten Jahrzehnt.

Wir werden die Barrierefreiheit im Alltag und damit die Teilhabe der Menschen mit Behinderung weiter verbessern. Mit dem Programm "Bayern barrierefrei" ermöglichen wir individuelle Freiheiten, und dafür sind zwischen 2015 und 2021 790 Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden. Allein in diesem Jahr sind es 146 Millionen Euro. Wir alle wissen: Das ist eine Daueraufgabe. Der Auftrag, Bayern barrierefrei zu machen, kennt keinen Endpunkt und nur ein Ziel, nämlich die Teilhabe und die Freiheit für alle Menschen in Bayern, also gelebte Inklusion.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich darf dem Hohen Haus zudem ankündigen, dass wir im Herbst unsere neue Strategie für Menschen mit Autismus-Spektrum-Störung vorstellen werden.

Zur Diskussion um eine verbesserte Unterstützung der Menschen mit Hörbehinderung möchte ich sagen: Unser Sozialstaat fördert Kommunikationshilfen in vielen Bereichen des Lebens. Aber es reicht leider nicht überall. So haben wir bereits jetzt zusätzlich mehr als 1,3 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, und ich versichere Ihnen, dass ich die Bedürfnisse der Gehörlosen in Bayern klar sehe. Inklusion von Menschen mit Behinderung ist für die Gesellschaft eine Herausforderung und eine Riesenchance zugleich. Ich werde mich deshalb ganz besonders darum kümmern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stamme aus einem mittelständischen Familienbetrieb und habe seit meiner Kindheit erlebt, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern sich immer wieder auf neue Situationen eingestellt haben. Sie sind neugierig geblieben und optimistisch, und ich bin zutiefst überzeugt: Jeden Tag schaffen unsere gut ausgebildeten Fachkräfte den sozialen, den ökonomischen und auch den ökologischen Wohlstand in Bayern. Davor habe ich größten Respekt.

Wir leben in einer Welt des Wandels. Die Stichworte sind Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie. Die Alltagswelt der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird vernetzter, sie wird innovativer, sie wird sehr viel flexibler, und dabei möchte ich jeden und jede tatkräftig unterstützen, sich fit für die Zukunft zu machen. Das wichtigste Werkzeug ist unser Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0. Ich bin wirklich begeistert von den persönlichen Beispielen auf unserem Weiterbildungstool "kommweiter.bayern.de". Alle Angebote werden natürlich auch an die Betriebe gerichtet. Ich kann nur sagen: Reinschauen lohnt sich.

Mir ist auch ganz wichtig, dass wir die neuen digitalen Chancen und natürlich auch Homeoffice nutzen, auch als bleibende Lehre aus der Pandemie. Das sind große Fortschritte gegenüber den alltäglichen Belastungen der Berufspendler und auch ganz neue Wege einer familienfreundlichen Arbeitswelt. Dazu bin ich mit den Ar-

beitgeberverbänden und den Gewerkschaften eng in Kontakt. Auch der öffentliche Dienst muss hier Vorbild sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kinder sind das Wertvollste, was wir haben. Unsere Verfassung spricht es aus: "Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes." – Artikel 125 der Verfassung des Freistaates Bayern. Kinder verbinden das Heute mit dem Morgen. Wo Kinder sind, ist Zukunft, und ich sage aus Überzeugung: Geht es den Kindern gut, geht es den Familien gut, dann geht es auch Bayern gut. Familie ist wertvoll in ihren vielfältigen Formen: Paarfamilien mit Kindern, Großfamilien mit mehreren Generationen, Alleinerziehende, Patchwork-Familien mit adoptierten Kindern und Regenbogen-Familien. Familie hat ganz vielfältige Gesichter. Das alles ist die Vielfalt der Familienmodelle, das alles ist die wertvolle Keimzelle unseres Gemeinwesens. In der Familie wird Urvertrauen vermittelt, Selbstbewusstsein aus Wertschätzung, aber auch Konflikttraining bei gegensätzlichen Interessen.

Mir ist als Familienministerin vor allen Dingen eines wichtig: Dass unsere Kinder lernen, Verantwortung für sich und für andere zu übernehmen. Ich bin gerne Familienministerin, denn wir in Bayern sind Familienmenschen. Wenn es ein besonderes Lebensgefühl in Bayern gibt, dem auch die Neubürgerinnen und Neubürger des Freistaates zustimmen können, dann ist es sicherlich eines: Die Menschen haben tiefe Wurzeln. Wir sind keine Nomaden der Globalisierung, keine Sklaven der unendlichen, aber sehr einsamen Konsumwelt. Wir in Bayern denken immer auch an die Nächsten, an die Schwächeren und an die kommenden Generationen. Deshalb gilt für mich gerade in der Familienpolitik: Familie ist, wo Verantwortung füreinander übernommen wird, egal in welcher Form. Das ist meine Überzeugung, das ist mein Credo.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich habe mich auch sehr gefreut, als ich kürzlich eine Studie gelesen habe, für die 10.000 Erwachsene befragt wurden. Diese Studie bestätigt: Familie macht glücklich, und das gilt ganz besonders für Familien mit Kindern. – Wir als Staatsregierung sagen Ja zu Familien und Kindern. Wir unterstützen die Kinderwunschbehandlung; erst heute wurde im Kabinett auch beschlossen, dass die Finanzierung weitergeht. Hier leistet der Bund leider auch nicht seinen Anteil. Aber in Bayern gilt Vorfahrt für Familien.

Mich freut es deshalb sehr, dass viele Unternehmen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen ganz neuen Standard gestaltet haben und den auch immer noch weiterentwickeln. Unser Familienpakt Bayern ist dabei die Konstante, die Orientierung und Austausch bietet. Über 1.200 Unternehmen und Netzwerkpartner aus ganz Bayern sind bereits Mitglied, lernen voneinander und bekennen gemeinsam: Das Berufsleben muss sich dem Familienleben anpassen, und nicht umgekehrt. Ich danke allen Unternehmen, allen sozialen Einrichtungen und Behörden. Bitte seien Sie weiter Vorbild, und gehen Sie mit den Lerneffekten der Pandemie auch weiter voran für die Mütter, für die Väter, für unsere Familien.

An dieser Stelle darf ich ein großes Kompliment an die bayerischen Väter richten: Seit Einführung der Elterngeld-Leistung entwickelt sich die Zahl der Vätermonate kontinuierlich nach oben. Für die im Jahr 2019 geborenen Kinder sind es bereits 50,7 %. Wir haben wirklich vorbildliche Väter und eine moderne Lebenseinstellung in Bayern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Freistaat handelt für die Familien wie kein anderes Land in Deutschland. Allein im Jahr 2021 haben wir über 4,1 Milliarden Euro für Familienleistungen zur Verfügung gestellt.

Ich nenne unser Bayerisches Familiengeld. Pro Familie gibt es pro Kind 24 Monate lang 250 Euro, ab dem dritten Kind 300 Euro. Wenn wir rechnen – Bayerisches Familiengeld plus 100 Euro Bayerisches Krippengeld plus 100 Euro bayerische Beitragsentlastung pro Monat für die gesamte Kindergartenzeit –, dann ergibt das für eine Familie mit drei Kindern rund 40.000 Euro.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dieses Bekenntnis zu den Familien gibt es nur in Bayern. Es ist umso wichtiger, wenn wir jetzt auf schwierige Zeiten zusteuern.

Aber wir alle wissen: Finanzielle Unterstützung ist nicht alles. Wir müssen auch dann Hilfe leisten, wenn Eltern überfordert sind oder einfach nicht mehr können. Hier leisten unsere 180 Erziehungsberatungsstellen sowie die rund 190 Familienstützpunkte hervorragende Arbeit. Ich bin begeistert von den vielfältigen und ideenreichen Angeboten zum Beispiel des Familien-Coachings, das wir auch im Internet haben und das mittlerweile ein richtiger Renner geworden ist.

Wir stärken den Kinder- und den Jugendschutz in Bayern mit unserem bayerischen Gesamtkonzept für Kinderschutz. Mit der Kinderschutzambulanz als landesweitem Kompetenzzentrum, mit der Stärkung von Kinderschutz online und mit der geplanten Kinderschutz-Hotline unterstützen wir die Kommunen in ihrer wertvollen Arbeit. Ich sage ganz deutlich: Wir befürworten es, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir versuchen alles, um in schwierigen Lebenslagen zu beraten und zu unterstützen. Umso bitterer und schmerzlicher sind die nach wie vor zu hohen Zahlen an Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland. Jede Schwangere, die vor dieser schwierigen Entscheidung steht, trifft eine belastende und lange nachwirkende Gewissensentscheidung. Das bewegt mich.

Doch sehen wir auf der Grundlage unseres Grundgesetzes auch eine Verpflichtung des Staates, das ungeborene Leben zu schützen. Diese Verpflichtung auch in ihrer konkreten Ausgestaltung im Strafgesetzbuch hat das Bundesverfassungsgericht in seinen wegweisenden Entscheidungen so festgestellt. Diese Fragen wühlen uns auf. Es geht mir um den Lebensschutz zu Beginn des Lebens. Es geht mir aber auch um den Lebensschutz am Ende. Denn eines muss klar sein und klar bleiben, was auch das Bundesverfassungsgericht so festgeschrieben hat: Schwangerschaftsabbruch ist Beendigung von Leben.

Ich bin bei dieser Bundesregierung deshalb in großer Sorge. Nach der klaren und grundsätzlichen Ablehnung der bisherigen Regelung durch Frau Bundesministerin Paus ist für mich eindeutig – im Übrigen bestätigt sie diese Aussagen immer wieder, auch vergangene Woche bei der Konferenz der Gleichstellungsminister in Hamburg –: Sie will sich dem Thema ganz klar verschreiben und den § 218 zum Schwangerschaftsabbruch aus dem Strafgesetzbuch nehmen.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Das ist auch gut so!)

Wo bleibt der Schutz des Lebens, der Lebensschutz des ungeborenen Lebens?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Man will den seit 1995 bewährten Kompromiss zu § 218 des Strafgesetzbuches und die damit verbundene Beratungslösung aufkündigen. Aus ideologischen Gründen gefährdet man den nach langem Ringen gefundenen gesellschaftlichen Frieden und die funktionierende Praxis. Damit wird ein bewährtes Miteinander aufs Spiel gesetzt und eine gefährliche Spaltung betrieben.

Dann kommt der Widerspruch, liebe Kolleginnen und Kollegen: Zugleich will man den Kinderschutz stärken. Man spricht sich im Koalitionsvertrag der Bundesregierung für eine – so wörtlich – kindersensible Justiz aus. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Schutz des Rechtsstaates muss gerade auch für das ungeborene Leben gelten. Ansonsten sind all diese Bekenntnisse in solchen Koalitionsverträgen einfach nur unglaubwürdig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben umfassenden Familienleistungen investiert der Freistaat massiv in eine qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Kinderbetreuung. Ja, es gibt Probleme, weil Fachkräfte fehlen. Ja, es ist wünschenswert, die Qualität immer weiter zu verbessern. Aber Tatsache ist auch: Kein anderes Land hat so viele Landesmittel in den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder bis zur Einschulung investiert, nämlich 1,2 Milliarden Euro nur an Landesmitteln. In den 10.000 Kitas, die wir in Bayern haben, arbeiten mittlerweile 110.000 Pädagoginnen und Pädagogen. Das ist eine großartige Aufbauleistung. Sie alle haben gerade in der Pandemie unglaublich viel geleistet und mehr als ihre Pflicht getan. Ich möchte im Namen des Hohen Hauses allen Erzieherinnen und Erziehern für ihre wertvolle Arbeit danken!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nach dem rasanten Ausbau geht es jetzt vor allem darum, die Qualität der Kinderbetreuung kontinuierlich zu verbessern. Ich nenne die Medienkompetenz. Die neuen Medien bestimmen mehr und mehr den Alltag mit allen Chancen und allen Risiken. Alle Eltern wissen: Mit Verboten kommt man nicht weit. Verbote bringen nichts. Aber Medienkompetenz ist heute so wichtig wie Lesen und Schreiben. Wir haben deshalb die Medienbildung gestärkt. Wir streben eine deutliche Ausweitung unserer Kita-Digitalisierungsstrategie an, unter anderem auch der Digitalisierungs-Coaches, die sich schon jetzt sehr bewährt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem aber liebe Eltern in ganz Bayern, die vorherige Bundesregierung hat einen Rechtsanspruch auf den Ganztagsplatz für Grundschulkindern beschlossen. Dies gilt aufwachsend für die Jahrgänge ab dem Jahr 2026. Ich begrüße das sehr. Wir als Staatsregierung unterstützen die Kommunen dabei, den künftigen Rechtsanspruch zu erfüllen. Der Freistaat hatte den Kommunen bereits im Vorfeld des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz ab 2013 die Fördergarantie für jeden neuen Platz für Kinder unter drei Jahren gegeben. Nun setzen wir den nächsten Meilenstein für die Grundschulkindern im Alter von über sechs Jahren.

Das ist für Familien und Kommunen eine wichtige Nachricht für dieses Jahrzehnt. Wir geben hier und heute das Förderversprechen. Für jeden Ganztagsplatz für Grundschulkindern, den die Kommunen bis zum Jahr 2029 schaffen, garantiert der Freistaat die finanzielle Unterstützung bei den Investitionskosten. Wir unterstützen die Kommunen damit über die Leistungen des kommunalen Finanzausgleichs hinaus kraftvoll und vor allen Dingen verlässlich. Damit schaffen wir erstens Planungssicherheit für die Familien. Die Eltern können sich darauf verlassen, dass ihre Grundschulkindern ab 2026 auch nachmittags gut betreut sind. Zweitens schaffen wir Planungssicherheit für die Kommunen. Sie können sich auf den Freistaat verlassen. Das ist unser Ganztagsversprechen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dazu wollen wir eine Neuauflage unseres Ganztagsgipfels von kommunalen Spitzenverbänden und Staatsregierung einberufen. Jeder Euro, den wir hier investieren, dient nicht nur der Bildung der Kinder, sondern hilft zudem den Familien bei

der Vereinbarkeit von Familien- und Berufszeit. Ich bin fest davon überzeugt: Der Ganztagsausbau ist sozial-, wirtschafts- und familienpolitisch gerade jetzt dringend notwendig. Unser Ganztagsversprechen ab 2026 wird zum Markenkern der bayerischen Familienpolitik gehören, so wie das Familiengeld und das Krippengeld im Dienste der Menschen, aber vor allen Dingen im Dienste unserer Kinder stehen.

Doch diese Förderzusage allein löst nicht die Probleme. Wir hören das jeden Tag über die Medien. In vielen Bereichen unseres Sozialstaats fehlen die Fachkräfte, gerade auch in der Kinderbetreuung. Deshalb bin ich dankbar für die vielfältigen Vorschläge aus unserem Bündnis für frühkindliche Bildung. Ich habe erst letzte Woche eine gemeinsame Sitzung geleitet. Wir haben bereits die Ausbildung erleichtert und von fünf Jahren auf vier Jahre verkürzt und modernisiert.

Jetzt wollen wir die Möglichkeiten zur Weiterbildung und Qualifizierung auf ein ganz neues Niveau ausweiten. Wir wollen eine Fortbildungsakademie gründen. Das soll gerade nicht ein zentrales Tageszentrum sein. Wir wollen vielmehr die bestehenden Angebote der etablierten Träger ergänzen und die digitalen Angebote massiv ausbauen. Damit geben wir gemeinsam einen Schub für die Fort- und Weiterbildung und für die Beratung.

Lassen Sie mich noch einen kleine Werbeblock einfügen, der jenseits des Haushalts der Familienministerin liegt. Sehr geehrter Herr Wissenschaftsminister – jetzt weiß ich gar nicht, ob er da sitzt; er ist da –, lieber Markus Blume, wir brauchen dringend einen Ausbau der Studienplätze für die akademische Kindheitspädagogik und für die soziale Arbeit. Ich darf Sie alle ganz herzlich bitten, dass wir da zusammenwirken und dies auf den Weg bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, junge Menschen mussten in den vergangenen zwei Jahren auf vieles verzichten: Freunde treffen, gemeinsam Sport treiben, gemeinsam Musik machen. Durch diese Belastungen ist der Unterstützungsbedarf von Kindern und Jugendlichen angestiegen. Studien belegen, dass ein Großteil – rund 80 % der jungen Menschen – sich durch die Corona-Pandemie belastet fühlt.

Der Freistaat fördert deshalb die Chancen und die Teilhabe junger Menschen. Ich nenne die Veranstaltungen unserer Aktivierungskampagne überall im Land. Die Jugendsozialarbeit an Schulen und die arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit werden bundesweit beachtet. Es sind kraftvolle Erfolgsprojekte für die Jugendlichen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Wir wollen diese Programme ausbauen und weiter fördern.

Wenn es Probleme gibt, lassen wir unsere Jugendlichen auch im Internet nicht im Stich. Ich bin zutiefst begeistert von unseren digitalen Streetworkern. Deren Arbeit konnte ich selbst begutachten. Das ist eine moderne Sozialarbeit, die genau dort ist, wo die Jugendlichen sind, nämlich im Netz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alles in allem haben wir die Jugendarbeit – ich darf auch die Summe dazu nennen – mit insgesamt über 36 Millionen Euro im letzten Jahr so stark wie noch nie unterstützt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir in diesen unruhigen Zeiten einen Moment innehalten, dann erkennen wir, wie kostbar das Miteinander ist. Lieber Tom Huber, ich selbst habe das bei der bayerischen Wasserwacht erfahren: Im Ehrenamt spüren wir den Herzschlag unseres Sozialstaats.

Vor Kurzem durfte ich die Preise für Innovationen im Ehrenamt verleihen. Im modernen Ehrenamt geht es um kreative, geht es um niederschwellige Ideen – zum

Beispiel zur sozialen Vernetzung im Internet. Ich nenne auch die Existenzgründungen von Social Entrepreneurship. Wir fördern mutige Unternehmen auf allen Feldern des sozialen Lebens. Die Amerikaner nennen das Money und Value. Man könnte also sagen: eine Verbindung von Gewinnstreben und Gemeinsinn. Wir unterstützen das mit einem neuen Social-Startup-Hub: Bayern als Startrampe für angehende Sozialunternehmen.

Ich danke gerade den älteren Menschen, die vielfach ehrenamtlich engagiert sind. Sie haben unser Land aufgebaut, und sie haben das moderne Bayern gestaltet. Wir alle haben einen Wunsch: möglichst lange und selbstständig ein aktives und selbstbestimmtes Leben führen können. Wir unterstützen deshalb die Einstellung von Kümmerern in den Gemeinden. Wir fördern Nachbarschaftshilfen, Wohnberatungsstellen, alternative Wohnformen. Dafür steht unser Programm "Selbstbestimmt Leben im Alter", kurz: SeLA.

Wir unterstützen ältere Menschen zudem bei der Nutzung von Tablets, Smartphones und von Internet. Das sind unsere MuT-Programme und -Projekte zu Medien und Technik. Ich möchte hier auch einen weiteren Schritt gehen und die Angebote flächendeckend ausrollen.

Weil wir alle auf den Schultern der älteren Generation in die Zukunft gehen und jeden Tag von ihren Erfahrungen lernen können, möchte ich die Seniorenpolitik vor allem mit den älteren Bürgerinnen und Bürgern machen. Mitgestaltungsrechte und Teilhabe für alle, politische Partizipation für Jüngere und Ältere – das ist das Lebenselixier, und das umso mehr in diesen schweren Zeiten!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dafür steht auch das neue Gesetz zur Seniorenmitwirkung. Wir schaffen unter anderem einen neuen Landesseniorenrat und verbessern die Mitwirkung der Kommunen. Ich danke allen Beteiligten für diesen Meilenstein in der bayerischen Seniorenpolitik und bitte auch jetzt in den parlamentarischen Beratungen um Ihre Unterstützung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit vielen Jahren setze ich mich für die Gleichstellung von Frauen und Männern ein. Es ist und bleibt einfach ein Skandal, dass Frauen für die gleiche Arbeit weniger entlohnt werden als Männer. Ich werde hier wirklich keine Ruhe geben und mich in intensiven Gesprächen mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden austauschen.

Bei allen Gleichstellungsfragen – das betrifft jetzt wieder uns – hat gerade der öffentliche Dienst eine besondere Vorbildfunktion. Wir wollen deshalb noch in dieser Legislaturperiode das Bayerische Gleichstellungsgesetz novellieren. Ich habe mich, als ich ins Haus gekommen bin, darüber gefreut, wie weit hier die Vorbereitungen schon sind. Ich bin optimistisch, dass wir das schaffen.

Wir haben bei der Gleichstellung in Deutschland über die letzten Jahrzehnte hinweg einen hohen Standard errungen. Das steht außer Frage. Umso mehr schmerzt es mich aber, wenn immer wieder von Unterdrückung und auch von Gewalttaten gegen Frauen zu hören ist. Erst kürzlich waren wir in meiner beschaulichen Heimat Erding alle geschockt, als es mitten in der Stadt zu einem brutalen Messerangriff kam. Erneut ging es um einen innerfamiliären Konflikt. Immer wieder sind gerade Frauen das Opfer.

Lassen Sie es mich klar ausdrücken: Frauen sind nicht die Ehre und nicht der Besitz eines Mannes. Wir in Bayern akzeptieren keinen Staat im Staate, in dem ganz andere Rechtsvorstellungen nicht nur gepredigt, sondern auf menschenverachtende und oft auch frauenverachtende Weise exekutiert werden. Es gilt hier in unse-

rem Rechtsstaat: Hinschauen und handeln und vor allen Dingen konsequent bestrafen. Darauf ist in unserem Freistaat Verlass.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir ist wichtig, dass wir jedem Menschen ein selbstbestimmtes angstfreies und gewaltfreies Leben ermöglichen müssen. Wir in Bayern bauen deshalb die Strukturen für die lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgender, intersexuellen und queeren Menschen aus. Hinter dem Kürzel LGBTIQ stehen Tausende von Einzelpersonen. Mit unserer Hotline gegen Diskriminierung und Gewalt, mit Beratung vor Ort, aber auch mit Fortbildungen für Fachkräfte unterstützen wir diese Bürgerinnen und Bürger, die sich bei uns wohlfühlen und entfalten können.

Ich verspreche Ihnen: Bayern soll Heimat für alle sein, die respektvoll und fair miteinander umgehen. Jeder, der sich an die Grundwerte unserer Demokratie hält und sie aus Überzeugung lebt, soll sich uns zugehörig fühlen. Wir akzeptieren keinerlei Ausgrenzung und Abwertung aufgrund sexueller Orientierung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für die ganz große Mehrheit der Menschen in Bayern sind Toleranz und Respekt wichtige gelebte Werte. Dennoch sind Diskriminierung und Gewalt immer noch alltäglich und haben viele Gesichter. Mit unserem Gesamtkonzept "Bayern gegen Gewalt" und mit unserer Homepage bündeln wir die Hilfe, die Beratung und vor allen Dingen auch die Prävention. Ich werde das Konzept fortschreiben und weiterentwickeln.

Ich möchte besonders bei der Bekämpfung von Hass und Hetze im Netz vorankommen. Hatespeech rüttelt an den Grundfesten unserer Demokratie. Wer im Netz Hass und Hetze verbreitet, muss zur Verantwortung gezogen werden. Ein wichtiger Schritt hierfür ist die Kooperation der Bayerischen Staatsregierung mit der Meldestelle "Respect!". Betroffene erhalten hier Unterstützung bei der Löschung von Inhalten, bei der Strafverfolgung der Verursacher und, wenn nötig, auch bei der Suche nach emotionaler Unterstützung.

Im Bereich häuslicher und auch sexualisierter Gewalt ist Gewaltschutz immer noch weitgehend Frauenschutz. Wir stellen deshalb einen zweistelligen Millionenbetrag zur finanziellen Unterstützung des Frauenhilfesystems zur Verfügung. Mir ist wichtig, dass wir vor Ort weiterhin Frauenhausplätze schaffen. Zudem sollen Frauen nach dem Aufenthalt im Frauenhaus auch baldmöglichst wieder in eine eigene Wohnung ziehen können. Wir planen, die sogenannten Second-Stage-Modellprojekte zu verstetigen, und streben an, diese noch weiter in die Fläche zu bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Gewaltschutz misst sich immer an den Schwächsten. Weder Frauen noch Männer dürfen als Ware bezeichnet werden. Ich nehme Warnungen sehr ernst, dass es aufgrund des durch den Ukraine-Krieg verursachten Zustroms von Frauen zu einer Zunahme von Zwangsprostitution kommen könnte. Ich möchte die Ausstiegsberatung aus der Prostitution und die Einstiegsberatung in die berufliche Neuorientierung weiter stärken. Ich werde im Bund dafür kämpfen, dass das Gesetz zum Schutz der Prostituierten deutlich verschärft wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist einfach unerträglich, dass das Mindestalter zur Ausübung von Prostitution noch nicht mindestens 21 Jahre beträgt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Diskriminierung und auch Gewalt treffen leider auch unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Ich war tief bewegt vom Gedenken an 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland und Bayern. Ich bin stolz, welch tolerante und weltoffene Heimat Bayern ist. Die Gefahren wachsen aber. Der aktuelle Jahresbericht unserer Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus – RIAS Bayern zeigt: In unserer Gesellschaft gibt es auch heute noch Judenhass und Antisemitismus.

Ich kann nur feststellen: Wehret den Anfängen! Lassen Sie uns zusammen als Phalanx für unsere wehrhafte Demokratie eintreten. Toleranz heißt nicht Beliebigkeit. Toleranz braucht den Schutz vor ihren Gegnern. Toleranz darf nicht zum Opfer ihrer selbst werden.

Jeder muss wissen: Wir in Bayern geben Antisemitismus und Extremismus, wir geben Gewalt und Hass keinen Millimeter Raum, wirklich keinen Millimeter!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In der Pandemie haben wir zu spüren bekommen, wie schwierig der Umgang mit radikalen Einstellungen und mit Verschwörungspropaganda ist. Wenn unser Land von den weltpolitischen Belastungen mit noch größerer Wucht getroffen wird, sind viele in Sorge, dass sich dann die Spaltungstendenzen noch mal verschärfen werden. Ich möchte deshalb einen Beitrag gegen die politischen Giftmischer in den digitalen Echokammern leisten.

Ich danke allen, die der jungen Generation mit Programmen wie "mehrWERT Demokratie" unsere demokratischen Grundwerte vermitteln. Mein Dank gilt den wichtigen demokratiefördernden Projekten des Bayerischen Jugendrings, auch dem Wertebündnis Bayern. Ich danke auch vielen anderen Initiativen von Herzen.

Letzte Woche haben wir in meinem Ministerium die Bayerischen Jugendpolitiktage gestartet. Mit unserem Aktionsplan Jugend und mit den jährlichen Kinder- und Jugendkonferenzen binden wir Kinder und Jugendliche ein. Ich bin von dieser selbstbewussten und politisch aktiven Generation wirklich begeistert. Jeder Euro, den wir hier investieren, lohnt sich hundertfach.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beim traditionellen Pfingsttreffen der Heimatvertriebenen in Hof habe ich drei Tage lang die ganze Paradoxie unserer Zeit erlebt. Wer sehen wollte, welche Erfolge wir für die Völkerverständigung und welche freundschaftliche Nachbarschaft wir in Europa erreicht haben, der konnte das in Hof unmittelbar erfahren. Die Sudetendeutschen als unser vierter Stamm Bayerns sind Zukunftsgestalter Europas und Brückenbauer; sie sind im Herzen treu zu ihrer Heimat und zugleich offen für die Zukunft. Ich sage allen Heimatvertriebenen meinen Respekt und Dank für diese großartige Aufbau- und Versöhnungsleistung im Dienste Bayerns und Europas.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Heimatvertriebenen leben die Werte der europäischen Zusammenarbeit und vermitteln sie der jungen Generation. Deshalb hat der Freistaat Bayern auch ein großartiges Sudetendeutsches Museum gebaut, dessen Besuch ich allen sehr empfehle. Ich werde im September zusammen mit den Verbänden der Heimatvertriebenen nach Tschechien reisen zur Erneuerung unseres Bekenntnisses für die europäische Einheit, für Frieden, für Vielfalt und für Verständigung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Angriff auf die Ukraine ist ein Weckruf. Ich kann der Nobelpreisträgerin Herta Müller nur recht geben. Sie ist im rumänischen Banat aufgewachsen. Sie ist Chronistin der Banater Schwaben unter Stalin. Zu-

sammen mit ihren Mitautoren hat sie an Bundeskanzler Scholz einen offenen Brief geschrieben und den Finger in die europäische Wunde gelegt. Sie verweist darauf, dass die Ukraine ihre Atomwaffen im Vertrauen auf die Sicherheitsgarantie des Westens abgegeben hat, und schließt mit folgenden Worten – ich zitiere –:

Heute kämpft die Ukraine auch für unsere Sicherheit und die Grundwerte des freien Europas.

Die Nobelpreisträgerin hat recht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in diesem Hohen Haus, hier im politischen und moralischen Kraftzentrum der bayerischen Demokratie vermitteln wir gemeinsam allen Bürgerinnen und Bürgern: Lassen Sie uns gemeinsam zusammenstehen für unsere europäische Tradition von Humanismus, Aufklärung und christlich-jüdischer Werteordnung. Wir dürfen uns niemals mit Unrecht, Krieg oder Hass abfinden. Verteidigen wir gemeinsam die Stärke des Rechts gegen das Recht des Stärkeren! Stehen wir zusammen gegen Krieg und Hass, gegen Flucht und Vertreibung! Das sind wir unserer Geschichte schuldig. Das sind wir aber vor allem auch unseren Kindern und Kindeskindern schuldig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Corona-Pandemie und in der aktuellen Flüchtlingswelle hat sich das soziale Bayern als stark und reaktionsschnell bewährt. Die Bürgerinnen und Bürger sind aktiv geworden und sind enger zusammengerückt. Ich setze auf die bayerische Lebenseinstellung, auf unseren Way of Life. Ich setze auf Millionen Menschen, die sich im Ehrenamt einbringen und nach einem harten Arbeitstag Jugendliche trainieren oder Sprachkurse für Flüchtlinge geben. Ich bin stolz auf die Heldinnen und Helden des Alltags, die sich für die Menschen mit Behinderung oder für Pflegebedürftige einsetzen, auf jene, die Tafeln für Bedürftige organisieren oder in Vereinen mit viel Herzblut die Integration neuer Mitbürgerinnen und Mitbürger voranbringen. Dieses Tag für Tag gelebte Verantwortungsgefühl ist das Fundament für unsere bayerische Heimat, für unsere menschliche Heimat. Mit alldem haben wir in unserem Land schwere Zeiten überstanden; das macht uns Hoffnung für die kommende Zeit.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, als Anwältin des sozialen Bayerns gebe ich das folgende Zukunftsversprechen: Die Menschen im Freistaat können sich auf unseren starken Sozialstaat verlassen. Das soziale Netz bleibt fest und stabil. – Gestalten wir Bayern als Chancenland, wirtschaftlich und sozial erfolgreich, und zwar gerade dann, wenn die Zeiten härter werden. Verteidigen wir den Zusammenhalt! Damit Bayern ist und bleibt, wie wir es lieben, unsere menschliche Heimat: "Bayern. Gemeinsam. Stark."

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Staatsministerin, vielen herzlichen Dank. – Bevor wir in die Aussprache eintreten, freue ich mich ganz besonders, eine Delegation des schottischen Parlamentes begrüßen zu dürfen. Herzlich willkommen! A very warm welcome to our Scottish colleagues! All the best to you!

(Allgemeiner Beifall)

Sie sind beim Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen zu Gast. Unsere Verbundenheit mit Schottland hat eine lange Tradition. Die Länder Schottland und Bayern sind doch irgendwie ähnlich. Also, herzlich willkommen!

Ich eröffne jetzt die Aussprache. Die Redezeiten werden neu verteilt. Ursprünglich hatten wir insgesamt 119 Minuten vereinbart. Das wird jetzt alles mit hochgerechnet. – Die erste Rednerin in der Debatte ist die Abgeordnete Katharina Schulze für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, danke für Ihren Input und das Skizzieren Ihrer Schwerpunkte. Mir fehlten in Ihrer Rede aber die Einordnung der sozialpolitischen Lage und vor allem die politischen Ableitungen daraus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sehen doch deutlich, dass sich der Sozialstaat durch die Pandemie und die vielen Umbrüche ändern muss – das passiert in Deutschland ja auch schon teilweise. Wir müssen weg von einem passiven Sozialstaat, der erst dann eingreift, wenn der Schaden schon eingetreten ist, und hin zu einem aktiven Sozialstaat, der die Menschen befähigt und auf ihre Bedürfnisse eingeht. In einer Gesellschaft, die so vielfältig ist wie die unsere und die vor großen Herausforderungen steht, ist das genau das richtige Menschenbild. Wir möchten das selbstbestimmte Leben des Einzelnen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Dafür braucht es einen Sozialstaat, der genau das fördert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, ja, das kostet etwas; aber das muss es uns wert sein. Ich verstehe an dieser Regierung aber die Haltung nicht – Frau Scharf, das haben Sie heute auch gemacht –, stolz hier vorn zu stehen und überhaupt kein Problem damit zu haben, das Steuergeld wild über das Land zu verteilen, was dann aber zur Folge hat, dass diejenigen, die es benötigen, zu wenig bekommen, und diejenigen, die es ohne Zuschüsse schaffen würden, trotzdem Unterstützung erhalten.

(Thomas Huber (CSU): Machen Sie das in Berlin nicht? – Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Kolleginnen und Kollegen, das ist in Zeiten angespannter Haushaltslage und drohender Inflation einfach nicht gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Immer mehr Menschen leben auch in Bayern in Armut. Armut ist in Bayern vor allem weiblich – Seniorinnen und Familien sind besonders von ihr betroffen. Ja, es schmerzt mich, es schmerzt meine Fraktion zutiefst, dass in Bayern circa 250.000 Kinder und Jugendliche von Armut bedroht sind. Kinder von Alleinerziehenden und Kinder mit vielen Geschwistern sind besonders von Armut betroffen. Frau Scharf, es bringt diesen Kindern nichts, wenn man ihnen sagt: Ja mei, in anderen Bundesländern gibt es noch mehr arme Kinder. Jedes arme Kind ist ein armes Kind zu viel. Wir müssen konsequent gegen Armut arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Gruppen gehören finanziell entlastet. Ich bin froh, dass die Ampel-Regierung auf Bundesebene endlich die Kindergrundsicherung anpackt; denn diese wirkt zielgerichtet und holt Kinder aus der Armut. Sie allein reicht aber nicht. Wir müssen zusätzlich Geld in Chancengleichheit und Teilhabemöglichkeiten für alle stecken. Wenn ich mir die bayerische Ausgabenpolitik anschau, dann muss ich Ihnen zurufen: Das Familiengeld muss endlich nach dem Einkommen der Eltern gestaffelt ausgezahlt werden, damit das Geld bei denjenigen Familien und bei denjenigen Kindern ankommt, die diese Hilfe dringend benötigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Sache ist klar: Ein erfülltes Leben startet immer auf unbeschwertem Kindesbeinen. Damit jedes Kind in Bayern mit fairen Chancen aufwächst, egal woher es kommt oder woher die Eltern kommen, müssen wir dringend in die Bildungs- und Betreuungsangebote für die Kleinsten investieren. Wenn man Ihre Politik anschaut, muss man sich fragen, ob es klug ist, dass der Großteil des Geldes aus dem bundesweit geltenden Gute-KiTa-Gesetz in Bayern in den Gebührenzuschuss für die Eltern fließt, und zwar unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Frau Ministerin, dann stehen Sie hier vorn und sagen: Ja, das mit dem Fachkräftemangel ist ein Problem, gegen das ich etwas tun möchte. – Sie sind die Ministerin. Sie sind in der Regierung. Der Fachkräftemangel ist nicht erst seit heute bekannt. Heute kam aber erneut eine Studie heraus, in der es hieß: Bis 2030 fehlen in Bayern rund 67.000 pädagogische Fachkräfte für die Kita und die Ganztagsbetreuung. Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Problem!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir befinden uns schon seit Jahren in einem Teufelskreis. Der Fachkräftemangel führt zu einer hohen Belastung des Personals; das wiederum führt zu mehr Fachkräftemangel. Aus diesem Teufelskreis müssen wir endlich ausbrechen. Das schaffen wir nur, indem wir Geld für mehr Erzieherinnen und Erzieher, für pädagogische Fachkräfte und für die Qualität der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher in die Hand nehmen. Wir müssen diese Fachkräfte wieder für die Kitas zurückgewinnen. Damit legen wir die Basis für Zukunfts- und Bildungschancen für alle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Frau Scharf, damit komme ich zu dem zweiten Punkt. Sie haben heute oft gesagt, dass wir gemeinsam stark seien. Wir sind aber nur gemeinsam stark, wenn alle die gleichen Rechte und Chancen haben. Das haben wir in unserem Land aber nicht. Ich habe in Ihrem Vortrag nichts davon gehört, dass wir uns weltweit in einem Rückschritt von sicher geglaubten Frauenrechten befinden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein massives Problem für den Zusammenhalt in der Gesellschaft, für die Frauen und für deren Rechte überhaupt. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft.

Das aktuellste Beispiel dafür, das in den letzten Tagen durch die Presse ging, ist das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen durch den Supreme Court in den USA. Frauen wurde damit das Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung genommen, und das im Jahre 2022. Frau Scharf, deswegen war ich höchst irritiert, als Sie gerade hier vorne gesagt haben: Na ja, dass die Ampel § 219a aus dem Strafgesetzbuch streicht, erfüllt mich mit Sorge. Jetzt denkt sie auch noch über § 218a nach. – Ich möchte Ihnen einmal etwas sagen: Keine Frau macht sich einen Schwangerschaftsabbruch leicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Selbst wenn Schwangerschaftsabbrüche verboten werden, werden sie trotzdem stattfinden, nur weniger sicher. Deswegen ist es Aufgabe einer Familienministerin, einer Regierung und eines progressiven Parlaments, Schwangerschaftsabbrüche als Teil der Gesundheitsversorgung zu begreifen und natürlich auch zu unterstützen, dass Ärztinnen und Ärzte zu diesem Thema geschult werden.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das gibt es doch nicht!)

Wenn eine Frau diese schwierige Entscheidung trifft, muss sie Informationen bekommen und einen Arzt finden, zu dem sie gehen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das gibt es alles!)

– Nein, damit kommen Sie mir jetzt nicht! Gerade wurde hier reinggerufen: "Das gibt es alles". Haben Sie sich einmal die Zahlen angeschaut? – In Bayern gibt es im Vergleich zu allen Bundesländern die wenigsten Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das liegt nicht an der Aufklärung!)

Das ist das Problem für Frauen, die in Bayern leben und vor dieser schwierigen Entscheidung stehen. Da ist es Aufgabe der Regierung, diese Informationen und diese Unterstützung bereitzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wahnsinn!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, allein an dieser kleinen Debatte sehen wir schon, dass wir nicht nur für die vollständige Gleichstellung von Frauen und Männern weiterkämpfen müssen, sondern dass wir sogar darum kämpfen müssen, das bisher Erreichte nicht wieder zu verlieren. Diesen Kampf müssen wir auch in Bayern führen. Sehen wir uns an, woher das alles kommt: Die Wurzel dafür liegt im Antifeminismus, der von verschiedensten Gruppierungen gemeinsam als Grund hergenommen wird, um sich gegen Gleichstellung, gegen sexuelle, reproduktive Gesundheit und die Rechte von queeren Menschen starkzumachen. Ich möchte ganz klar sagen: Es ist genug Ehe für alle da. Niemandem wird irgendetwas weggenommen, wenn andere über ihre Lebensweise und über ihren eigenen Körper selbst entscheiden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist Zeit für eine Offensive. Bayern sollte das erste gleichberechtigte Bundesland in dieser Bundesrepublik werden; denn Gleichberechtigung tut Männern und Frauen gut. Gleichberechtigung tut der gesamten Gesellschaft gut; denn sie befreit uns alle von den Fesseln der Stereotypen und lässt uns unser Leben so leben, wie wir es ganz persönlich gerne möchten. Einige werden denken: Na ja, bei der Gleichstellung sind wir doch schon superweit. – Ich möchte Ihnen einmal eine Zahl nennen; denn von einer echten Gleichstellung sind wir noch Jahre entfernt: 2019 rechnete das World Economic Forum damit, dass es noch 95 Jahre bis zur tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern dauern würde. Im Kontext der Corona-Pandemie wurde dieser Wert auf 135,5 Jahre korrigiert. 135,5 Jahre! Sorry, diese Zeit habe ich nicht, und diese Zeit haben die Mädchen und Frauen in Bayern ebenfalls nicht!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen die strukturelle Diskriminierung anpacken. Wir müssen die Gleichberechtigung von Männern und Frauen zum Topthema machen; denn die Realität sieht wie folgt aus: In unserer Gesellschaft kümmert sich überwiegend die Frau zu Hause um die eigenen Kinder oder die pflegebedürftige Oma, im Job um die hochbetagte Bewohnerin oder das Kita-Kind. Und was ist der Dank? – Der Dank sind geringe Einkommen, geringe Aufstiegsmöglichkeiten sowie geringe Renten im Alter. Die Altersarmut lässt grüßen.

Wir brauchen deshalb endlich gleiches Geld für gleichwertige Arbeit, und wir brauchen eine faire Verteilung der Sorgearbeit. Das finde ich besonders wichtig. Damit meine ich nicht nur die zwei Monate der Elternzeit. Ich meine die Sorgearbeit für das Kind oder für die betagten Eltern. Das umfasst nicht nur den kurzen Zeitraum

nach der Geburt, sondern einen längeren Zeitraum. Das ist im Jahr 2022 nicht zu viel verlangt!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotz all dieser himmelschreienden Ungerechtigkeiten waren und sind Frauen in unserem Land immer noch nicht gleichberechtigt an den Entscheidungsprozessen beteiligt, obwohl sie von ganz vielen Entscheidungen, die getroffen werden, direkt selbst betroffen sind. Neben der mangelnden Gleichstellung gibt es also auch noch ein Repräsentationsdefizit. Deshalb sollte sich eine Familien- und Frauenministerin eigentlich dafür starkmachen, dass wir endlich Parité in den Parlamenten bekommen, was wir GRÜNEN schon lange fordern. Wir brauchen endlich ein Chancengleichheitsgesetz mit verbindlichen Quoten für Frauen in allen Führungsebenen, in Unternehmen mit staatlicher Beteiligung, in Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft sowie im öffentlichen Dienst. Frau Scharf, das wäre etwas, wofür Sie sich starkmachen könnten. Wir brauchen nicht nur in Ihrer Partei, sondern für alle Frauen in Bayern eine ordentliche Repräsentanz. Das geht nur über Quoten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der AfD)

– Weil dort drüben gemurmelt wurde: Meine Herren, die Zeiten der Freiwilligkeit sind jetzt vorbei. 135,5 Jahre wollen Frauen und Mädchen nicht mehr warten, bis endlich eine tatsächliche Gleichberechtigung geschaffen wurde. Das muss schneller gehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben der Frage der Repräsentation ist natürlich das Geld ein wichtiger Schlüssel. Wir brauchen deshalb in Bayern einen geschlechtergerechten Staatshaushalt. Das bedeutet: Bei der Verteilung öffentlicher Gelder müssen Geschlechterdimensionen stärker im Mittelpunkt stehen; denn dann wird staatliches Geld anders verteilt. Dann wird es vielleicht auch endlich mehr Geld für Frauenhäuser und Frauennotrufe geben. Im Durchschnitt bringt jeden dritten Tag in Deutschland ein Mann eine Frau um. Nein, das sind keine innerfamiliären Konflikte. Femizide finden in allen Kulturen statt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, wir alle sind auch Bürgerinnen und Bürger und früher oder später auf unsere sozialstaatlichen Strukturen angewiesen, sei es bei der Suche nach einem Kita-Platz, beim Jugendzentrum oder beim staatlich geförderten Wohnraum. Das Netz, das der Staat aufspannt, ist aber auch essenziell, um soziale Härten und Notlagen abzufangen und vor allem, um diesen vorzubeugen. Liebe Frau Scharf, liebe Kolleginnen und Kollegen, hier gibt es in Bayern noch einiges zu tun. Meine Kolleginnen Eva Lettenbauer und Kerstin Celina werden im Laufe der Debatte auf die anderen Themen noch eingehen.

Ich möchte zusammenfassen: Ob wir in Bayern gemeinsam stark sind, hängt auch davon ab, ob die starken Schultern mehr tragen, um die schwachen Schultern zu entlasten. Dafür zu sorgen, ist die Aufgabe dieser Regierung. Daran werden wir Sie auch messen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Kollegen Thomas Huber von der CSU-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Huber.

Thomas Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich muss mich jetzt zusammenreißen und erst einmal wieder herunterkommen; denn das war jetzt sehr aufregend.

Liebe Kollegin Schulze, es war ja zu erwarten, dass Sie alles, was bei uns in Bayern gut und besser als überall sonst läuft, in Bausch und Bogen schlechtreden, aber Sie haben die verfassungsmäßige Aufgabenstellung des Sozialstaats immer noch nicht verstanden,

(Eva Lettenbauer (GRÜNE): Haben Sie nicht zugehört?)

obwohl Sie diesem Hohen Haus schon länger angehören, liebe Kollegin.

(Beifall bei der CSU)

Wenn man nämlich einen Blick in die Bayerische Verfassung wirft, stellt man fest, Bayern ist gemäß Artikel 3 ein Rechts-, Kultur- und Sozialstaat; er dient dem Gemeinwohl und nicht Einzelinteressen, wie Sie es zum Teil am Anfang Ihrer Rede beschrieben haben. So steht es in der Verfassung, und diese Werte waren selten von größerer Bedeutung als heute, liebe Kolleginnen und Kollegen; denn Demokratie und Sozialstaat sind unschätzbare Güter, die wir bewahren und schützen müssen. Es liegt an uns allen, jeden Tag aufs Neue daran zu arbeiten, diese Werte zu schützen, sie aber auch im Alltag zu leben und vorzuleben.

Die vor uns stehenden Herausforderungen sind enorm. Die Corona-Krise ist noch nicht vorbei. Schon jetzt steigen die Zahlen wieder an; wie sich die Lage im Herbst und Winter entwickeln wird, kann heute noch niemand sagen. Zudem sind die Folgen der beiden letzten Corona-Jahre noch immer zu spüren; die Belastung war vor allem für Kinder und deren Familien in dieser Zeit enorm hoch. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen genau hinschauen, wo heute schon und zukünftig möglicherweise weiterer Handlungsbedarf besteht.

Auch der Ukraine-Krieg erschüttert nach wie vor die Welt. Keiner von uns hätte jemals geglaubt, dass es so weit kommen würde. Die Folgen? – Massive Inflation und stark gestiegene Energiepreise, die dazu führen, dass viele Menschen nicht mehr wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen. Das trifft ganz besonders unsere Rentnerinnen und Rentner, Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, alle im Niedriglohnsektor Arbeitenden, den gesamten Mittelstand und natürlich unsere Familien und Kinder.

Umso mehr freue ich mich, dass unsere bayerische Sozialministerin Ulrike Scharf heute in ihrer Regierungserklärung die Familien-, Arbeits- und Sozialpolitik in den Mittelpunkt gerückt und die aktuelle Situation mit den Erkenntnissen des Sozialberichts, aber auch die Sorgen der Menschen vollkommen richtig beschrieben hat. Ja, wir sind besser, aber auch bei uns gibt es natürlich – wie in jedem anderen Land auch – Verbesserungsbedarf und Dinge, wo wir etwas tun können. – Liebe Ulli Scharf, für die ehrliche Bilanz ein herzliches Dankeschön an dich!

(Beifall bei der CSU)

Unsere Ministerin hat gezeigt, dass in Bayern der Sozialstaat kein leeres Wort ist, sondern aktiv gestaltet und gelebt wird, dass in Bayern der Mensch im Mittelpunkt steht, dass Familien hier absolute Priorität genießen und willkommen sind, dass hier jede ihr oder jeder sein Leben so gestalten kann, wie sie oder er es möchte, und dass alle die Unterstützung bekommen, die sie benötigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist ein Land des Zusammenhalts und des Wir-Gefühls; das sieht man auch an dem hohen Anteil der Ehrenamtlichen. Fast

jeder zweite Jugendliche oder Erwachsene ist im Ehrenamt tätig; das ist der Kitt unserer Gesellschaft. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stärke unserer Gesellschaft sind unsere Familien. In Bayern leben knapp 1,3 Millionen Familien mit minderjährigen Kindern. – Liebe Kollegin Schulze, es ist nicht übertrieben – jetzt ist sie nicht mehr da; das ist natürlich schön bei einer Regierungserklärung – –

(Eva Lettenbauer (GRÜNE): G10-Kommission!)

– Bitte?

(Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sie ist bei der G10-Kommission!)

– Okay. Ich habe es akustisch nicht verstanden.

(Tobias Reiß (CSU): Dafür gibt es Vertreter!)

Es ist nicht übertrieben zu sagen, kein anderes Bundesland unterstützt Familien so sehr wie Bayern. Die Ministerin hat die Zahlen dargelegt. Wir bieten Familien Raum für unterschiedliche Lebensentwürfe und ermöglichen Wahlfreiheit. Zudem helfen wir Familien – wie gesagt – auch finanziell mit dem Bayerischen Familiengeld und dem Krippengeld, das übrigens einkommensabhängig ist. Bei dem Familiengeld kann jede Familie selbst entscheiden, wie sie das Geld im Kita-Bereich für die Kinder einsetzt; wir trauen den Familien im Gegensatz zu den GRÜNEN zu, dass sie selbst entscheiden können, was das Beste für ihr Kind ist. Und es gibt natürlich den Beitragszuschuss für die gesamte Kindergartenzeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Allein 2022 investiert der Freistaat mehr als 3 Milliarden Euro für eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige und bezahlbare Kinderbetreuung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das ist so viel wie in keinem anderen Land. Für 2022 sind wieder mehr als 4,1 Milliarden Euro für familienpolitische Leistungen eingeplant. Das muss uns erst einmal jemand nachmachen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir setzen gezielt auf die Stärkung der Familien; denn Familien sind der wichtigste Lern- und Bildungsort für unsere Kinder. Das ist der Ort, an dem Herzensbildung passiert. In Bayern haben Kinder die besten Ausgangsbedingungen; nirgendwo sonst in Deutschland haben die Menschen so viele Chancen. Ich sehe das auch an meiner eigenen Vita; egal ob bei der Ausbildung, im Beruf, in der Schule oder beim Studium – es gibt keinen Abschluss ohne Anschluss. Jedes Kind und jeder Jugendliche hat alle Möglichkeiten, die dieses Land bietet. Man hat auch die Möglichkeit, einen Betrieb aufzubauen oder sich auch im Erwachsenenleben weiter zu qualifizieren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Gleichzeitig ist aber auch klar: Natürlich darf kein Kind auf der Strecke bleiben; denn eine gute Bildung, eine gute Ausbildung und stabile soziale Verhältnisse sind zugleich auch die beste Prävention gegen Armut.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern steht zwar im bundesweiten Vergleich am besten da, dennoch gibt es natürlich auch in Bayern Armut; die Sozialministerin hat es angesprochen. Ich sage es auch deutlich: Jeder von Armut betroffene Mensch – egal ob in Bayern oder außerhalb – ist einer zu viel. Deswegen haben wir in Bayern auch unzählige Maßnahmen ergriffen, um unser starkes soziales Netz zu erhalten, es aber auch stetig auszubauen.

Da gibt es zum einen natürlich die gerade genannten familienpolitischen Leistungen für einen guten Start ins Leben, zum anderen natürlich umfangreiche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, wie beispielsweise den Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0 oder das Programm "Fit for Work"; damit fördern wir berufliche Perspektiven. Als wir noch in der Bundesregierung waren, haben wir uns mit der Mütterrente I und II auf Bundesebene erfolgreich für eine Verbesserung eingesetzt, eine Gerechtigkeitslücke geschlossen, Erziehungszeiten anerkannt und natürlich eine Wertschätzung gegenüber der älteren Generation erbracht, die gerade vielen arbeitsbetroffenen Frauen im Alter zugutekommt. Mit der Mütterrente III hätten wir gerne noch den nächsten Rentenpunkt und viele weitere gute Ideen umgesetzt; hier sperrt sich allerdings leider die zuständige Bundesebene.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kinder sind unser größter Schatz, und jeder Fall von Kindesmissbrauch ist einer zu viel. Mit unserem bayerischen Gesamtkonzept zum Kinderschutz sind wir im Freistaat gut aufgestellt. Gleichzeitig dürfen wir in unseren Bemühungen aber nicht nachlassen; denn Kinderschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe. Erst kürzlich haben wir hier in Bayern gemeinsam mit dem Koalitionspartner einen Antrag zur Verkehrsdatenspeicherung eingereicht; denn wir sind der Überzeugung, dass wir Kinderpornografie und Kindesmissbrauch gnadenlos verfolgen und effektiv verhindern müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Dafür brauchen wir aber unsere Strafverfolgungsbehörden, Herr Kollege Fischbach, denen der Zugriff auf die IP-Adressen erlaubt ist, aber Sie sind auf Bundesebene dagegen.

(Unruhe bei der CSU und der FDP)

Letzte Woche hat die Unionsfraktion einen gleichlautenden Antrag eingereicht. Wer hat ihn abgelehnt? – Die Ampel. Mit Verlaub, liebe GRÜNE, liebe SPD und liebe FDP, es ist ungeheuerlich, wie man einen solchen Antrag ablehnen kann!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Benjamin Adjei (GRÜNE): Weil er verfassungswidrig ist!)

– Die Verfassung ist doch keine Ausrede! Es gibt doch ganz klare Vorgaben vom EuGH.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Genau!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist vielfältig und lebt ein gutes Miteinander. Dazu gehört auch die Unterstützung für LGBTIQ-Personen, wie die Ministerin gesagt hat. Es gibt bayernweit und vor allem in den Ballungsräumen Beratungsangebote, durch die eine bunte Trägerlandschaft sichergestellt wird. Allerdings besteht auch im ländlichen Raum verstärkt Bedarf an vor Ort erreichbaren Anlaufstellen.

Deswegen ist 2021 die bedarfsgerechte Stärkung von Regelstrukturen und die modellhafte Schaffung von projektbezogenen, überregionalen und auch online verfügbaren Angeboten gestartet. Auf Initiative der CSU-Fraktion erfolgt nun auch eine bayernweite Vernetzung durch die Einrichtung einer entsprechenden Plattform. Der Bedarf an Beratungsstellen kann langfristig aber nur durch eine Aufstockung der Mittel gedeckt werden. Vor allem der nachhaltige Aufbau von Beratungsstellen im ländlichen Raum macht natürlich eine höhere finanzielle Ausstattung erforderlich. Der CSU-Fraktion war es wichtig, dass den bereits geförderten Beratungsstellen eine Anschlussförderung bewilligt wird, aber auch weitere Projekte gefördert wer-

den können. Auch deshalb haben wir die Beratungsstrukturen im Haushalt 2022 mit zusätzlichen 200.000 Euro unterstützt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es ist mir und meinen Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN ein Anliegen, dass alle Menschen in Bayern so leben können, wie sie es möchten. Der Staat darf kein Lebensmodell vorschreiben, er muss aber die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Ich glaube, das tun wir.

Liebe Kollegen, auch in der Seniorenpolitik ist Bayern einen deutlichen Schritt voraus. Das heute im Kabinett behandelte und beschlossene Seniorenmitwirkungs-gesetz, das wir nun in Umsetzung des Koalitionsvertrags auf den Weg gebracht haben, ist ein wichtiger Schritt unserer bayerischen Seniorenpolitik. Die Entlastungsmaßnahmen der Ampelkoalition auf Bundesebene lassen aber vielfach die ältere Generation außen vor. Die Ministerin hat vorhin das Beispiel genannt, dass die Bundesregierung sogar die Seniorinnen und Senioren beim Energieentlastungspaket schlichtweg vergessen hat,

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

obwohl doch gerade sie oftmals mit ihren geringen Renten ganz besonders unsere Hilfe und Unterstützung bräuchten, lieber Herr Kollege. Unser Ziel ist es, dass ältere Menschen möglichst lange und selbstbestimmt in ihrer vertrauten Umgebung leben können. Deshalb fördern wir die Teilhabe älterer Menschen, neue Wohn- und Unterstützungsformen und helfen den Kommunen bei der Sicherstellung der Daseinsvorsorge vor Ort. Eine wichtige Maßnahme dabei ist die Stärkung ambulanter Strukturen, wie zum Beispiel Nachbarschaftshilfen, Seniorengenossenschaften oder Quartierskonzepte.

Mit dem Programm "Bayern barrierefrei" – es wurde angesprochen – setzt die Bayerische Staatsregierung das erklärte Ziel um, Bayern im gesamten staatlichen öffentlichen Raum und im ÖPNV barrierefrei zu machen. Dabei ist aber auch klar: Barrierefreiheit ist eine zukunftsweisende Querschnittsaufgabe aller politischen Ebenen. Wir als Staat dienen hier als Vorbild. Andere müssen aber mitziehen, wie zum Beispiel auch die Deutsche Bahn. Von Barrierefreiheit profitieren nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern vor allem auch ältere Menschen.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Die Kommunen! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

– Richtig, auch die Kommunen. – Auch die Familien profitieren. Barrierefreiheit nutzt uns allen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Darauf beharrlich – –

(Zuruf der Abgeordneten Kerstin Celina (GRÜNE))

– Nicht dazwischenreden! Darauf beharrlich miteinander hinzuwirken, ist eine gesamtpolitische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der alle Gruppen ihren Beitrag leisten müssen. Der Staat geht in seinem Aufgabenbereich als Vorbild voran und hat seit 2015 – das ist keine Pflichtaufgabe des Staates – 790 Millionen Euro, jetzt erneut in diesem Haushaltsjahr 146 Millionen Euro für das Programm "Bayern barrierefrei" bereitgestellt. Wir halten das für gut investiertes Geld; denn Barrierefreiheit ist auch ein wesentlicher Baustein gelingender Inklusion.

Die zentrale Idee der Inklusion ist, dass Menschen mit und ohne Behinderung von Anfang an gemeinsam in allen Lebensbereichen selbstbestimmt leben und vor allen Dingen auch zusammenleben können. Ich möchte mich ganz herzlich bei unserer Ministerin bedanken, heute auch für das klare Signal, dass wir weiterhin an

einem Nachteilsausgleich für hörbehinderte Menschen arbeiten und dieses Ziel auch erreichen.

Die Politik für Menschen mit Behinderung ist seit Langem ein Schwerpunkt bayerischer Sozialpolitik. Ich möchte an dieser Stelle auch unserem Behindertenbeauftragten der Staatsregierung, Holger Kiesel, für seine engagierte Arbeit ganz herzlich danken. Ich freue mich, dass sich die gute Arbeitsmarktlage in Bayern trotz Corona, trotz des Ukraine-Kriegs auch positiv auf die Erwerbsbeteiligung der Menschen mit Behinderungen auswirkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bundesregierung darf die positive Entwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte jetzt nicht aufs Spiel setzen. Doch das tut sie gerade. Frau Schulze, Sie wollen einen aktivierenden Sozialstaat. Ich glaube, wir haben einen aktiven und aktivierenden Sozialstaat. Aber gerade das Aussetzen der Sanktionen bei Hartz IV halte ich für unverantwortlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Bundesregierung hat damit die bislang immer geltende goldene Regel des Sozialstaatsprinzips, nämlich des Förderns und Forderns, außer Kraft gesetzt. Statt einer Aussetzung der Sanktionen brauchen wir umfassende Anpassungen bei Hartz IV, und zwar eine Erhöhung der Einkommensfreibeträge für Erwerbsaufstocker, denn Arbeit muss sich lohnen, eine Erhöhung der Vermögensfreibeträge für Leistungsberechtigte, denn Vorsorge und Sparen müssen sich lohnen, eine Erhöhung des Freibetrags für Wohneigentum im SGB II und natürlich eine gesetzliche Neuregelung nach der Aussetzung der Sanktionen, denn Sanktionen sind meines Erachtens unerlässlich, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Außerdem müssen Hilfen ganzheitlich ansetzen, denn Langzeitarbeitslosigkeit ist in der Regel sehr vielschichtig und betrifft meist die ganze Familie. Darum muss man auch in solchen Situationen immer die Familie als Ganzes im Blick haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Sozialstaat ist so gefordert wie schon lange nicht mehr. Für viele Menschen ist die aktuelle Lage existenziell. Wir müssen deshalb den Sozialstaat stärken und dürfen ihn nicht schwächen. Wir müssen auch auf die schauen, die den Sozialstaat stützen. Das sind neben der gesamten Sozialwirtschaft der Mittelstand, das Handwerk und die Industrie, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

Der Freistaat tut bereits, was in seiner Macht steht und in seiner Zuständigkeit möglich ist. Wir können aber nicht die Defizite der Bundesregierung ausgleichen. Heute hat das Kabinett sozusagen dankenswerterweise beschlossen, dass eine Vorfinanzierung der Kinderwunschbehandlung durch den Freistaat Bayern wieder möglich ist. Eigentlich wäre der Bund dafür zuständig. Er ist aber nicht bereit, die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Jetzt springen wir ein und schließen vorübergehend diese Finanzierungslücke. Das können wir aber nicht dauerhaft machen. Wir können nicht immer Ersatz für den zu spät oder nicht handelnden Bund leisten und schon gleich gar nicht die Fehler der Ampel bereinigen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Bundesrepublik Deutschland steht vor einer der größten Krisen seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Inflation erreicht Rekordhöhen, die Energiekosten steigen vermutlich ins Unermessliche, eine Rezession droht, und der Ampel fehlt jeglicher Ansatz, wie sich der soziale Frieden sichern lässt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Ampel, Kaffeekränzchen wie gestern ohne Ergebnisse helfen uns nicht weiter.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lösungsorientierte Ansätze sehe ich bis heute nicht; denn das, was der Kanzler dann gestern verkündet hat, war außer Blabla gar nichts. Da hocke ich mich nicht stundenlang mit so vielen Leuten zusammen,

(Arif Taşdelen (SPD): Ein bisschen mehr Respekt!)

da versuche ich einfach – –

(Arif Taşdelen (SPD): Ein bisschen Respekt!)

– Ich habe Respekt vor dem Kanzler, aber man darf ruhig auch auf die Fehler und Defizite hinweisen.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das, was da momentan passiert, macht uns große Sorgen. Ich glaube, wir in Bayern müssen weiterhin zusammenhalten. Wir tun in unserem Bereich – gerade im Bereich Soziales, Arbeit, Familie –, was wir können. Den Menschen in Bayern geht es besser als den Menschen im restlichen Deutschland. Ich hoffe, dass wir da auch weiterhin zusammenstehen. Aber erlauben Sie mir den Hinweis, liebe Ampelkoalitionäre: Das, was in Berlin läuft, macht uns große Sorgen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich beim Kollegen Thomas Huber für seine Worte und darf als nächsten Redner Herrn Abgeordneten Ulrich Singer von der AfD-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Singer.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Bürgerinnen und Bürger! Beim Thema der Regierungserklärung "Bayern. Gemeinsam. Stark." kann man wirklich glauben, dass die Regierungskoalition unter Realitätsverlust leidet; denn es war doch gerade die Staatsregierung, die in den letzten Jahren eine Spaltung in Bayern betrieben hat wie keine zuvor. Außerdem sind wir geschwächt durch die Corona-Maßnahmen aus den letzten Jahren herausgegangen.

Frau Staatsministerin Scharf, Sie malen sich diesen Sozialbericht schön. Sicherlich – ich stimme Ihnen zu –: In Bayern ging es in vielen Bereichen immer noch besser als in anderen Bundesländern und vor allem auch als im Bundesdurchschnitt. Im gleichen Zuge und im gleichen Zeitraum in den letzten Jahren stieg aber auch die Quote der Armutsgefährdung in Bayern deutlich an, seit 2015 um knapp 10 %. Das ist ein ganz klares Warnsignal, Frau Ministerin. Darauf sollten wir achten.

Bei all den Maßnahmen, die wir hier beschließen, müssen wir in die Zukunft schauen. Ich sage Ihnen ganz klar: Hier rast das Narrenschiff Utopia mit den schwarzen, grünen und roten Kapitänen auf einen riesigen Eisberg zu. Mit einem 15-Punkte-Plan wollen Sie uns sicher, sozial und stark durch die Krise führen, die Sie aber selbst durch eine nicht mehr konservative Politik in diesem Land verursacht haben. Im Einleitungstext dazu steht zwar, dass sich die CSU als Stimme der Normalverdiener verstehen würde, doch in Wahrheit fordern Sie, dass die Globalisierung verstärkt werden soll, Sie plädieren dafür, CETA und Mercosur umzusetzen. Sie wollen weitere Handelsabkommen mit den USA, dem Vereinigten Königreich, Australien und Neuseeland abschließen.

Geschätzte Kollegen, erst diese Globalisierung hat uns in eine Abhängigkeit gebracht, die uns jetzt in verschiedenen Bereichen Schwierigkeiten macht und um die Ohren fliegt. Wir haben Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Chips, wir haben Schwierigkeiten bei der Energieversorgung. Auch da sind wir jetzt auf das Ausland angewiesen. Sie wollen das alles noch weiter intensivieren. Ich richte mich nun an die geschätzten Kollegen der FREIEN WÄHLER: Als die CSU 2016 für CETA war, hat Ihr damaliger rechtspolitischer Sprecher Florian Streibl noch getönt, die CSU wäre gut beraten, zuvorderst die Interessen Bayerns und nicht die der internationalen Konzerne zu vertreten. Ich hoffe, geschätzte Kollegen, Sie haben das nicht vergessen, nur um gemeinsam mit der CSU am politischen Futtertrog sitzen zu dürfen.

Geschätzte Kollegen, in diesem Jahr gilt: Sozial ist, was im Winter warm macht.

(Beifall bei der AfD)

Ich glaube, das kann man so sehr gut und zutreffend zusammenfassen. Inzwischen hat die Staatsregierung das auch erkannt. Auch Sie, Herr Kollege Huber, haben die explodierenden Energiekosten angesprochen, bei denen viele Bürger nicht mehr wissen, wie sie sie stemmen sollen. Plötzlich übernimmt die CSU die klassischen AfD-Positionen und fordert eine Reduzierung der Abhängigkeit von Energieimporten sowie die Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken. Hut ab, liebe Staatsregierung, das ist sehr gut von der AfD abgeschrieben. Das macht uns nichts aus, das können Sie gerne machen. Eines muss man aber doch erwähnen: Sie haben uns erst in diese Abhängigkeit getrieben und jahrelang selbst den Atomausstieg gefordert. Die Staatsregierung, aber auch die SPD und insbesondere eine 16-jährige Merkel-Regierung, haben uns durch ihre einseitige Politik in eine Abhängigkeit von russischem Gas hineingetrieben. Klar ist aber eines: Sowohl Öl als auch Gas werden irgendwie ihren Weg nach Deutschland und Bayern finden. Wenn wir es nicht direkt von Russland abnehmen, dann wird es eben über deutlich höhere Preise über Indien oder andere Staaten zu uns kommen. Damit vernichten Sie aber den Wohlstand ganzer Generationen, denn dadurch wird es nicht billiger werden. Nein, wir stehen vielmehr vor extrem explodierenden Energiepreisen, obwohl wir diese Energie eigentlich billig beziehen könnten. Im Winter können wir uns nicht an Ihrer Moralhysterie wärmen – Moralhysterie, ein Begriff, den der ungarische Außenminister verwendet hat. Erzählen Sie mir bitte nichts von Moral, wenn Sie russisches Gas und russische Energie ablehnen wollen, solange problematische Staaten wie Saudi-Arabien und China ganz oben auf der bundesdeutschen Freundschaftsliste stehen.

(Beifall bei der AfD)

Sie übernehmen jetzt auch weitere Forderungen der AfD, die beispielsweise die längst überfälligen Steuersenkungen auf Energieprodukte betreffen. Hätten Sie und die damalige Unionskanzlerin Merkel uns durch Ihre verantwortungslose Politik nicht in die jetzige Bredouille gebracht und diese ganzen unnötigen Steuern eingeführt, dann bräuchte es diese Korrektur jetzt nicht. Außerdem fordern Sie eine Ausweitung der einmaligen Energiepauschale für alle Betroffenen. Franz Josef Strauß, geschätzte Kollegen, würde sich bei einer solchen staatlichen Umverteilungspolitik im Grabe umdrehen.

(Beifall bei der AfD)

Liebe CSU, konservative Sozialpolitik heißt im Ergebnis doch weniger Staat, und es heißt, dass man von seiner eigenen Arbeit und von seiner Lebensarbeitsleistung, die sich in unseren Renten niederschlägt, gut und gerne in diesem Lande leben kann. Deutschland ist jedoch schon jetzt Weltmeister bei der Steuer- und Abgabenlast. Vielen bleibt nicht einmal mehr die Hälfte vom Brutto übrig. Früher war

es noch so, man hat gesagt: Am Ende vom Monat ist kein Geld mehr da. Heute sagen aber immer mehr Familien in Bayern: Am Ende vom Geld ist noch viel Monat übrig. – Also, warum krepeln Sie nicht die Ärmel hoch und packen es an? Warum unterstützen Sie als Bayerische Staatsregierung nicht direkt und unmittelbar unsere bayerischen Familien? Unzählige Millionen Euro aus bayerischen Steuergeldern wurden in den letzten Jahren beispielsweise für Schrottmasken verschwendet. Die Amigo-Maskendeals waren natürlich auch ein gewisser Kostenfaktor, ebenso wie die teuren Impfkampagnen.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Für die in Not geratenen Bürger in Bayern ist aber nicht mehr genug Geld da. Geschätzte Kollegen, eine Inflation von bald 10 % ist nicht mehr sozial. Sie gefährdet den sozialen Frieden in Bayern wie kaum eine andere Maßnahme in den letzten Jahren. Dieser Inflationshammer wirkt sich doch wie ein Wirtschaftskrieg gegen die eigene hart arbeitende Bevölkerung aus, vor allem aber gegen unsere Rentner, gegen unsere Menschen mit Behinderung und all jene, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, weil sie von staatlichen Leistungen abhängig sind. Sie glauben doch nicht, dass die staatlichen Leistungen sofort und um genau diese 10 %, die erforderlich sind, erhöht werden. Gerade im Energiebereich, wo die Kosten deutlich stärker gestiegen sind, wissen die Menschen nicht mehr, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen.

Frau Kollegin Scharf, Sie haben auch angesprochen, uns fehlen die Fachkräfte. Haben Sie sich aber auch schon gefragt, warum uns die Fachkräfte in Bayern regelrecht davonlaufen und ins Ausland abwandern, warum zum Beispiel viele Pflegekräfte lieber in der Schweiz arbeiten als in unseren Heimen? Haben Sie sich überlegt und Gedanken darüber gemacht, warum gleichzeitig immer mehr Sozialhilfebezieher und eben nicht Fachkräfte nach Deutschland kommen?

Am Montag stellte Herr Söder vor den Kameras fest: Die bisherige Strategie gegenüber Russland war falsch. Diese Auffassung teile ich. Nun fordert er die Opposition zur Mithilfe auf, wenn es darum geht, den Gasspeicher in Haidach zu füllen. Hier dürften kleinteilige Parteiinteressen keine Rolle mehr spielen. – Ja, Herr Söder, natürlich, da ist Ihnen unsere Hilfe gewiss. Wenn es um den sozialen Frieden und um die Energieversorgung in Bayern geht, stehen wir an Ihrer Seite. Hier wird aber immer noch mit ideologisch geprägten Sanktionen ein Wirtschaftskrieg geführt, der doch nicht Russland, sondern vor allem uns selbst und unserer Bevölkerung schadet. Lassen Sie also Vernunft in die Politik einkehren. Hier sind Diplomatie und Weitsicht gefragt, zum Wohle der kommenden Generationen und um unsere Sozialsysteme nicht noch mehr zu gefährden, um sie nicht austrocknen zu lassen.

Frau Kollegin Scharf, Sie haben heute auch etwas Schönes gesagt, nämlich: Familie macht glücklich. – Da stimme ich Ihnen auch zu. Man muss sich Familie aber auch leisten können, und zwar ganz ohne staatliche Hilfe. Es gibt noch immer sehr, sehr, sehr viele Menschen in Bayern, die sich mehr Familie wünschen, die mehr Familie haben wollen, die mehr eigene Kinder haben wollen. Es fehlt aber an bezahlbarem Wohnraum, vor allem aber fehlt es an einer sicheren Zukunftsperspektive in Bayern. Die Menschen sind verunsichert und schauen mit Sorge auf den kommenden Winter. Früher hatten wir eine Politik für die nächsten Jahrzehnte, momentan wissen wir nicht, wie wir im Winter heizen sollen.

Arbeit muss sich wieder lohnen. Dafür müssen wir die Schrauben richtig einstellen und an den richtigen Schrauben drehen. – Lassen Sie mich noch ein Wort zu Menschen mit Behinderung sagen. Mit dem Bundesteilhabegesetz und mit dem Bayerischen Teilhabegesetz – ich habe es wiederholt erwähnt – haben Sie ein Bürokratiemonster geschaffen, das Sie nicht mehr im Griff haben. Das äußert sich zum

Beispiel durch teilweise unerträglich lange Bearbeitungszeiten und chaotische Zustände in unseren Bezirken, wo die eine Hand nicht mehr weiß, was die andere Hand macht, wo Unterlagen bei der einen Abteilung verschwinden und bei der anderen nicht mehr auftauchen. Das ist keine Teilhabe für Menschen mit Behinderung. Das erschwert die Teilhabe. Kümmern Sie sich um eine wirklich echte Teilhabe für unsere Menschen mit Behinderung, und zwar in Form einer digitalen, aber auch einer real physischen Barrierefreiheit. Das ist eine wesentliche Grundlage und eine wesentliche Voraussetzung für ein selbstbestimmtes und ein gemeinsames Leben mit unseren Menschen mit Behinderung.

Herr Kollege Huber, führen Sie endlich ein Gehörlosengeld ein. Es ist an der Zeit. Setzen Sie es bitte um.

Mein Kollege Jan Schiffers wird in der Folge noch viele wichtige Themen ansprechen, insbesondere den Bereich Familie und den für uns sehr wichtigen Lebensschutz. Zu den GRÜNEN: Ihre Behauptung, dass Abtreibung nur den eigenen Körper betrifft, halte ich für einen Verstoß gegen die Menschenwürde. Das ist unerträglich! Abtreibung betrifft immer noch jemand anderen, nämlich ein ungeboresenes Leben, das im Körper der Mutter wohnt. Für diese Menschen werden wir immer unsere Stimme erheben.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Singer. – Ich darf jetzt den Abgeordneten Robert Riedl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER aufrufen. Herr Kollege Riedl, bitte schön, Sie haben das Wort.

Robert Riedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Staatsministerin, jawohl, Sie haben recht: Familie macht glücklich. Das sehen Sie an mir: Vier Kinder und neun Enkelkinder verschönern mein tägliches Leben und machen mich zu einem positiven Menschen. Bei mir ist das Glas immer halb voll!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Diese positive Lebenseinstellung würde Ihnen, Herr Singer, sicher auch gut stehen. Natürlich hätten Sie die Corona-Hilfen lieber für Grenzzäune und Selbstschussanlagen verwendet. Deswegen werden wir alles tun,

(Widerspruch bei der AfD – Zurufe von der AfD – Andreas Winhart (AfD): Unverschämtheit!)

damit Sie niemals in Regierungsverantwortung kommen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte Zwischenrufe zurückhalten!

(Andreas Winhart (AfD): Es reicht jetzt! – Weitere Zurufe)

Robert Riedl (FREIE WÄHLER): Frau Staatsministerin, Sie haben uns heute ein dickes Brett zu bohren bzw. einen umfänglichen Sozialbericht zu lesen gegeben: 707 Seiten, in der Kurzfassung immerhin 101 Seiten zu unzähligen Themenbereichen. Dies erfordert von mir eine Auswahl der wichtigsten Ist-Stände, der geschehenen Maßnahmen und der abzuarbeitenden Probleme. Wie wir alle dem Bericht entnehmen können, stehen wir in Bayern im Vergleich zu allen anderen Bundesländern hervorragend da. Auch wir von den FREIEN WÄHLERN haben mit unseren Anträgen und Unterstützungsmaßnahmen einen wesentlichen Anteil an dieser positiven Feststellung. 73.500 neue Kita-Plätze in den letzten Jahren oder das auf den Weg gebrachte Seniorenmitwirkungsgesetz sind nur zwei Beispiele. Der Sozialbericht soll die soziale Lage benachteiligter und von Armut betroffener Personen-

gruppen beschreiben sowie Vorschläge und Lösungen aufzeigen, um die Probleme und Defizite zu beseitigen.

Zusätzlich belastet werden diese Menschen nun durch die Corona-Pandemie und die Auswirkungen des unsäglichen Angriffskriegs Putins. Wer sind nun die schwächsten Personengruppen in unserer Gesellschaft, die wir besonders beachten, schützen und unterstützen müssen? – Ich sage Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Liste ist lang und sicher nicht vollständig: Familien, alleinerziehende Mütter und Väter, Kinder, Studierende, Behinderte aller Bereiche, Wohnungssuchende, Obdachlose, Asylsuchende, Kriegsflüchtlinge, ältere Menschen, Kranke und Pflegebedürftige. Nicht alle kann ich heute in meinen Redebeitrag einbeziehen, aber Sie können sicher sein: Die FREIEN WÄHLER vergessen niemanden.

(Lachen bei der AfD – Zuruf: Ah! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mit über 25 Milliarden Euro von 2018 bis 2021 und einer Rekordsumme von über 7 Milliarden Euro – also über 700 Millionen Euro –, davon allein 4,2 Milliarden für Familien, versucht der Freistaat, allen sozial Benachteiligten gerecht zu werden. Hier alle einzelnen Fördermaßnahmen aufzulisten, würde den zeitlichen Rahmen sprengen.

Um ein sozial stabiler Staat zu sein, ist natürlich wirtschaftliche Stärke erforderlich. Bayern ist eine der wirtschaftsstärksten Regionen Europas. Die Attraktivität Bayerns lässt sich auch an der größten Bevölkerungszunahme in Höhe von 7,4 % seit dem Jahr 2000 und dem hohen Zuzug ablesen. Die Entwicklung der Arbeitslosenquote mit einem Rückgang von 12 % auf 3,5 % seit 2005 zeigt ebenfalls die Stärke Bayerns und seiner Politik. Wie die Sozialministerin heute schon festgestellt hat, ist die Oberpfalz Aushängeschild, und das größte Aushängeschild ist mein Landkreis Cham, der vor vierzig Jahren noch eine Arbeitslosenquote von 40 % im Winter hatte. Jetzt sind es 2,5 %.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU) – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Eine letzte Zahl zu den bezogenen Leistungen der sozialen Mindestsicherung lässt mich positiv in die Zukunft blicken: Mit 4,5 % lag der Anteil im Vergleich zum Bundesdurchschnitt von 8,3 % nur halb so hoch.

Bayern bekennt sich zu einer aktiven Wohnungspolitik und engagiert sich für ein finanzierbares und lebenswertes Wohnen. Die Bayerische Staatsregierung unterstützt die Bürgerinnen und Bürger mit verschiedenen finanziellen und strukturellen Maßnahmen dabei, das Wohnen auch weiterhin finanzierbar und lebenswert zu machen. Dies umfasst zum Beispiel das Wohngeld, den Zuschuss zu Mietkosten oder zu Belastungen durch das Eigenheim für bestimmte Bevölkerungsgruppen, aber auch die bayerische Wohnungsbauoffensive und die Bayerische Eigenheimzulage bis 2020 oder die Realisierung bezahlbaren Wohnraums durch die staatlichen Wohnungsbaugesellschaften. Zudem unterstützen die Maßnahmen der Städtebauförderung, der Dorferneuerung oder des Corona-Sonderfonds "Innenstädte beleben" dabei, das Wohnumfeld lebenswerter zu gestalten. Insgesamt stieg die Zahl der Wohnungen zwischen 1998 und 2019 um circa eine Million. Dies sind rund 20 % mehr.

Bayern ist auch gegen Gewalt. Mit dem Gesamtkonzept "Bayern gegen Gewalt" tritt die Bayerische Staatsregierung insbesondere der häuslichen und sexualisierten Gewalt wirkungsvoll entgegen. Das Konzept "Bayern gegen Gewalt" definiert Ziele und Maßnahmen zum Gewaltschutz und zur umfassenden Gewaltprävention – von der Aufklärung und Sensibilisierung über zielgruppenspezifische Beratungs- und Hilfsangebote bis zur Hilfe für Betroffene und zur Arbeit mit Täterinnen und Tä-

tern, um weitere Gewalttaten zu verhindern. Im Zuge dessen werden die bestehenden Hilfs- und Beratungsangebote für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder mit langfristigen und breit angelegten Maßnahmen für weitere Personengruppen und Gewaltformen kontinuierlich ausgebaut und bedarfsgerecht weiterentwickelt.

Bayern gehört zu den Bundesländern, in denen Menschen vergleichsweise sicher leben können. Trotzdem begegnet uns Gewalt im alltäglichen Leben immer wieder. Aus Sicht der FREIEN WÄHLER müssen wir gerade dorthin blicken, wo verschiedene Gewaltphänomene weniger sichtbar sind. Daher ist es wichtig, das bestehende Dunkelfeld bei häuslicher und sexualisierter Gewalt, wovon größtenteils Frauen, aber auch Männer betroffen sind, bestmöglich aufzudecken und Phasen der Viktimisierung frühzeitig zu durchbrechen. Ein weiterer nennenswerter Schritt ist beispielsweise die Verlängerung der Second-Stage-Modellprojekte; denn nach der Stabilisierung der Frauen im Frauenhaus zielen diese Projekte auf die Verselbstständigung der Frauen und ihrer Kinder in einem gewaltfreien Leben ab. Im Vordergrund steht dabei ein wohnraumbezogenes Übergangsmanagement, in dem die Wohnraumakquise und -vermittlung neben der weiterführenden psychologischen Beratung einen wesentlichen Aspekt darstellt.

Grundsätzlich hervorzuheben ist vor allem die täglich geleistete wertvolle Arbeit in allen bayerischen Frauenhäusern, Fachberatungs- und Interventionsstellen oder auch in der Notfallambulanz für Opfer häuslicher Gewalt am Institut für Rechtsmedizin der LMU München. Ziel muss es sein, das Thema häusliche und sexualisierte Gewalt weiterhin innerhalb der Gesellschaft zu enttabuisieren. Die kontinuierliche und bedarfsgerechte Weiterentwicklung des umfangreichen bayerischen Hilfe- und Beratungsangebots leistet durch vielfältige gewaltpräventive Projekte in dieser Hinsicht einen unverzichtbaren und wertvollen Beitrag.

Trotz all des Geldes und aller Bemühungen konnten nicht alle Probleme gelöst und nicht alle Betroffenen erreicht und unterstützt werden. Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, einige Bereiche ansprechen, die wir in den nächsten Jahren noch gemeinsam beackern und verbessern müssen. Beginnen möchte ich mit dem längst überfälligen Gehörlosengeld. 1,3 Millionen Euro wurden im Jahr 2020 aus unserer Fraktionsreserve zusätzlich zur Verfügung gestellt, sodass eine Einmalzahlung von 145 Euro an die Betroffenen erfolgen konnte. Dies ist zwar besser als nichts, aber keine Lösung. Eine kontinuierliche Unterstützung ist notwendig, um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für gehörlose Menschen zu gewährleisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dies, meine Damen und Herren, kann nur mit einem monatlichen Gehörlosengeld erreicht werden, das so schnell wie möglich umgesetzt werden sollte.

Die Tafeln, verehrte Kolleginnen und Kollegen, – dazu habe ich heute noch gar nichts gehört – sind in den letzten Monaten, ja sogar Jahren an ihre Grenzen und darüber hinaus gegangen. Ich möchte an dieser Stelle allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern der Tafeln, aber auch allen anderen Ehrenamtlichen, die sich in Vereinen, Verbänden, Institutionen oder auch Parteien mit aller Kraft engagieren, recht herzlich danken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zur Verbesserung der Arbeit im Ehrenamt ist Gott sei Dank oder Dank sei Gottstein, ja, Eva Gottstein, unserer Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für das Ehrenamt, sehr viel Positives passiert. Dank ihres Einsatzes wurde der Übungsleiter-Freibetrag um 600 Euro auf 3.000 Euro angehoben, die Ehrenamtspauschale um 120 Euro auf 840 Euro erhöht.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Danke, Herr Füracker!)

Durch die Errichtung der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern im Jahr 2018 wurden und werden unzählige Projekte im Sinne des Ehrenamtes gefördert. Frau Gottstein hat auch hier im Jahre 2020 für eine Zustiftung von 200.000 Euro gesorgt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme noch einmal zurück zu den Tafeln. Fehlendes Personal und nicht genügend Lebensmittel erschweren die Arbeit und fordern von der Politik sofortiges Handeln und Unterstützung. Bei einem Gespräch mit Vertretern des Sozialministeriums in der letzten Woche haben wir festgestellt, dass Hauptamtliche angestellt werden müssen. Es soll angeregt werden, Lebensmittel auch kaufen zu dürfen.

Die Zeit drängt. Ich darf mich recht herzlich bedanken. Lassen Sie es uns angehen. Dann wird Bayern gemeinsam noch stärker.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank, Herr Kollege Riedl. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, begrüße ich auf der Ehrentribüne zwei königliche Hoheiten, unsere aktuelle Bayerische Milchkönigin, Veronika Gschoßmann, und unsere aktuelle Bayerische Milchprinzessin, Philomena Mögele. Herzlich willkommen im Bayerischen Landtag!

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt hat Frau Doris Rauscher das Wort. Bitte schön.

Doris Rauscher (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, in Bayern geht es vielen Menschen gut. Zur Wahrheit der sozialen Lage in Bayern gehört aber auch die Feststellung, dass Bayern nicht für alle Menschen ein Chancenland ist. Es gibt viele Menschen, die sich nicht jeden Tag unter der blau-weißen Wolkenglocke der Glückseligkeit bewegen. Über diese Menschen habe ich seitens der Ministerin und von einigen meiner Vorredner*innen kein einziges oder kaum ein Wort gehört, Lösungsansätze schon gleich gar nicht.

(Beifall bei der SPD)

Verdrängung und fehlende Empathie sind kein Aushängeschild. Nehmen Sie doch einfach die rosa gefärbte Sonnenbrille ab und das Vergrößerungsglas in die Hand. Schauen Sie dorthin, wo es brennt. Würden Sie genau hinschauen und die Probleme ehrlich betrachten, würden Sie nicht nur Worte der Superlative finden, sondern ein paar Dinge anders machen; denn dafür wäre es eigentlich allerhöchste Zeit.

Was bräuchte es also, um ein soziales Bayern für alle zu schaffen? – Chancengerechtigkeit beginnt bei den Kleinsten mit ausreichend Kita-Plätzen, guten Rahmenbedingungen in der Frühpädagogik und einem Plan für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung und -bildung ab dem Jahr 2026.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, Bildungserfolg hängt nämlich in unserem Bundesland immer noch vom Geldbeutel der Eltern ab. Das ist fatal und vernichtet Chancen.

(Beifall bei der SPD)

In allen Winkeln Bayerns fehlt es an Kita-Plätzen, weil Bayern keine zusätzlichen Gelder mehr für den Ausbau in die Hand nimmt. Allorts fehlt es massiv an Fachkräften. An dieser Stelle möchte ich den Bereich der stationären Jugendhilfe explizit erwähnen. Diese Fachkräfte fehlen nicht erst seit heute oder gestern. Die Kitas steuern mit ihrer aktuellen Situation auf einen Kollaps zu. Das ist keine Schwarzmalerei und keine geringe Wertschätzung der Arbeit, die in den Häusern geleistet wird. Das ist tatsächlich bittere Realität. Das ist auch bittere Realität für die Familien.

(Beifall bei der SPD)

Eine Kollegin hat letztens gesagt, dass wir eigentlich schon seit zwanzig Jahren vom Fachkräftemangel reden. Wo waren Sie und haben gegengesteuert? – Statt Lösungen gibt es von Ihrer Seite seit so vielen Jahren nur Schönfärberei. Noch schlimmer: Der Ministerpräsident degradiert unsere hoch qualifizierten Fachkräfte in der frühkindlichen Bildung zu Betreuungstanten. Er sagte – Zitat –, Eltern bräuchten auch keine Ausbildung zur Kinderbetreuung. Warum also die Erzieherin? – Das ist offenbar die Haltung unseres Ministerpräsidenten. Ist das der Dank?

(Beifall bei der SPD)

Damit fahren Sie das System sehenden Auges weiter an die Wand. Wir brauchen Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen, nicht irgendwann, sondern jetzt. Sonst sind auch noch diejenigen weg, die jetzt noch in diesem Beruf arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Zu einem starken Bayern gehört eine starke Kinder- und Jugendhilfe. Jugendpolitik heißt nicht, einen Jugendgipfel durchzuführen. Das ist zwar gut, ist aber nicht zielführend und reicht nicht aus. Gute Kinder- und Jugendpolitik bedeutet, Freiräume zu schaffen, echte Begegnungs- und Mitsprachemöglichkeiten zu eröffnen und Perspektiven für die Zukunft zu schaffen. Wir brauchen Maßnahmen gegen Kinder- und Jugendarmut, beispielsweise auch durch kommunale Präventionsketten und Angebote in Brennpunktvierteln, um diejenigen zu erreichen, die die Unterstützung besonders nötig haben. Dazu gehört auch eine bessere Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf. Kein junger Mensch darf verloren gehen, wie es immer so schön heißt.

(Beifall bei der SPD)

Die Streichung der Berufseinstiegsbegleitung letztes Jahr war genau das falsche Signal.

Kinderrechte gehören ins Grundgesetz – oh ja. Die SPD setzt sich schon seit langer Zeit dafür ein. Wer hat das in der letzten Legislaturperiode letztendlich auf Bundesebene blockiert? – Das waren die Fraktionen der Union, weil Ihnen die Formulierungsansätze viel zu weitreichend waren. Das war nicht die SPD.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Na ja!)

In dieser Legislaturperiode werden wir weiterkommen – vertrauen Sie darauf.

(Beifall bei der SPD)

Ein soziales Bayern sorgt auch für eine echte Work-Life-Balance für Familien. Familien müssen sich zunehmend abstrampeln, weil es mit der Vereinbarkeit von Familienleben und Beruf nicht wirklich allzu weit her ist. Das betrifft immer wieder besonders die Frauen. Vorhin hat sich die Ministerin besonders bei den Vätern bedankt, dass sie auch Elternzeit nehmen. Ich danke jetzt einfach einmal all den

Müttern, die seit so vielen Jahren für die Betreuung und das Aufwachsen ihrer Kinder zuständig sind.

(Beifall bei der SPD)

Gleichstellung ist für uns einfach mehr.

Wir brauchen eine stärkere finanzielle Entlastung auch für ganz normale Familien mit ganz normalem Einkommen. Die versteckten Kosten im Alltag sind nach wie vor viel zu hoch. Es bedarf wirklich sehr vieler Maßnahmen, um der Armut in unserem Land entgegenzuwirken. Die Schere zwischen Arm und Reich in unserem Land geht immer stärker auseinander. Ich würde erwarten, dass eine Sozialministerin in einem relativ wohlhabenden Bundesland sich stärker als Anwältin für diejenigen einsetzt, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen.

(Beifall bei der SPD)

Im Hinblick auf das Thema Schutz vor Gewalt brauchen wir weitere Verbesserungen. Es fehlt an flächendeckenden Angeboten. Angebote für queere Menschen müssen dringend im Land ausgebaut werden. Mich hat die öffentlichkeitswirksame Äußerung der Ministerin im Zuge des Selbstbestimmungsrechts erstaunt. Das war ein Schlag ins Gesicht für queere Menschen und ihre Community. Laut Twitter- und Pressemeldungen handle es sich nur um einen Hype. Die Bundesregierung sollte das Thema nicht größer machen, als es sei. Man solle diesen Menschen einfach Zeit für ihre Entwicklung geben.

Es fehlen Angebote für Flüchtlinge, Angebote für Menschen mit Behinderung und Angebote für Kinder und Frauen, die Gewalt erleben mussten. Es fehlt Personal für Beratung, Vernetzung und Prävention. Es fehlt eine Monitoring-Stelle. Außerdem fehlt nach wie vor ein unabhängiger Missbrauchsbeauftragter für Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen Inklusion statt Exklusion. Auch insoweit ist hier noch richtig Luft nach oben. Die Barrierefreiheit bis 2023, die sogar der damalige Ministerpräsident angekündigt hatte, hat das Sozialministerium mittlerweile beerdigt. Wir werden also bis 2023 nicht so weit sein, wie es einmal als Zielsetzung formuliert worden war.

Menschen mit seelischer Behinderung fallen wohl weiterhin vollständig durch das Raster. Trotz unserer Initiative wurden keine Investitionsmittel für Wohnraum für Menschen mit seelischer Behinderung bereitgestellt.

Sie sehen also: Die Baustellen sind groß und vielfältig.

Ginge es nach uns, der SPD, wären wir im Bereich der Armutsbekämpfung schon ein deutliches Stück weiter. Wo muss man denn ansetzen? – Bei der Ermöglichung guter Erwerbsbiografien und guter Arbeit, deren Einkommen zum Leben und für das Alter ausreicht; dazu wird nachher meine Kollegin Diana Stachowitz noch etwas sagen.

Stattdessen haben wir in Bayern laut letztem Stand 250.000 armutsgefährdete Kinder und Jugendliche – Tendenz steigend. Wenn man sich das von der Größenordnung her einmal vorstellt: Das ist eine Stadt wie Augsburg, die drittgrößte Stadt Bayerns.

In keinem anderen Bundesland sind so viele ältere Menschen von Armut betroffen wie bei uns. Konkrete Lösungsansätze – außer mit dem Finger nach Berlin zu zeigen – sehe ich hier nicht wirklich.

Ich komme zu dem Thema "Recht der Seniorinnen und Senioren auf Mitbestimmung". Die Eckpunkte des Seniorenmitwirkungsgesetzes sind uns vorgestellt worden. Es fehlt jedoch die Verlässlichkeit für die Seniorinnen und Senioren. So können sie sich nicht darauf verlassen, Seniorinnen- und Seniorenbeiräte gründen zu dürfen. Das Kernanliegen der SPD-Landtagsfraktion wird somit für die Seniorinnen und Senioren in Bayern leider nicht Wirklichkeit. Insoweit ist das letzte Wort sicherlich noch nicht gesprochen. Ich denke, dass sich die Betroffenen auch noch einmal kräftig zu Wort melden werden. Schade, dass Sie hierzu eine Haltung haben, die letztlich nur einen zahnlosen Tiger auf den Weg bringt.

(Beifall bei der SPD)

Sozialpolitik soll die Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger verbessern und hauptsächlich für Menschen in Notlagen da sein. Deshalb haben wir in der vergangenen Woche einen Dringlichkeitsantrag mit der Forderung nach einem Entlastungspaket eingebracht. Wir wollten ein Klima- und Energiegeld von einmalig 50 Euro pro Kopf, eine Einmalzahlung von 100 Euro für Bezieher von Grundsicherung, einen einmaligen Kinderbonus von 100 Euro für jedes Kind und die Ausweitung des Frühstücksprogramms an Schulen erreichen. Sozialpolitik ist für den sozialen Zusammenhalt wichtig.

(Zuruf von der CSU: Und was ist mit dem Bund?)

– Die Länder müssen schon auch ihren Teil dazu beitragen. Es reicht nicht aus, immer mit dem Finger nach Berlin zu zeigen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Berlin gibt Ihnen gute Initiativen vor. Die Länder sind in der Pflicht, diese aufzugreifen und weiterzuführen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Kollegin Julika Sandt von der FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen vor großen Herausforderungen als Folgen von Corona und des Angriffskriegs gegen die Ukraine. Diese Herausforderungen wachsen ständig an. Ich nenne nur die Inflation, insbesondere die hohen Energie- und Lebensmittelpreise, und vor allen Dingen den Umstand, dass viele Geflüchtete in unser Land gekommen sind und noch kommen werden. Gerade angesichts dessen ist doch eine sehr starke, sehr profilierte Sozialpolitik gefordert.

(Zuruf von der CSU: Die macht ihr in Berlin?)

– Ja. – Von dieser Regierungserklärung hätte ich starke Lösungen erwartet, Profil statt Beliebigkeit. Als ich den Titel las: "Bayern. Gemeinsam. Stark.", dachte ich, Sie wollten jetzt etwas Gemeinsames mit uns auf den Weg bringen. Aber dann kam Ihre Pressekonferenz. Ich muss wirklich sagen, dass ich über die Vorwürfe, die dort geäußert wurden, entsetzt war. Es war Martin Hagen, der als Betroffener extrem couragiert dafür gekämpft hat – ich bedanke mich bei ihm, aber auch bei Herrn Seidenath –, dass es dann zu einem gemeinsamen Antrag auf Förderung von Kindeswunschbehandlungen kam. Das ist ein Herzensthema der FDP.

(Zuruf von der CSU: Und wer zahlt nicht mehr?)

– Der Bund zahlt natürlich weiter. Sie wissen, dass die Haushaltsverhandlungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten stattfanden. Es kam zu Lücken; aber wir haben es

für das nächste Jahr sichergestellt. Das hätten Sie auch dieses Jahr machen können.

Warum ist Bayern das einzige Bundesland, das die entsprechende Finanzierung eingestellt hat?

(Zuruf von der CSU)

In allen anderen Ländern gab es damit kein Problem. Nur Bayern hat Schwierigkeiten gemacht.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von der CSU: Das ist doch unsachlich!)

Unsere Haushaltsanträge dazu haben Sie abgelehnt.

Dann behaupteten Sie in Ihrer Pressekonferenz, die Ampel rede nur von Schwangerschaftsabbrüchen. Ich würde gern gar nicht darüber reden. § 219a des Strafgesetzbuches, dieser erzkonservative Paragraf, der es einer Frau, die sich informieren möchte, nicht ermöglicht, sich im Internet zu informieren, hätte ganz abgeschafft gehört; dann hätten wir gar nicht groß darüber reden müssen.

Wir von den Liberalen wollen, dass jeder jungen Frau, derjenigen, die einen Kinderwunsch hat, und der derjenigen, die ungewollt schwanger wird, geholfen wird – so, wie sie es braucht. Das ist liberale Politik.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von der CSU: Und die macht ihr in Berlin?)

– Die machen wir, genau die machen wir. Sie machen sie nicht, und Sie haben sie viele Jahre nicht gemacht.

Ich erinnere daran, dass die Gelder aus Berlin viele Jahre lang in Bayern überhaupt nicht ausgegeben werden konnten, weil sich der Freistaat eben nicht an der Kofinanzierung beteiligte.

(Widerspruch bei der CSU)

Nur dank uns ist es dann doch passiert. Die bayerische CSU und die von ihr gestellte Regierung hatten sich jahrelang dagegen gesperrt. Sie sollten uns eher dankbar sein, dass wir das vorangetrieben haben.

Noch einmal zum Titel der Regierungserklärung: "Bayern. Gemeinsam. Stark." Das hätte der Titel jeder Regierungserklärung aus jedem Ressort sein können, überhaupt der Titel jedes Pamphlets. Warum nicht gleich: "Wir sind die Mega-Hammer-Staatsregierung!" oder: "Mia san mia"? Dieser Titel ist einfach Ausdruck von Beliebtheit, und das bei einem so wichtigen Thema, der Sozialpolitik. Da haben wir wirklich einen anderen Anspruch.

Sie haben zwar neulich im Sozialausschuss Ihren Anspruch formuliert, indem Sie sagten, Sozialpolitik müsse verlässlich sein und Halt geben. Es ist aber so, dass Sie diesem Anspruch nicht gerecht werden.

Wir wollen eine Sozialpolitik, mit der wir Chancen schaffen. Das ist sehr viel mehr, als Halt zu geben. Ja, es gibt viele Menschen mit körperlichen oder seelischen Leiden. Es gibt Frauen, die Gewalt erfahren. Diese Menschen brauchen natürlich erst einmal Verlässlichkeit und Halt. Aber es gibt auch sehr viele Menschen, die Chancen im Leben brauchen. Das ist ein anderer Anspruch. Dabei geht es um frühkindliche Bildung – meines Erachtens ein sehr wichtiger Bereich Ihres Ressorts –, um Kinder, um Familien, aber auch um Menschen mit Behinderung. All diesen Menschen muss ein selbstbestimmtes Leben eröffnet werden, auch sie brauchen Halt.

Dafür kann man wahnsinnig viel machen. Was das angeht, so haben wir einfach einen anderen, einen höheren Anspruch.

Ich komme auf die einzelnen Punkte zu sprechen.

Frühkindliche Bildung ist wirklich das Zukunftsthema. Dabei geht es um Sprachförderung, Persönlichkeitsentwicklung und Chancengerechtigkeit – ein Leben lang –, sodass man überhaupt motiviert und neugierig ist. Dann hat man in der Schule Spaß und Interesse und kann auch danach gut durch das Leben gehen. Im gesamten späteren Leben profitiert man davon, wenn man eine gute frühkindliche Bildung erfahren hat. Das besagen alle Studien.

Sie haben nur das Stichwort Medienkompetenz erwähnt. Das hat mich gewundert; denn das Zentrum für Medienkompetenz in der Frühpädagogik, das es schon mehrere Jahre lang gegeben hatte, wurde, sozusagen als Unterabteilung, in das Staatsinstitut für Frühpädagogik übernommen, nachdem es jahrelang unterbesetzt und unterfinanziert war. Ich bin gespannt, was in Sachen Medienkompetenz jetzt wirklich passieren wird und ob und, wenn ja, wie die Kitas überhaupt in irgendeiner Weise in Sachen Medienpädagogik unterstützt werden. Bisher habe ich davon nicht viel gesehen.

(Beifall bei der FDP)

Wir wissen aus der Bertelsmann-Studie, dass bis 2030 46 000 Kita-Fachkräfte fehlen. Und was bringen Sie in Ihrem Bericht? Die Herzwerker-Kampagne. Schön und gut – nichts gegen die Herzwerker –, aber Sie glauben doch nicht, dass Sie mit dieser Kampagne 46 000 junge Menschen begeistern können, diesen Beruf zu ergreifen! Dafür müssen Sie in diesem Land doch viel, viel mehr tun.

Wir fordern eine strategische Personalplanung und eine Fachkräftebedarfsanalyse. Wir wollen es allen Einrichtungen ermöglichen, eine vergütete Ausbildung anzubieten. OptiPrax kommt aber überhaupt nicht ins Rollen. Wo sind denn die Studienplätze, die Sie vorhin erwähnt haben? Wir brauchen eine bessere Fachkraft-Kind-Relation. Wir wollen die Fachberatung und die pädagogische Qualitätsbegleitung als Angebote richtig verankern.

All das sind Anträge, die wir hier eingebracht haben, die die Regierungsfractionen leider abgelehnt haben. Aber das ist doch das, was wir für die Sozialpolitik in Zukunft brauchen, was dieses Land braucht: eine gute frühkindliche Bildung. Das sind Chancen für die Kinder und natürlich auch für die Familien. Denn es geht natürlich auch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf; nicht an erster Stelle, aber auch.

Die Betreuungsquote der Kinder zwischen null und drei Jahren in der Kindertagesbetreuung liegt bei 29,6 %. Zum Vergleich: Bundesweit sind es 34,4 %. Viele Bundesländer liegen bei über 50 %, und der Bedarf ist auch entsprechend hoch. Auch in Bayern ist er entsprechend hoch. Das Angebot fehlt einfach. Die fehlende Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist doch die Ursache für vieles, in dem Bayern rückständig ist.

Sie haben gesagt, Sie wollen was gegen den Gender Pay Gap tun. Ja, setzen Sie als Erstes bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf an. Sie wollen was gegen die Armut bei Alleinerziehenden tun. Da hat Bayern tatsächlich eine klaffende Wunde. Da kann man ebenfalls bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ansetzen. Und ja, auch für die Altersarmut bei Frauen ist die Ursache die fehlende Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir sagen jetzt: Ihr bekommt ein bisschen Familiengeld hier und irgendwas da, aber das Geld in der frühkindlichen Bildung fehlt und die Möglichkeit zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf fehlt. Ja, was passiert

denn dann mit den Familien? – Das bedeutet doch, dass das letzten Endes wieder zu fehlenden beruflichen Perspektiven führt – meistens sind es die Mütter – und irgendwann auch wieder in die Altersarmut. Da muss man doch einfach den Hebel ansetzen.

(Beifall bei der FDP)

Sie sagen, Kinder sind unser höchstes Gut, unser köstlichstes Gut. Das steht ja auch in der Verfassung. Schaffen wir Chancen für Kinder, schaffen wir Chancen für Familien!

Aber Chancen brauchen auch – und das ist mir ebenfalls ein Herzensanliegen – Menschen mit Behinderung. Barrierefreiheit ist ein Marathonlauf, es ist ein Kraftakt; da muss man einschätzen, wann man sein Ziel erreichen kann, und da muss man natürlich auch durchhalten. Es ist unerträglich, dass sich die Bayerische Staatsregierung von ihrem einmal groß verkündeten Ziel "Bayern barrierefrei 2023" sang- und klanglos verabschiedet hat.

Jetzt, auf der Hälfte der Strecke dieses Marathonlaufs, lässt die Frau Ministerin mit dem Bericht zur Barrierefreiheit, den sie uns jetzt vorgelegt hat – dem Sozialausschuss liegt er vor –, schon mal die Korke knallen und kürt sich als Siegerin. Fakt ist aber: Von 1.700 Bahnhöfen werden bis Ende 2022 gerade mal 500 barrierefrei sein, also nicht einmal 50 %. Dann kündigt die Staatsregierung an, dass bis Ende 2024 alle Busse barrierefrei sein sollen. Wenn wir aber nachfragen, weiß die Staatsregierung weder, wie viele Busse, noch wie viele Haltestellen überhaupt schon barrierefrei sind. Bei den staatlichen Gebäuden ist es ähnlich: Auch da ist die Barrierefreiheit nur zu ungefähr 50 % erfüllt.

Dass die Bayerische Staatsregierung die digitale Barrierefreiheit sträflich vernachlässigt, wissen wir auch seit Jahren. Die Stelle, die die Websites des Landes, der Kommunen und der Bezirke überprüfen soll, besteht aus gerade mal drei Personen. Also, das ist wirklich – –

In Ihrem heutigen Bericht loben Sie sich für herausragende Fortschritte in puncto Barrierefreiheit bei der Bewusstseinsbildung. Wir brauchen barrierefreie Mobilität, wir brauchen barrierefreies Internet. Und Sie, was servieren Sie den Leuten, denen Sie was anderes versprochen haben? – Bewusstseinsbildung! Also, das ist echt einfach zu wenig, das kann es ja wohl nicht sein, das kann auch nicht Ihrem selbst gestellten Anspruch gerecht werden.

(Beifall bei der FDP)

Wir Liberale haben viele Anträge gestellt, um den Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen: barrierefreie Software für Menschen mit Sehbehinderung, ein Gehörlosengeld für Gehörlose. Sie mit Ihrer Einmalzahlung! Wissen Sie, was ein Hörgerät kostet? Wissen Sie, was ein Gebärdensprachdolmetscher kostet? Wir brauchen hier eine gute, nachhaltige Finanzierung. Mehrere Fraktionen haben entsprechende Anträge gestellt. Bei uns von der FDP waren die übrigens auch noch sauber gegenfinanziert.

Sie erwähnen zwar die Inklusion, aber in Ihrem Bericht fehlen die Komplexeinrichtungen, also riesige Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, die wir öffnen und weiterentwickeln wollen, die sogenannte Konversion, die da geplant ist. Auch das fehlt völlig in Ihrem Bericht. Wir haben ja auch nur einen Kurzbericht. Ich weiß nicht, was da jetzt noch geplant ist. Es ist überhaupt ein Unding, dass wir den Bericht erst heute früh bekommen haben.

Die Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Behinderung sieht auch nicht gut aus: Im Jahresdurchschnitt 2021 hatten zwar 55 % der schwerbehinderten Arbeitslosen einen Berufs- oder Hochschulabschluss, aber die Arbeitslosenquote von Menschen mit Behinderung ist mehr als 60 % höher als bei Menschen ohne Schwerbehinderung. Ganz großer Nachholbedarf besteht ja auch noch bei der Integration von Menschen mit Behinderung aus den Werkstätten in den ersten Arbeitsmarkt. Da schafft das "Budget für Arbeit" gerade mal unter ein Prozent. Da ist ganz viel zu tun, und da appelliere ich dringend an Sie, hier weiter voranzukommen.

Wir wollen Chancen schaffen für Familien, für Menschen mit Behinderung, für alle aus dem sozialen Bereich. Das ist liberal. Sie beschränken sich in Ihrem konservativen Weltbild auf das Notwendige: Verlässlichkeit, Halt, Stabilität. Aber mit der Verlässlichkeit ist es auch nicht so weit her. Sie haben heute nach langem Hin und Her ein Seniorenmitwirkungsgesetz angekündigt, mit Anhörungsrecht. Das ist schön.

Landesseniorenvertretung: Versammlung, ja; Landesjugendparlament: nein; eine Vertretung für Kita-Eltern: nein. – Das geht alles nicht, obwohl Senioren eh schon eine sehr viel stärkere Wählergruppe sind und andere Gruppen überhaupt kein Wahlrecht haben. Oder kann es vielleicht sein, dass Sie das machen, das es so ist, dass Sie sich Stimmen von den Senioren versprechen? Und die jungen Leute, die eh unterrepräsentiert sind, von der Bevölkerungsstärke her, aber auch, was das Wahlrecht angeht, das Sie ihnen verwehren, die sollen überhaupt keine Vertretung haben? – Das ist ein Unding.

(Petra Högl (CSU): Das ist doch Quatsch! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das kann man doch nicht gegeneinander rechnen!)

Das ist widersprüchliche Politik. Das hat mit Verlässlichkeit überhaupt nichts zu tun. Das ist einfach nur widersprüchlich und meines Erachtens völlig falsch.

(Beifall bei der FDP)

Verlässliche Sozialpolitik bedeutet noch mehr. Es gibt Menschen, die darauf angewiesen sind. Ich nenne hier Frauen und Kinder, die von Gewalt betroffen sind. Die Staatsregierung hat sich mit dem Konzept "Bayern gegen Gewalt" auf die Fahnen geschrieben, den Gewaltschutz zu verbessern. Unsere Sachverständigenanhörung hat aber ergeben, dass da noch ganz viel Luft nach oben ist. Ich nenne nur das Beispiel "Ausbau der Frauenhäuser". Bei dem Schnecken tempo, das Sie vorlegen, dauert es bei den Frauenhausplätzen noch bis zum Jahr 2035 und bei den Familienplätzen sogar bis 2059, bis wir die Vorgaben der Istanbul-Konvention erreicht haben.

Sie, Frau Ministerin – Wo ist Sie jetzt eigentlich? – Ach ja, da hinten! –, sagen jetzt: Gute Sozialpolitik muss verlässlich sein. Auf wen sollen sich denn die Frauen, die täglich von Gewalt bedroht sind, in den kommenden 12 bis 27 Jahren verlassen, Frau Ministerin? Wo bleibt eigentlich die statistische Erfassung der Abweisungszahlen der Frauenhäuser, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Julika Sandt (FDP): – auf die wir seit zwei Jahren warten? Wir müssen – – Okay. Gewaltschutz ist wichtig, übrigens auch für die Geflüchteten aus der Ukraine, die hier betroffen sein können. Auch für sie wollen wir Chancen schaffen, durch berufliche Anerkennung.

Das ist liberales Credo: Chancen schaffen, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete!

Julika Sandt (FDP): – Aussicht auf ein selbstbestimmtes Leben schaffen! Bitte unterstützen Sie uns dabei.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

(Zurufe: Oh!)

Raimund Swoboda (fraktionslos): Unter jedem Dach ist ein Ach, warum nicht hier im Hohen Haus? Ein herzliches Grüß Gott, verehrte Bürger! Sehr geehrte Frau Staatsministerin Scharf, nichts gegen ein durch Gemeinsamkeit starkes Bayern. Aber was hat denn die Bayerische Staatsregierung in den letzten beiden Jahren getan, um dieses Ziel aus dem Koalitionsvertrag von CSU und FREIEN WÄHLERN zu erreichen? Etwa in der Wirtschaftspolitik, in der Gesundheitspolitik, in der Energiepolitik oder in Ihrem Fach, Sozial- und Familienpolitik? Auch heute hörten wir von Ihnen, Frau Scharf, altbekannte Selbstbeweihräucherung, Absichtserklärungen bei Familien, Kitas, Schulen, etwa zur Ganztagsbetreuung.

Haben Sie sich eigentlich überlegt, dass das, was Sie gesagt haben, auch im DDR-Sozialismus-Konzept stand und auch verwirklicht wurde? Die Bürger brauchen Entlastung bei Steuern und Abgaben, Hilfe gegen rapide Teuerungen, etwa bei Strom-, bei Kraftstoff- und Lebensmittelkosten, bei Wohnkosten. Tatenlos sieht die Bayerische Staatsregierung zu, wie kleine und größere Sparvermögen und Rücklagen für das Alter durch exorbitant ansteigende Geldentwertung unaufhaltsam sich in nichts auflösen, allein im Monat Juni lag die Geldentwertung bei 8,4 %. Das ist asoziale Sozialpolitik!

Was hat uns die Söder-Sozialpolitik gebracht? – Ich sage es Ihnen: Zwei Jahre Corona-Willkür mit verfassungswidrigen Ausgangssperren und grundrechtsfeindlichen Beschränkungen, bar jeglicher Evidenz 2G, 2G plus, 3G-Ausgrenzung, Kontaktverbote bis in die Familien hinein,

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Billigster Populismus!)

Weihnachten ohne Großeltern, vereinsamte Alte in Heimen, Test-, Impf- und Maskenfetischismus flankiert von nachweislichen Falschaussagen über Wirksamkeit und Nebenwirkungsfreiheit der mRNA-Spritzen, die alles sind, meine Damen und Herren, nur eben keine Impfungen im klassischen Sinne.

Nein, Frau Scharf, die Menschen sind nicht enger zusammengewachsen, wie Sie gesagt haben. Die Devise lautete immer: Abstand halten, Kontakte vermeiden. – Was ist daran sozial? Die Söder-Regierung hat nicht nur Angst und Panik geschürt, sondern die Gesellschaft tief gespalten mit sinnlosen Schul- und Kita-Schließungen, Lockdowns und dumpfen Politslogans wie "Pandemie der Ungeimpften" oder "Impfung ist der einzige Weg in die Freiheit". Für viele war es der beschleunigte Weg in den Tod.

(Widerspruch)

Ist es stark, wenn die Regierung die Pflegedienstkräfte zwingt, sich spritzen zu lassen oder den Job aufgeben zu müssen, jetzt aber der Mangel an Pflege dazu führt, dass diese aus dem Ausland angeworben werden müssen? Meint die Staatsregierung gar, Gemeinsamkeit entsteht durch Unterdrückung der Freiheit, etwa der Demonstrations-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit?

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): In was für einem Land leben Sie eigentlich? – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Haben Sie Sehnsucht nach Ihrer alten Fraktion? Das ist eine Bewerbungsrede für eine Rückkehr zu Ihrer Chaostruppe!)

Bayern will Sozialstaat und Rechtsstaat sein.

(Weitere Zurufe)

– Sie haben jetzt Pause, weil "jetzt red i"! – Die gesehenen Schlagstockattacken paramilitärischer Polizeieinheiten sind damit aber genauso wenig zu vereinbaren wie die aberwitzig hohen Bußgelder für Rentner, die auf der Parkbank ein Eis lutschen.

(Widerspruch – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hören Sie auf, einen solchen Käse daherzureden!)

Das hinterlässt Wunden, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das schafft Staatsverdrossenheit.

(Widerspruch)

– Sie sind üble Dazwischengeiferer! Halten Sie doch endlich mal die Bapn!

(Zurufe)

Weitere Minuspunkte: die Aufgabe der sicheren Versorgung unserer Bürger und der Wirtschaft mit bezahlbarer Energie. Heizen wird zum Luxus. Frieren wird sozialadäquat. Das soll Sozialstaat sein? Die Industrieproduktion wird wegen Lieferengpässen zum Glücksspiel. Das ist Ihre "gute Sozialpolitik"! Bescheuert!

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sie haben daher immer einen Schal um! Bei Ihnen wird es nicht kalt, Herr Kollege!)

Und was tut die bayerische Regierung, um die Abkehr von so vielen Energieträgern und von Kernkraftwerken zu kompensieren? – Die Quasi-Aufhebung der 10-H-Regel. Mehr Abstand? – Nein, Zusammenwirken mit Windrädern.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich komme zum Schluss. Weder Gendersternchen noch Sozialversprechen noch mehr Professuren machen Bayern stark, sondern gute Energiepolitik und die gute Entlastung bei Steuern und Abgaben.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet!

(Zurufe)

Raimund Swoboda (fraktionslos): – Sie sind absolut unmöglich!

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist nur noch peinlich! – Weitere Zurufe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Matthias Enghuber von der CSU-Fraktion.

Matthias Enghuber (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde vorschlagen: zurück zur Sozialpolitik. – Einer der wichtigsten Schätze, den wir besitzen, sind unsere Kinder, egal ob neu geboren oder im besten Teenageralter. Sie alle sind schützenswert und haben ein Recht auf Teilhabe. Jugendliche möchten anders mitreden als Kindergartenkinder. Alle haben ein Recht, gehört zu werden.

Wir in Bayern legen besonderen Wert darauf, unseren Kindern gerecht zu werden, ihnen ihr Recht zu geben und Gehör zu verschaffen. Viele Gesetze in Deutschland dienen dem Schutz und der Beteiligung sowie den Rechten von Kindern. Inzwischen ist insbesondere die Umsetzung der Kinderrechte in der digitalen Welt von größter Bedeutung. Diese Welt bietet Chancen, aber auch Risiken. Vor denen müssen wir unsere Kinder schützen. Hier müssen auch die rechtlichen Rahmenbedingungen permanent mitwachsen und durch uns richtig gesetzt werden.

In der Bayerischen Verfassung sind Kinderrechte eigens erwähnt, unter anderem im Artikel 125 Absatz 1 der Bayerischen Verfassung und im Artikel 126 Absatz 3 Satz 1, der bestimmt: "Kinder und Jugendliche sind durch staatliche und gemeindliche Maßnahmen und Einrichtungen gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung und gegen Misshandlung zu schützen."

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt und Vernachlässigung hat höchsten Stellenwert. Bayern hilft mit vielfältigen Maßnahmen, von Prävention durch die frühen Hilfen bis hin zum konsequenten Vollzug des staatlichen Wächteramtes. Der Freistaat Bayern setzt auf ein Gesamtkonzept. Wichtig sind hierbei vor allem zielgerichtete Hilfen für Familien in Belastungssituationen, damit Eltern auch in diesen Situationen ihrer Erziehungsverantwortung gerecht werden können. Dies ist in Zeiten wie denen, die wir gerade erleben, besonders wichtig. Wir lassen die Familien im Freistaat Bayern nicht allein.

Partizipation steht im Mittelpunkt. Für mich als Jugendpolitiker ist die Einbindung von Kindern und Jugendlichen in die Entscheidungen der Politik gerade vor Ort in den Kommunen besonders wichtig. Da hilft nämlich die reine Absenkung des Wahlalters nicht, wenn die Jugendlichen vorher nicht in die Entscheidungsprozesse eingebunden worden sind, meine Damen und Herren. Hier verweise ich auf das bayerische Gesamtkonzept zur Stärkung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Die Staatsregierung setzt wichtige Impulse für die Umsetzung von Teiligungsrechten in allen Lebensbereichen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das beginnt schon im Krippen- und Kindergartenalter mit den Bildungsleitlinien des BayKiBiG, im Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplan und im Orientierungsrahmen "Erfolgreiche Konzeptionsentwicklung leicht gemacht". Junge Menschen können sich in der Jugendverbandsarbeit unmittelbar und spürbar einbringen. Auch der "Bayerische Aktionsplan Jugend" verfolgt unter anderem das Ziel der Stärkung der Partizipation junger Menschen. Neben der Anhörung im Bayerischen Landtag zur Stärkung der Jugendbeteiligung im letzten Jahr gab es in diesem Jahr am 30. Mai in Augsburg die zweite Kinder- und Jugendkonferenz in Bayern.

Auch im digitalen Lebensraum wird die Partizipation von Kindern und Jugendlichen immer wichtiger, aber auch die Rechte von Kindern und Jugendlichen auf digitale Bildung und einen zeitgemäßen Kinder- und Jugendmedienschutz werden immer wichtiger. Ich erinnere nur an den digitalen Hackathon unter dem Motto "Ideen für die Jugend" im Oktober des vergangenen Jahres, dessen Initiativen und Ideen seither umgesetzt werden. Kleiner Surftipp: www.partizipation.bayern.de. – Wichtigster Partner der Bayerischen Staatsregierung bei der Gestaltung und Umsetzung der jugendpolitischen Ziele ist der Bayerische Jugendring.

Der Bayerische Landtag und die Staatsregierung haben in den vergangenen Jahrzehnten günstige Rahmenbedingungen und Strukturen für die bayerische Jugendarbeit geschaffen. Dazu stellte der Freistaat Bayern im vergangenen Jahr über 36,3 Millionen Euro zur Verfügung. Wir unterstützen die Jugendarbeit in unterschiedlichster Weise, zum Beispiel durch die Förderung der Ausbildung zum Jugendleiter, durch die Unterstützung von Schullandheimen, Jugendherbergen oder auch, ganz exemplarisch rausgegriffen, der Stiftung des Max-Mannheimer-Hauses in Dachau, das ein großes Thema war.

Einer der wichtigsten Bausteine zur Unterstützung von Jugendlichen ist die Unterstützung vor Ort, auch in den Schulen. Die Jugendsozialarbeiter und -sozialarbeiterinnen leisten dort großartige Arbeit. Sie sollen sozial benachteiligte junge Menschen bei ihrer Persönlichkeitsentwicklung unterstützen und fördern. Dadurch soll deren Chance auf Teilhabe und eigenverantwortliche sowie gemeinschaftsfähige Lebensgestaltung verbessert werden. Gerade im Übergang von der Schule ins Berufsleben ist die Jugendsozialarbeit ein wichtiger Pfeiler für die Jugendlichen, unter anderem für diejenigen mit Migrationshintergrund. Grundsätzlich stehen die Türen der Jugendsozialarbeit aber jedem Schüler und jeder Schülerin offen, der oder die Unterstützung benötigt. Deshalb ist diese Arbeit für uns besonders wertvoll. Jugendämter vor Ort stellen im Rahmen der Jugendhilfeplanung fest, wo ein so großer jugendhilferechtlicher Handlungsbedarf besteht, dass er mit Hilfe der JaS-Stellen gedeckt werden soll. Das heißt: Unterstützung genau da, wo sie am meisten gebraucht wird.

2013 hat die Bayerische Staatsregierung die Fortschreibung des Kinder- und Jugendprogramms beschlossen. Das Kinder- und Jugendprogramm setzt sich mit den zentralen Herausforderungen der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern auseinander, identifiziert Handlungsfelder und zeigt Lösungsansätze auf. Die Staatsregierung bezieht dabei mit dem Titel "Potenziale entfalten, gesellschaftliches Miteinander gestalten, Brücken bauen" ganz klar Stellung. Die Eigenverantwortlichkeit von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern wird in den Mittelpunkt gerückt. Möglichkeiten der Partizipation und des bürgerschaftlichen Engagements werden betont und Teilhabechancen gesichert.

Neben der Fortführung bereits bestehender Angebote werden wichtige Impulse für die Weiterentwicklung und Neugestaltung von Programmen gesetzt. Das Kinder- und Jugendprogramm wurde von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe aus Sozial- und Kultusministerium erarbeitet. Diese Arbeitsgruppe beruht auf einem fraktionsübergreifenden Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Fortschreibung des bayerischen Kinder- und Jugendprogramms und knüpfte dabei an die Ergebnisse der Enquetekommission "Jungsein in Bayern" an.

Jetzt, 2022, haben wir in Bayern ganz offiziell das Jahr der Jugend. Unsere Antragspakete aus der Regierungskoalition stärken jugendliches Ehrenamt und zeigen die Zielvorgaben für kommunale Jugendvertretungen und Partizipation auf Landesebene auf. Die Impulse der letzten Jugendtagungen und die Ideen der bayerischen Jugendverbände kommen in der Landespolitik an und entfalten ihre Wirkung.

Sie sehen: Kinderschutz, Jugendarbeit und Partizipation laufen in Bayern erfolgreich Hand in Hand – mit langer Tradition und frischen Ideen für die Zukunft. Kein anderes Bundesland bietet seinen Jugendlichen so viele Chancen, wie das hier im Freistaat Bayern der Fall ist.

Mir persönlich sind unsere Kinder und Jugendlichen in Bayern nicht nur wichtig, sie sind ein Schatz und unsere Zukunft. Nicht nur, dass ich selber durch die kommunalpolitische Verantwortung einen besonderen Bezug habe; mir ist das Thema auch als Vater von fünf Kindern immer ein großes Anliegen. Ich bin froh, dass

meine Kinder in Bayern aufwachsen, in einem Land, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Kindern erstens einen besonderen Schutz zu bieten und zweitens allen Kindern und Jugendlichen auf verschiedenen Wegen Einfluss auf Entscheidungen zu bieten, die sie mittelbar und unmittelbar betreffen.

Ich danke Frau Staatsministerin Ulrike Scharf und allen Beteiligten für die gute Arbeit. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als Nächste hat die Kollegin Eva Lettenbauer für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleg*innen! 67 % der Menschen in Bayern sind ehrenamtlich oder gemeinschaftlich aktiv. Die Menschen in Bayern unterstützen sich gegenseitig immens und sind äußerst hilfsbereit. Sie machen Bayern sozial.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was an vielen Stellen allerdings fehlt, ist eine soziale Politik, die wirklich diejenigen fair und gerecht unterstützt, die hier in Bayern Unterstützung brauchen. Auch die Wirtschaft in Bayern – das sei gesagt – richtet sich seit Jahrzehnten am Puls der Zeit aus; sie erhält Arbeitsplätze, sie schafft neue. Das macht Bayern sozial.

Es ist aber ein Alarmsignal, dass sich Unternehmen wie Northvolt oder Intel als Standort für ihren Betrieb und für ihre Arbeitsplätze gegen Bayern entscheiden, weil die Staatsregierung den Ausbau erneuerbarer Energien und vor allem der Windkraft blockiert. Das gefährdet Arbeitsplätze und Betriebe in Bayern. Frau Scharf, das muss Ihnen ein großes Anliegen sein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe der Abgeordneten Johann Häusler (FREIE WÄHLER) und Michael Hofmann (CSU))

Apropos Arbeit: Wir treffen uns heute, im Juli. Zum 01.09. wollen zahlreiche junge Menschen in Bayern in ihre Berufsausbildung starten. Bayerns Betriebe wollen neue Leute ausbilden. Doch 48.618 Ausbildungsstellen sind unbesetzt, und 19.764 junge Menschen haben noch keine Ausbildungsstelle oder eine Alternative gefunden. Eine Ausbildung ist ein ganz, ganz wichtiges Ticket für ein gutes und finanziell sicheres Leben.

Im Frühjahr 2020 waren in Bayern etwa 3.200 junge Menschen zwischen 14 und 25 Jahren – davon ganz viele ohne Berufsausbildung – von Jugendarmut bedroht. Die Zahlen müssen uns also auch hier ein Alarmsignal sein.

Frau Scharf, Bayern muss Jugendarbeitslosigkeit endlich bekämpfen. Im aktuellen Sozialbericht habe ich den Begriff leider nicht gefunden. Wir müssen da ganz dringend hinschauen. Im Alter zwischen 18 und 24 Jahren nimmt die Armut bei jungen Menschen nämlich noch mal viel, viel mehr zu. Wir haben hier in Bayern eine hohe Kinderarmut, und wir haben eine noch höhere Jugendarmut. Jeder fünfte junge Mensch ist betroffen.

Wir GRÜNE haben da längst vorausschauend – vor eineinhalb Jahren – ein Antragspaket vorgelegt. Wir brauchen einen Jugendarmutsmonitor, der ganz genau hinschaut. Wir brauchen mehr begleitende Wohnformen für junge Wohnungslose. Wir brauchen eine Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen, die endlich ein effizientes Matching von jungen Menschen und Betrieben hier in Bayern sichert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Junge Menschen brauchen mehr als Worte. Eine Form der Sozialarbeit muss endlich an jeder Schule und in allen Schularten in Bayern für die jungen Menschen da sein. Es reicht noch lange nicht, dass wir an manchen Schularten aufstocken. Vor allem müssen die Stellen dort auch dringendst besetzt werden.

Die bei uns schutzsuchenden Geflüchteten aus der Ukraine waren heute schon Thema. Ich möchte noch einmal betonen, dass sie gut ausgebildet sind. Wer von ihnen einen Arbeitsplatz erhält, der soll diesen auch antreten können. Beschleunigen Sie daher dringend die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen. Betriebe und Geflüchtete brauchen Planbarkeit. Unterstützen wir hier in Bayern ganz besonders kleine und mittelständische Unternehmen dabei, neuen Mitarbeitenden berufsspezifische Sprachkurse anzubieten. Es soll nicht an der Sprache scheitern. Lassen Sie die Betriebe nicht allein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil Sie vorhin nur auf die Gewaltverbrechen ausländischer Männer hingewiesen haben: Bayerns Frauen brauchen ausreichend Schutz. Die meiste Gewalt passiert – unabhängig von der Nationalität – direkt im familiären Nahfeld. Lassen Sie also endlich auf Worte Taten folgen. Wir brauchen im ganzen Land ausreichend Frauenhäuser. Übergangswohnungen – genannt Second-Stage-Projekte – brauchen wir längst nicht mehr nur als einzelne Modelle, sondern endlich flächendeckend. Ignorieren Sie hier nicht die lauten Hilferufe!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern fehlen Fachkräfte. Im Januar dieses Jahres hat unter anderem die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft mit einer Studie noch einmal die dramatische Lage deutlich gemacht. Ob Erziehungs- oder Sozialberufe, besonders beim Ganztage, ob Sicherheits- und Schutzkräfte, ob Reinigungskräfte oder Fahrzeugführer*innen – jedes Jahr sinkt das Arbeitskräfteangebot in diesen Bereichen um mehrere Prozent. Wir müssen diesen rasanten Rückgang stoppen. Frau Scharf, sorgen Sie endlich für bessere Rahmenbedingungen, vor allem auch in sozialen Berufen! Angemessene Bezahlung muss in Ausschreibungen endlich Förderbedingung werden. Hohe bürokratische Anforderungen im Job, besonders in den sozialen Bereichen, nehmen Mitarbeitenden viel zu viel Zeit von der eigentlichen Kernarbeitszeit, der sozialen Arbeit, weg. Lassen Sie uns hier einen Entbürokratisierungsplan auflegen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern ist richtig innovativ. Damit das so bleibt, muss künftig jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer mindestens fünf Tage im Jahr – zehn Tage in zwei Jahren – für Weiterbildung freigestellt werden. Viele Betriebe investieren inzwischen unglaublich viel in Weiterbildung. Wir GRÜNE wollen, dass diese Möglichkeit allen Arbeitnehmer*innen und allen Betrieben mit einer gesetzlichen Bildungsfreistellung zugesichert wird. Packen Sie auch das endlich an!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Konzepte liegen auf dem Tisch. Ich lade Sie für meine Fraktion herzlich ein, diese aufzugreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Tobias Gotthardt von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Gotthardt, bitte.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Staatsministerin! Gott sei Dank, Bayern ist ein unglaublich soziales Land. Das Schönste an der ganzen Geschichte ist: In diesem sozialen Gewächshaus sind wir trotz über 700 Seiten Sozialbericht und engagiertem politischen Tun allenfalls die Gärtnerinnen und Gärtner. Die soziale Blüte Bayerns sind die Millionen von Menschen, Millionen von Herzen, Millionen von Hände, die dieses soziale Bayern in allen seinen Facetten prägen. Dafür ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Der Dank gilt in diesem Fall zwei Ministerinnen, nämlich der amtierenden, Ulrike Scharf, und ihrer Vorgängerin, Carolina Trautner. Euch beiden vielen Dank für die wirklich engagierte Arbeit in allen Bereichen! Ich glaube, man darf an dieser Stelle sagen: Es ist ein Bericht von beiden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich konzentriere mich an dieser Stelle, da ich der zweite Redner unserer Fraktion bin, auf die Bereiche Kinder, Jugend und Familie. Der Artikel 125 Absatz 1 unserer wunderbaren Bayerischen Verfassung ist heute schon zitiert worden: "Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes." Bayern tut gut daran – das ist und bleibt auch das Ziel unserer Bayernkoalition –, zutiefst kinder- und jugendfreundlich zu sein. Wir sagen Ja zum Kinderlachen in unseren Straßen. Wir sagen Ja zu lachenden Kinderaugen auf unseren Spielplätzen und in unseren Familien. Das ist nicht nur ein Lippenbekenntnis, sondern ist für uns ganz klar vorderstes politisches Ziel.

Das zeigt sich auch bei uns hier in der Arbeit im Bayerischen Landtag, der einer von wenigen Landtagen in Deutschland ist, der – ich schaue zur Kollegin Schorer-Dremel – eine sehr engagierte Kinderkommission hat, die sich zusätzlich zu unserem Alltagsgeschäft in den Ausschüssen und im Plenum um die Belange der jungen Generation kümmert. Ich glaube, das ist auch ein deutliches Zeichen dafür, dass wir es mit der jungen Generation in unserem Land ernst meinen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wenn wir als Bayernkoalition, als FREIE WÄHLER, ein politisches Ziel ausgeben, dann ist es das, dass wir ein ganzheitlich barrierefreies Bayern für unsere Kinder haben wollen. Wir wollen ein Land, das die Kinder einlädt, hinauszugehen, sobald sie gehen können, hinauszugehen in dieses Land und unabhängig von ihrer Herkunft jede Chance zu nutzen, die sie ergreifen wollen, und zwar mit all ihren Fähigkeiten und Kompetenzen. Das heißt für uns: Inklusion beginnt von Anfang an. Inklusion beginnt – das möchte ich an dieser Stelle auch noch sagen – bereits vor der Geburt, beginnt bereits im Mutterbauch.

Familie macht glücklich – hat der Kollege gesagt. Ich bestätige das. Ich habe selber drei Kinder, drei Jungs. Kinder machen wirklich glücklich, sie entspannen. Sie geben auch unglaublich viele wertvolle Impulse für die politische Arbeit. Man merkt es auch an unserer Arbeit, die wir seit 2018 in der Bayernkoalition machen: Bayern leistet für seine Familien mehr als jedes andere Bundesland in Deutschland – auch das sei den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen gesagt. Ihr könnt gern schimpfen und immer darauf verweisen, was der Bund alles tut; aber Bayern leistet als Land mehr als jedes von euch regierte Bundesland.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Das merken unsere Familien auch ganz klar in ihren Geldbeuteln. Wenn eine Familie mit drei Kindern heute pro Jahr 10.000 Euro mehr im Geldbeutel hat, dann ist

das etwas, das man als Familie spürt, dann ist das ein klares Bekenntnis des Freistaats für seine Familien, für seine Kinder, für seine Jugendlichen.

Wir investieren auch in den Bereich der Kinderbetreuung. Seit 2008 haben wir 2,5 Milliarden Euro in den Ausbau unserer Kitas investiert. Wir legen jetzt einen großen Schwerpunkt auf den Bereich des Ganztags. Ich darf an dieser Stelle ein dickes Dankeschön an unsere Kommunen richten. Sie sind es, die mit uns die Hauptlast der Kinderbetreuung tragen. Sie sind es, die es vor Ort möglich machen, unsere Kinder zu betreuen. Ein dickes Dankeschön an unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, an unsere Gemeinderäte unserer Kommunen. Ihr trägt die Kinderbetreuung in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Weil ich von Ganztags gesprochen habe, erlauben Sie mir jenseits des Berichts anlässlich der Kritik am Wochenende noch einen kurzen Exkurs zu unseren Grundschulen. Unsere Grundschulen leisten eine wunderbare Arbeit, wenn es darum geht, den Kindern den Rücken zu stärken, ihnen den Rucksack mit Kompetenzen und Fähigkeiten zu füllen. Auch ein Dank an unsere Grundschullehrkräfte, die unsere Kinder für ihr Leben in Bayern rüsten!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wichtig ist bei alledem, was wir fördern, dass wir die Wahlfreiheit fördern. Wir fördern die Kinderbetreuung. Jedes Kind soll in der Kita oder im Kindergarten seinen Platz haben. Jede Mutter oder jeder Vater, die bzw. der ihr bzw. sein Kind zuhause betreut, soll das tun können. Ich glaube, das ist auch ein Stück weit bayerische Lebensqualität, dass wir diese soziale Freiheit garantieren.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE))

Das tun wir, und dazu stehen wir.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir fördern die Familien, damit es den Kindern gut geht. Wir wissen natürlich, es gibt auch in Bayern die Gefahr, in Kinderarmut aufzuwachsen; sie ist in Bayern aber geringer als anderswo in Deutschland. Nichtsdestoweniger haben wir Kinderarmut in Bayern. Solange wir Kinderarmut in Bayern haben, werden wir alles dafür tun, um jedem Kind zu helfen und es aus der Armut zu holen. Wir wollen, dass es jedem Kind in Bayern gut geht. Das ist unser Ziel. Das macht auch die Sozialarbeit und die Sozialpolitik so interessant, weil man nie mit dem zufrieden sein kann, was man erreicht hat. Man darf immer, man muss immer und wir wollen immer weiterarbeiten, bis es allen Kindern und Jugendlichen in Bayern gut geht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Kinder werden schnell größer – niemand weiß es besser als die Eltern selber. Deswegen liegt der zweite Schwerpunkt meiner Ausführungen auf der Jugendarbeit. Der Kollege Enghuber hat es schon gesagt: Wir haben das bayerische Jahr der Jugend. Frau Staatsministerin, ich bin davon überzeugt, dass auch Ihre Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Ministerium diesen Bereich im zweiten Halbjahr des Aktionsjahres noch stärker betonen wird.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir haben das Jahr bewusst gewählt, nicht nur weil es das europäische Jahr der Jugend ist, sondern weil wir gesagt haben: Nach der Corona-Pandemie wollen wir unsere Jugend in den Mittelpunkt rücken. Wir tun das nicht nur mit Veranstaltun-

gen, bei denen wir die Jugendlichen einbinden oder wo wir sie nach vorne ins Licht heben; wir tun es vielmehr mit einer Vielzahl konkreter Anträge. Wir haben das "JuBeL-Paket" geschnürt gemeinsam mit dem Koalitionspartner, der ohne Frage auch sozial ist.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir haben hier erfolgreich zwölf Anträge eingebracht, die ganz konkret die Partizipation der jungen Generation in Bayern stärken und auf allen Ebenen voranbringen, und zwar von der Kommune bis zum Land.

Wir werden daran weiterarbeiten und nicht ruhen. Wir werden konkrete Vorschläge einbringen. Das ist mir nämlich wichtig; denn Jugendbeteiligung muss konkret funktionieren, und sie muss gemeinsam mit den Akteuren entwickelt werden. Ich bin froh, dass wir in Bayern mit dem Bayerischen Jugendring einen so unglaublich starken und verlässlichen Partner haben, mit dem wir über alles reden können und mit dem man auch vorankommt, wenn es darum geht, den Jugendlichen noch weitere Beteiligungsmöglichkeiten zuzugestehen. Dazu ein dickes Dankeschön an alle Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen in der Kinder- und Jugendarbeit in Bayern! Eure Arbeit ist unverzichtbar im sozialen Gewächshaus Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte mit einem Gedanken schließen: Bei aller generationenübergreifenden Arbeit müssen und wollen wir sagen, dass die Kinder und Jugendlichen in Bayern unser Gold und unsere Zukunft sind. Wir werden weiterhin alles investieren, um diese Goldgrube für Bayern weiterhin zu heben und diesen Schatz zu pflegen. Ihr könnt euch sicher sein, dass bei uns die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, das Tun für Kinder und Jugendliche niemals nur ein Lippenbekenntnis ist. Wir machen aktive, engagierte und ehrliche Arbeit für Kinder und Jugendliche in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte noch einen Moment am Rednerpult. Wir haben eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von der Kollegin Eva Lettenbauer. Bitte schön.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Herr Kollege, ich habe gemerkt, dass Sie noch mehr Zeit brauchen. Ich habe eine konkrete Nachfrage. Im Bereich Jugendbeteiligung haben Sie zu Recht betont, wie wichtig es ist, auch auf die jungen Menschen zu schauen. Ich frage mich: Warum setzen Sie sich nicht dafür ein, dass wir wirklich ganz konkrete wirksame Elemente verankern, wie zum Beispiel, dass die Kommunen in Bayern verpflichtet werden, Jugendbeteiligung anzubieten? Wenn wir etwas wollen, dann muss es doch auch zum Beispiel in der Gemeindeordnung oder der Landkreisordnung verankert werden. Warum warten wir mit der Absenkung des Wahlalters?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Frau Lettenbauer, vielen Dank für die zusätzliche Minute, die Sie mir schenken. Was die konkrete Beteiligung betrifft: Ich habe Ihnen doch von den zwölf Anträgen erzählt, die wir eingebracht haben. Dazu zählt auch ein Antrag, der konkret die Verankerung der Jugendbeteiligung in den Kommunen steigert. Ich weiß, es wird Ihnen nicht gefallen; aber wir wollen dabei auch die Wahlfreiheit der Instrumente. Ich sage es Ihnen jetzt noch einmal – ich habe es am Podium bei den Jugendvertretungen schon gesagt –: Wenn Sie aufgepasst haben, dann werden Sie auch gemerkt haben, dass die jungen Menschen

bei dieser Diskussion sehr zufrieden waren mit dem, wie wir in Bayern mit den Anliegen der jungen Menschen umgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Eva Lettenbauer (GRÜNE):
Nein! – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Ich glaube, dass wir das Thema Wahlalter ab 16 Jahren jetzt schon rauf und runter diskutiert haben. Bevor die Kollegen hier jetzt wieder einen roten Kopf kriegen, sage ich noch: Meine Position kennen Sie, Ihre Position kennen Sie ebenfalls, die restlichen Positionen kennen Sie auch. Schauen wir einfach, dass wir Mehrheiten bekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Jan Schiffers von der AfD-Fraktion. Herr Schiffers, bitte.

(Beifall bei der AfD)

Jan Schiffers (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! "Ich bin auch Ministerin für den gesellschaftlichen Zusammenhalt", so in etwa die zutreffenden Worte von Frau Staatsministerin Scharf in der heutigen Regierungserklärung. Eine starke Gesellschaft beruht auf dem Einhalten von Regeln und gegenseitigem Respekt.

(Florian von Brunn (SPD): Das sagt gerade die AfD!)

Wo der Respekt vor dem anderen fehlt und Menschen nicht mehr als einzigartige Individuen betrachtet und behandelt werden, droht Gefahr für eine funktionierende Gemeinschaft. Eine enorm große Gefahr für den Zusammenhalt in der Gesellschaft besteht aktuell in einer immer aggressiver werdenden linken Identitätspolitik. Diese Identitätspolitik teilt die Menschen in vermeintliche Opfer und vermeintliche Privilegierte ein. Ausschlaggebend ist allein die Gruppenzugehörigkeit. Individualität zählt in dieser Ideologie nicht. Mit den Grundsätzen einer offenen Gesellschaft und einer liberalen Demokratie ist eine derartige Politik nicht in Einklang zu bringen.

Ein negatives Beispiel für eine Vertreterin dieser aggressiven und unheilvollen Ideologie ist Ferda Ataman. Es hat geradezu Orwell'sche Dimensionen, dass ausgerechnet diese Person, die den deutschen Staat, der sie bald fürstlich bezahlen wird, als "Kartoffelclub" verunglimpft und Deutsche diffamiert, zur Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung werden soll.

(Beifall bei der AfD)

Hier braucht es ein starkes Zeichen aus Bayern, um dieser unheilvollen Entwicklung entgegenzutreten, und ein klares Nein zu allen spaltenden und identitätspolitischen Bestrebungen.

(Beifall bei der AfD)

Aus unserer Sicht sind in der heutigen Regierungserklärung die Umbrüche, die durch den demografischen Wandel bevorstehen, zu kurz gekommen. Sie werden nach wie vor nicht angemessen berücksichtigt. Die Belastungen, die auf die junge Generation zukommen, werden gigantisch sein. Die jungen Menschen in Bayern sehen sich nicht nur einer vergleichsweise immer höheren Zahl von Rentnern gegenüber, diese jungen Menschen müssen auch die Konsequenzen einer gescheiterten Einwanderungspolitik tragen und eine Vielzahl von Hartz-IV-Empfängern fi-

nanzieren, die zwar nach Deutschland gekommen sind, aber auf dem Arbeitsmarkt nicht Fuß gefasst haben.

(Florian von Brunn (SPD): Immer das gleiche braune Lied, das Sie da singen!)

Viele kluge Köpfe warnen zunehmend vor der drohenden Überlastung des Sozialstaats. Beispielhaft sei hier der Wirtschaftswissenschaftler Hans-Werner Sinn genannt. Herr Sinn warnt ganz offen und deutlich: "Die guten Zeiten sind vorbei." Das hat mehrere Ursachen, zum Beispiel die fortschreitende Inflation, die insbesondere auf den Handlungen bzw. Unterlassungen der EZB und ihrer komplett ungeeigneten Präsidentin Christine Lagarde beruht und die die Menschen im Freistaat täglich ärmer macht. Aber auch die schon längst gescheiterte ideologisch motivierte Energiepolitik der GRÜNEN, der auch die Staatsregierung viel zu lange nachgerannt ist, ist eine dieser Ursachen. Natürlich: Durch den Angriffskrieg Russlands verschärft sich die Problematik der Bezahlbarkeit der Energie noch einmal. Dennoch muss festgehalten werden: Die Kostensteigerungen und die drohende Knappheit von Energie beruhen auf politischen Fehlentscheidungen der letzten Jahre. Jetzt steuern wir auf eine Situation zu, die erheblichen sozialen Sprengstoff birgt.

(Beifall bei der AfD)

Ich möchte aber auch die positiven Aspekte der heutigen Regierungserklärung nicht unerwähnt lassen. Positiv hat mich überrascht, dass Frau Staatsministerin Scharf das Thema "Schutz des ungeborenen Lebens" angesprochen und die aktuellen Vorhaben der Bundesregierung und insbesondere der Bundesfamilienministerin mit deutlichen Worten kritisiert hat. Die Abschaffung des § 218 des Strafgesetzbuches ist nicht nur ein Tabubruch und eine einseitige Aufkündigung der seit Jahren bestehenden Kompromisslösung; sie ist auch mit der Werteordnung unseres Grundgesetzes und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in gar keiner Weise in Einklang zu bringen.

(Beifall bei der AfD – Ulrich Singer (AfD): Bravo!)

In der Thematik des Lebensschutzes unterstützen wir von der AfD alle Bestrebungen der Staatsregierung, die der Verbesserung des Schutzes des ungeborenen Lebens dienen und die Situation von ungewollt Schwangeren verbessern. Dennoch sind wir ganz klar der Meinung, dass aktuell in diesem Feld noch viel mehr getan werden kann und getan werden muss.

"Wir haben Bayern krisenfest gemacht", hieß es vorhin in der Regierungserklärung. Das ist zu bezweifeln; denn um für kommende Krisen gewappnet zu sein, wäre es dringend geboten, insbesondere die Corona-Maßnahmen zu evaluieren und kritisch zu bewerten. Das ist bis zum heutigen Tage nicht erfolgt. Die Ankündigungen, insbesondere von Gesundheitsminister Holetschek, lassen für den Herbst Schlimmes erahnen und befürchten. Es wurden Fehler gigantischen Ausmaßes begangen. Insbesondere die psychosozialen Auswirkungen der Corona-Maßnahmen werden nach wie vor nicht ausreichend gewürdigt, und dies, obwohl die kritischen Stimmen deutlich zugenommen haben.

Zur Erinnerung: Kinder wurden lange Zeit gezwungen, Masken zu tragen, obwohl dies aus Gründen des Infektionsschutzes weitgehend weder erforderlich noch nützlich war. Sie wurden von ihren Großeltern ferngehalten, von ihren Freunden getrennt und permanent mit düsteren Ankündigungen in Angst versetzt und gehalten. Von daher ist es wirklich nicht verwunderlich, dass psychische Erkrankungen wie Depressionen und Essstörungen bei Kindern und Jugendlichen in erschreckendem Ausmaß zugenommen haben. Hier wartet auf die Staatsregierung viel Arbeit, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, diese Fehler aufzuarbeiten und es künftig besser zu machen.

Familienpolitisch halten wir es für unerlässlich, die traditionelle Familie zu stärken und hierauf eindeutig den Fokus zu legen. Die heute gefallene Aussage, "Familie ist, wo Verantwortung füreinander übernommen wird", halte ich für unzutreffend. Überspitzt formuliert trifft das ja auch auf jede Fußballmannschaft zu. Aktuell ist im Freistaat Bayern leider nicht zu erkennen, dass der Fokus auf den traditionellen Familien liegt. Die Familie aus Vater, Mutter und Kind, die den Kern jeder Gesellschaft bildet, ist derzeit nur noch eines von vielen Modellen, die irgendwie nebeneinanderher existieren. Die Bestrebungen der Ampel-Regierung lassen in dieser Hinsicht wirklich Schlimmes erahnen.

Entscheidend ist es aus unserer Sicht, die steuerliche Entlastung der Familien endlich voranzutreiben. Wir wollen die Menschen in Bayern ermutigen, sich für ein Leben mit Kindern zu entscheiden. Dazu ist es wichtig, ein kinderfreundliches Umfeld zu schaffen und kinderfeindlichen Tendenzen entgegenzutreten. Kinder sind nicht nur die Beitragszahler von morgen; Kinder sind vor allem eine Bereicherung für jede Gesellschaft.

Bei der Kinderbetreuung sind wir der festen Überzeugung, dass Eltern eine echte Wahlfreiheit zwischen Eigenbetreuung und Fremdbetreuung ermöglicht werden muss. Viele Eltern entscheiden sich zumindest zeitweise für die Betreuung in Kindertageseinrichtungen. Aus unserer Sicht ist es deshalb entscheidend, vor allem auf die Qualität in den Kitas zu setzen und weniger auf den schnellstmöglichen Ausbau von Kita-Plätzen. Unser aller Ziel muss es sein, Kindern eine unbeschwertere Kindheit und ein behütetes und angstfreies Aufwachsen zu ermöglichen. Hierzu gehört es auch, Kindern Freiräume zu lassen. Manche gut gemeinte Bestrebung im Zusammenhang mit frühkindlicher Bildung schießt hier leider über das Ziel hinaus. Kinder sollen Kinder sein können und keine kleinen Erwachsenen. Deshalb ist es wichtig, dass Kinder nicht mit Themen konfrontiert werden, die nicht altersgerecht sind.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Jan Schiffers (AfD): Ich komme zum Ende. – Diese Themen können Kinder verstören und ihnen damit schaden. Eine Frühsexualisierung in Kitas und Grundschulen lehnen wir entschieden ab.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Diana Stachowitz von der SPD-Fraktion.

Diana Stachowitz (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir haben heute einen Bericht der Sozialministerin gehört, der nicht von Selbstreflexion geprägt war. Ich erwarte von einer Regierung, dass sie sehr wohl sieht, wo sie etwas tun muss und wo sie hin will. Im Übrigen kann ich zum Sozialbericht gar nichts weiter sagen, weil er uns erst zwei Stunden vor der Rede der Ministerin zugegangen ist. Von daher wird er im Sozialausschuss Thema sein. Hier geht es jetzt darum, wie wir in Bayern Sozialpolitik und Arbeitsmarktpolitik gestalten.

Ich kann Ihnen nur sagen: Ja, hier haben wir einiges zu tun, gerade für den Arbeitsmarkt. Sie als Arbeitsministerin – darauf setze ich heute den Schwerpunkt – sind in der Verantwortung, dafür zu sorgen, die verschiedenen Themenfelder der Arbeit zusammenzuführen. Sie sind die Arbeitsministerin. Arbeit ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben, für eine hohe Lebensqualität und soziale Teilhabe. Alles, was wir heute gehört haben, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Einschränkung der Altersarmut und die Schaffung von Perspektiven für die Ju-

gendlichen, damit sie sich gut und sicher in unserem Land fühlen, geht nur, wenn wir dafür entsprechend investieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich fange einfach mit den Ausbildungen an. Hier haben wir viel zu tun. Es gibt einen Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0. Sie sagen, wir sollten das gemeinsam anpacken. Wir machen das aber nicht gemeinsam. Die Gewerkschaften und die Betriebsräte sitzen nicht an diesem Tisch. Auch die Jugendverbände sitzen nicht an diesem Tisch. Wenn wir gemeinsam etwas machen und für die Ausbildung etwas bringen wollen, dann gehören auch die Player mit an den Tisch, für die Sie etwas gestalten wollen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind in der Verantwortung, alle Möglichkeiten zu nutzen, die Jugendlichen dazu zu motivieren, hier eine duale Ausbildung zu machen. Wie sehen aber unsere Berufsschulen aus? – Darüber müssen Sie einmal mit Ihren Ministern sprechen, weil dort nicht nur im digitalen Bereich und im Baubereich, sondern insbesondere auch in die Begleitung der Jugendlichen wesentlich mehr investiert werden muss, damit sie in den Unternehmen auch wirklich ihre Ausbildung schaffen. Wir dürfen keinen Jugendlichen verloren gehen lassen. Deswegen fordern wir einen Pakt für Berufsschulen, um diese dementsprechend mit Personal und Geldern auszustatten.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen auch unbedingt mehr Lehrkräfte, die die Kinder und Jugendlichen eben wirklich auf die Berufsausbildung vorbereiten können. Sie müssen eine Ausbildungsgarantie sicherstellen. Das fordert die SPD auf jeden Fall seit den letzten 15 Jahren, die ich hier schon im Bayerischen Landtag bin; wir bleiben da auch dran. Das ist der Weg, um wirklich keinen Jugendlichen verloren gehen zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben gesagt, es gebe gute Arbeitskräfte aus der Ukraine; das ist vielleicht etwas verkürzt dargestellt. Aber wir wollen nicht, dass Auszubildende mit Migrationshintergrund Auszubildende zweiter Klasse sind. Wir wollen, dass alle Migrantinnen und Migranten und all diejenigen, die eben hierherkommen, auch eine Chance auf Ausbildung haben. Deswegen gilt es, sich auch hier bei Ihren Kollegen dafür einzusetzen, dass diese Kinder eine Ausbildung machen können und ihre Berufsqualifikation aus dem Heimatland anerkannt wird – und das bei jedem! Dafür wird die Bundesregierung sorgen. Ich hoffe, dass Sie diesmal den Schritt mitgehen und sich nicht wie sonst darauf berufen, dass die Bundesprogramme nicht ausreichen, sondern Sie diese vielleicht als Freistaat Bayern dementsprechend ergänzen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben gesagt, als Mittelständlerin sei es Ihnen besonders wichtig; dazu möchte ich schon Folgendes anmerken: Wir wissen aus Studien, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund oder einem nicht deutschen Namen eben gar kein Vorstellungsgespräch bekommen, weil sie schon hier diskriminiert werden. Daher sage ich Ihnen: Schauen Sie hier bitte, dass es einen Pakt mit den entsprechenden Kammern, Gewerkschaften und Betriebsräten gibt, damit diese Jugendlichen auch weiterkommen.

(Beifall bei der SPD)

Dem Fachkräftmangel werden wir nur entgegentreten können, wenn wir den Menschen hier eine zukunftsfeste Ausbildung anbieten und Arbeitsplätze von morgen sowohl bei den Bildungsinhalten als auch in der Frage der Weiterbildung und zweiten Ausbildung hier tatsächlich mitgestalten. Ich hoffe, dass Sie auch hier die Bundesinitiativen unterstützen werden, damit wir bei der Transformation eben nicht das Schlusslicht sind, sondern auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Transformation der Arbeitswelt von morgen vorbereitet sind.

Zudem sage ich ganz deutlich: Bei fast einer Million Beschäftigten im Niedriglohnssektor gilt es, nicht nur endlich ein Weiterbildungsgesetz, sondern ein Tariftreue- und Vergabegesetz zu machen, damit auch diese Menschen vor der Altersarmut bewahrt werden und gute, qualifizierte Jobs haben, sodass sie auch eine vernünftige Rente haben, von der sie leben können, und ein Einkommen haben, von dem sie ihre Miete bezahlen können.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss – meine Zeit reicht nicht – möchte ich gerne noch einmal ganz deutlich machen, dass Beruf und Familie unbedingt vereinbar sein müssen. Die Arbeitgeber und die Gesetze müssen im Hinblick auf Homeoffice-Regelungen oder Regelungen zu bestimmten Lebensphasen entsprechend vorbereitet und flexibel sein. Unternehmen müssen Arbeitszeiten anbieten, damit Familie und Beruf mit Homeoffice einfach vereinbar sind. Ich möchte noch ganz kurz erwähnen: Alle Frauen, die kein Kind haben, weil sie vielleicht ihr Leben selbstbestimmt so gestaltet haben, sind auch bei der SPD gut aufgehoben; wir hatten heute den Eindruck, dass man nur eine Frau sei, wenn man entsprechend Kinder bekommen könne. Ich darf als Mutter von zwei Kindern und als Großmutter von vier Enkelkindern sagen, –

(Widerspruch bei der CSU – Thomas Huber (CSU): Das ist eine Unverschämtheit!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Diana Stachowitz (SPD): – dass mir dieses Thema zu kurz gekommen ist. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Kollegin Petra Högl von der CSU-Fraktion.

Petra Högl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Stachowitz, Ihre Unterstellung, mittelständische Betriebe würden Auszubildende oder junge Leute nicht zu einem Bewerbungsgespräch einladen, finde ich unmöglich.

(Diana Stachowitz (SPD): Das ist keine Unterstellung!)

Das ist nicht so; das kann ich Ihnen bestätigen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben selbst einen Betrieb zu Hause; bei uns spielt das keine Rolle.

Bayern ist das Familienland Nummer 1. Wir wollen den Familien Mut und Lust auf Familie machen. Wir wollen Mut machen. Als CSU-Landtagsfraktion wollen und werden wir auch weiterhin viel für eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft in unserem Land tun. Ja, es ist richtig: Es gibt Herausforderungen in der Familien-

politik. Die nehmen wir gerne an und handeln auch dementsprechend. Folgendes familienpolitische Anliegen ist für uns von zentraler Bedeutung: Wir wollen den Kindern und Jugendlichen in Bayern beste und gleiche Bildungs-, Entwicklungs- und Lebenschancen eröffnen. Auch ist es unser Bestreben, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kontinuierlich weiter zu verbessern. Denn erst dadurch schaffen wir ein möglichst hohes Maß an Wahlfreiheit für die individuelle Lebensgestaltung der Familien.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, gerade bei der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf treiben wir einiges voran. Ich möchte dies an drei Punkten festmachen: Erstens schaffen wir bedarfsgerechte Betreuungsangebote für unsere Kinder. Zweitens entlasten wir die Familien finanziell, und drittens stellen wir gemeinsam mit der bayerischen Wirtschaft im Familienpakt Bayern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Mittelpunkt.

Zum ersten Punkt: Wir arbeiten daran, dass wir in Bayern optimale und bedarfsgerechte Angebote bei der Kinderbetreuung haben. Hierzu unterstützen wir die Kommunen finanziell stark beim Ausbau der Kita-Plätze. Allein in dieser Legislaturperiode werden bis zu 73.500 neue Betreuungsplätze für Kinder im Alter zwischen null bis sechs Jahren geschaffen. Mit einem Maßnahmenbündel arbeiten wir daran, zusätzlich notwendiges Fachpersonal für den weiteren qualitativen und quantitativen Ausbau der Betreuungsangebote zu gewinnen. Das ist sehr wichtig; denn der Fachkräftebedarf ist enorm. – Liebe Frau Sandt, Sie haben vorhin nach Schulen gefragt. In Kelheim startet im September eine Ausbildung zum Kinderpfleger bzw. zur Kinderpflegerin. Zwei Klassen sind voll; das ist die Schule, die wir installieren. Es gibt sie.

(Julika Sandt (FDP): Das ist keine Schule!)

Auch im Bereich der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder investiert der Freistaat weiter. So schaffen wir bis 2025 10.000 zusätzliche Hortplätze. Trotzdem wird die Ganztagsbetreuung eine Herausforderung werden.

Zum zweiten Punkt: Wir unterstützen und entlasten Bayerns Familien finanziell, wie es die Ministerin und mein Kollege Thomas Huber bereits erwähnt haben. Es gibt das Familiengeld, das Bayerische Krippengeld und auch den Beitragszuschuss für den Kindergarten. Dieser Dreiklang aus landespolitischen Familienleistungen ist ein wichtiger Beitrag gegen Kinderarmut.

Auch der dritte Punkt zeigt, dass wir mit dem mit der bayerischen Wirtschaft geschlossenen Familienpakt Bayern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter voranbringen. Dabei sollen familienfreundliche Rahmenbedingungen im Beruf geschaffen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sichtbar gemacht und auch familiäre Verantwortung gewürdigt und unterstützt werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir arbeiten in Bayern auch weiterhin daran, dass unsere Kinder beste und gleiche Bildungs-, Lebens- und Entwicklungschancen haben. Wir arbeiten auch weiter daran, dass unsere Familien ein hohes Maß an Wahlfreiheit für die individuelle Lebensgestaltung haben. Diese erreichen wir, indem wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bestmöglich fördern und unterstützen. Ich bin unserer Sozialministerin Ulrike Scharf sehr dankbar dafür, dass sie ein großes Augenmerk auf gute und verlässliche Rahmenbedingungen für unsere Familien hat. Die Familienverbände werden dabei eng eingebunden. Gemeinsam wird an Verbesserungsmöglichkeiten gearbeitet.

Bayern gemeinsam sozial gestalten, das ist unser Ziel. Dafür treten wir mit aller Kraft ein.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich ein paar Eindrücke der letzten Tage schildern. Kindergartenkinder, die bei einer Einweihungsfeier etwas aufgeregt, aber trotzdem selbstbewusst ein Gedicht aufsagen – super. Engagierte Mitglieder, die beim "Tag der Vereine" der Gemeinde die ehrenamtlichen Aktivitäten der Bürger und Bürgerinnen zeigen – mega. Ein Perspektivwechsel: Menschen mit und ohne Behinderung rollen im Rollstuhl gemeinsam durch Mainburg, um zu sehen, wo es kleine oder große Hürden gibt – sensationell, kann ich sagen. Ein paar Beispiele von sozialem Engagement in Bayern. Lassen Sie uns Bayern weiterhin so gestalten, damit Bayern weiterhin sozial bleibt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt noch die Meldung zu einer Intervention. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Diana Stachowitz von der SPD gemeldet. Frau Stachowitz.

Diana Stachowitz (SPD): Bei der SPD gehen Migranten nicht verloren. Wir nehmen sie zu Bayern dazu. Deswegen haben wir uns natürlich mit dem BIBB-Datenreport beschäftigt. Darin ist niedergelegt, dass hier Menschen mit ausländisch klingendem Nachnamen häufig nicht zum Vorstellungsgespräch eingeladen werden und noch schwerer einen Ausbildungsplatz bekommen und dass 234.000 Jugendliche mit einem Migrationshintergrund eine Maßnahme für den Übergangsbereich angefangen haben und dort versacken und nicht zu einem berufsqualifizierenden Abschluss gelangen. Diese Probleme machen sehr deutlich, dass die Migranten im Freistaat vernachlässigt werden.

(Carolina Trautner (CSU): Das sind deutschlandweite Zahlen!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Högl, bitte.

Petra Högl (CSU): Also ich kann mich erinnern, dass der vbw-Geschäftsführer, Herr Brossardt, gesagt hat, dass in Bayern Migranten sehr gut integriert werden konnten. Sie haben Ausbildungsplätze angeboten bekommen. Das funktioniert sehr gut. Ich kann Ihnen – –

(Zuruf der Abgeordneten Diana Stachowitz (SPD))

– Jetzt rede ich und nicht Sie.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann Ihnen noch sagen: Wir haben einen Betrieb zu Hause. Bei uns spielt der Name keine Rolle, egal ob er deutsch oder amerikanisch oder österreichisch oder serbisch ist. Das ist ganz egal. Der wird zum Vorstellungsgespräch eingeladen. So wird das gehandhabt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Diana Stachowitz (SPD))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Kollegin Kerstin Celina von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Frau Ministerin, als Sie das Strafgesetzbuch für Frauen in Not bei Schwangerschaftsabbrüchen gerade verteidigten und die Männer klatschten, da hat es mir für heute schon gereicht. Ich danke unserer Familienministerin und der gesamten Ampel an dieser Stelle ausdrücklich dafür, dass sie sich um einen neuen Konsens in dieser Frage bemühen; denn der alte Kompromiss ist schon lange kein Konsens mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Einen Punkt aus Ihrer Rede möchte ich aufgreifen. Es geht um das Thema Gehörlosengeld. Sie haben gesagt, dass Sie die Sorgen und Nöte der gehörlosen Menschen hören. Ich frage mich, was dann daraus wird. Sie sitzen mit Ihrer gesamten Fraktion seit Jahren im Landtag und lehnen jeden Antrag auf ein Gehörlosengeld ab. Sie haben eine Petition vorliegen, die von 13.000 Menschen unterschrieben wurde. Es gab Fachgespräche, es gab Anträge, es gab Gesetzentwürfe von den verschiedensten Oppositionsfraktionen, und es ist nichts, absolut nichts dabei rausgekommen außer eine lächerliche einjährige Beihilfe, aber kein echtes Gehörlosengeld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Teilhabe lässt sich durch den Abbau von Barrieren erreichen. Zum Thema "Bayern barrierefrei": Sie haben es selber gebracht und haben unendlich hohe Zahlen genannt, die angeblich dafür aufgewendet worden seien. Es gibt keinen Haushaltstitel für das Thema "Bayern barrierefrei", das vor zehn Jahren großspurig von Ministerpräsident Seehofer versprochen wurde. Die Leistungen, die Sie zusammenrechnen, sind zum größten Teil Leistungen, die vorher schon beschlossen waren, die vom Bund kommen und durchgereicht werden. Aber die zusätzliche Finanzierung, das damals klar angekündigte Sonderinvestitionspaket, existiert nicht in einer Form, die dem hehren Ziel, Barrierefreiheit zu schaffen, auch nur annähernd angemessen wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Knackpunkt ist ja, dass das Thema "Bayern barrierefrei", der versprochene Abbau von Barrieren im gesamten öffentlichen Raum und eben nicht nur im staatlichen öffentlichen Raum – es war im gesamten öffentlichen Raum versprochen worden –, seit Jahren vor sich hin dümpelt. Die Gesetze, die Sie in den letzten Jahren erlassen haben, während dieses Programm läuft, sind nicht adäquat, um da etwas zu erreichen.

Ich bringe ein Beispiel: Die E-Government-Verordnung der Bayerischen Staatsregierung sagt, dass wenigstens einige Angaben auf den Startseiten von Webseiten bayerischer Behörden barrierefrei bereitgestellt werden sollen. Das wird in dem gleichen Artikel schon so eingeschränkt, dass nahezu keine Behörde mehr dabei ist. Kommunen sind nicht dabei. Landkreise sind nicht dabei. Es sind nur Ausnahmen. Die Ausnahmen sind länger als der ganze Artikel. Am Schluss ist es nur eine freiwillige Kür und nicht wirklich eine Verpflichtung. Solche Gesetze haben Sie die ganzen Jahre über während "Bayern barrierefrei" gemacht. Da frage ich mich, wie ernsthaft Sie dieses Ziel jemals verfolgt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In den vergangenen neun Jahren, in denen Bayern Geld wie Heu zu verteilen hatte – als Wahlkampfgeschenke für möglichst viele, überall mit der Gießkanne –, da sind Menschen mit Behinderung trotz der großen Ankündigungen unter Ihrem Radar geblieben. Das ist und bleibt der Style der CSU.

Letzter Punkt: Teilhabe von Menschen mit Schwerbehinderungen am Arbeitsleben. Schon 1998 galt eine Schwerbehindertenquote von 6 % und nicht 5 % wie heute.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete, denken Sie an Ihre Redezeit.

Kerstin Celina (GRÜNE): Die Staatsregierung hat Quoten für Menschen mit Behinderungen im Staatsamt eingeführt. Das ist alles heute nicht mehr der Fall.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Prof. Dr. Winfried Bausback von der CSU-Fraktion.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Eine lange Debatte zur Regierungserklärung liegt jetzt hinter uns. Ich darf als letzter Redner unserer Fraktion noch einmal Stellung nehmen und habe auch nur noch acht Minuten. Kolleginnen und Kollegen, was aus meiner Sicht das Wichtige ist: Bayern hält zusammen. Das macht unsere Gesellschaft, unseren Freistaat aus, Kolleginnen und Kollegen. Wer das nicht glauben will, der muss nur auf die letzten Krisen, die wir gemeinsam durchgestanden haben, und auf die Erfolge der letzten Jahrzehnte schauen. Das macht unser soziales Bayern aus. Daran haben vor allem die Menschen ihren Anteil. Aber an der Stelle kann man der aktiven Sozialministerin, Frau Staatsministerin Scharf, und auch ihren Vorgängerinnen Carolina Trautner, Kerstin Schreyer und Emilia Müller mal ein Dankeschön sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, wie die Menschen draußen diese Debatte erlebt haben. Aber eines ist doch klar: Viele Menschen machen sich in der momentanen Situation Sorgen; Sorgen angesichts der Krise in der Ukraine mit der Frage, wie es mit unserem Land und wie es mit ihnen persönlich weitergeht; Sorgen im Hinblick auf die noch nicht überstandene Pandemie. Die Staatsministerin hat in ihrer Regierungserklärung, glaube ich, alle sozialen Bereiche angesprochen, nicht alle Punkte, auch nicht alle Ziele; aber sie hat aufgezeigt, wo die Handlungsfelder dieser wichtigen, vielleicht der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgabe des Zusammenhalts sind. Sie hat es mit Empathie getan, mit großem Engagement. Frau Staatsministerin, dafür von unserer Fraktion an der Stelle ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle sei gesagt: Sozialpolitik braucht keinen blinden Eifer. Sie braucht auch keine Sprechgeschwindigkeit wie ein Maschinengewehr, Kollegen von der grünen Seite, und auch nicht Schaum vor dem Mund. Sozialpolitik braucht keine Ideologie. Sozialpolitik braucht keine Allgemeinplätze, liebe Kollegin von der FDP. Sozialpolitik braucht vielmehr Engagement, sie braucht Empathie, und sie braucht auch Pragmatismus, sonst werden wir die Aufgaben nicht bewältigen.

Zu der Frage der frühkindlichen Bildung und zur Kinderbetreuung ist viel geredet worden. Am Ende der Debatte möchte ich eines hervorheben: In Bayern wurden von 2008 bis 2020 1,9 Milliarden Euro in den Ausbau der Kitas investiert. Sie können aber nicht sagen, das Geld wäre vor allem aus Berlin gekommen, denn 1,2 Milliarden Euro stammten aus Landesmitteln. Das heißt, wir haben noch mehr als der Bund in diesen Bereich investiert. Das werden wir auch weiter tun.

Sie sprechen die Frage der Betreuung in den Kindergärten und in den Schulen an, die uns alle umtreibt. Schauen wir uns doch einmal die Entwicklung der Zahlen unserer Fachkräfte an: Von 2006 bis 2021 ist die Zahl der Fachkräfte von 23.800 auf 56.565 angestiegen und die Zahl der Ergänzungskräfte von 21.800 auf 53.600. Ich glaube, es gibt kaum ein Berufsfeld in Bayern, bei dem wir eine solche Steigerung von ausgebildeten Fachkräften erlebt haben. Das ist eine große Leistung für unser Land. Natürlich müssen wir mit Pragmatismus überlegen, wie wir dem wachsenden Bedarf Rechnung tragen,

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

wie wir den Anforderungen der modernen Gesellschaft mit einer wesentlich größeren Inanspruchnahme von Fremdbetreuung gerecht werden. Ich bin überzeugt, die Sozialministerin ist mit ihrem Ministerium dabei auf dem Weg. Hier brauchen wir Pragmatismus. An dieser Stelle möchte ich einmal meine persönliche Meinung äußern. Ich bin stellvertretender Vorsitzender eines Kindergartenträgervereins. Kolleginnen und Kollegen, ich denke, dass wir zumindest für eine Übergangszeit überlegen müssen, wie wir die Fachkräfte so einteilen, dass wir Einrichtungen nicht schließen müssen, weil wir einen Quotienten nicht erfüllen. Wir müssen uns überlegen, wie wir vorankommen, auch wenn die Ausbildungszahlen weiter steigen. Trotzdem werden diese Ausbildungszahlen nicht ausreichen. Ich glaube, diese Frage beschäftigt das Haus der Ministerin, sie beschäftigt die Ministerin und sie beschäftigt auch uns. Es geht nicht darum, Qualität abzubauen, sondern es geht darum, dafür zu sorgen, dass Einrichtungen ihre Gruppen nicht abbauen und schließen müssen, weil sie sich an dieser Stelle nicht an der bürokratischen Anforderung orientieren können.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Das ist nur ein Beispiel von vielen, bei denen es nicht um Ideologie und um Forderungen geht,

(Alexander König (CSU): Sondern um Lösungen!)

sondern es geht darum, dass wir einen gemeinsamen Weg finden. Dafür müssen wir uns auf den Weg machen.

Frau Kollegin Stachowitz – ich weiß nicht, wo sie gerade sitzt, ob sie noch da ist –, natürlich kann man aufzählen, was man alles für gut und richtig hält und was man sich alles wünscht. Aber Politik ist eben kein Wunschkonzert, Kolleginnen und Kollegen. In einer Krise kann man nicht alles verwirklichen, was man sich persönlich wünscht. Man muss vielmehr nachdenken, man muss Prioritäten setzen. Das macht die Frau Staatsministerin, das macht unsere Koalition, und insoweit werden wir dafür sorgen, dass Bayern auch in Zukunft zusammenhält, damit wir auch in Zukunft Krisen gemeinsam und erfolgreich bewältigen. Dann werden wir auch in Zukunft Erfolge haben. Dafür steht die CSU, dafür steht die Koalition mit den FREIEN WÄHLERN, dafür steht aber vor allem die Staatsministerin. Vielen Dank und danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion

FREIE WÄHLER

"Ampelchaos beenden: Gesellschaftliche Spaltung in unserer Heimat abwenden!"

Sie kennen das Prozedere. Grundsätzlich gilt fünf Minuten Redezeit pro Rednerin oder Redner bzw. zehn Minuten für eine Rednerin oder einen Redner. Die fraktionslosen Kollegen können zwei Minuten reden. – Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Fabian Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unsere Bayernkoalition aus

FREIEN WÄHLERN und CSU hat sich bekanntermaßen nicht gerade einfache Zeiten herausgesucht,

(Ruth Müller (SPD): Das ist gescheit!)

um erstmals gemeinsam politische Verantwortung für unser Land und seine Menschen zu übernehmen. Kaum eineinhalb Jahre im Amt

(Florian von Brunn (SPD): Kommt der Untersuchungsausschuss Maske!)

hat uns Corona überrollt und vor die größten Herausforderungen der Nachkriegszeit gestellt. Die Good News an der Stelle sind, dass man aus heutiger Sicht konstatieren kann: Allen Unkenrufe von rechts außen und von Querdenkern zum Trotz ist es uns gelungen, unsere Heimat gut zu beschützen,

(Florian von Brunn (SPD): Deshalb brauchen wir jetzt einen Untersuchungsausschuss!)

viele, viele Menschenleben zu retten und trotzdem dafür zu sorgen, dass unser Land zwei Jahre nach der Pandemie so gut dasteht,

(Florian von Brunn (SPD): Dank der Corona-Hilfen des Bundes!)

in wirtschaftlicher Hinsicht mit nahezu Vollbeschäftigung und in sozialer Hinsicht so, wie die Frau Staatsministerin das heute schon ausgeführt hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Erfolgsrezept im Zuge dessen bestand unter anderem darin, dass es uns immer und immer wieder bei der Abstimmung in der Corona-Politik gelungen ist – zugegebenermaßen gelegentlich nach heftigeren und intensiveren Diskussionen –, uns seitens der Bayerischen Staatsregierung auch mit dem Bund zu konsentieren. Wie schwierig das ist, das hat auch schon die neue Ampelkoalition erlebt. Als der neue Deutsche Bundestag erstmals über die Impfpflicht zu debattieren hatte, war sehr schnell zu sehen, dass drei Koalitionäre vier Positionen in eine Debatte eingebracht haben, jedoch für keine einzige eine Mehrheit gefunden haben.

(Florian von Brunn (SPD): Dafür haben sich alle Minister gleich impfen lassen!)

Uns ist das gelungen. Worüber wir heute mit Ihnen sprechen wollen, das ist unsere Sorge. Es ist unsere Sorge, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass unter dem Eindruck der nächsten Krise, die uns jetzt unverschuldet in ihren Bann gezogen hat, dass jetzt, im Zuge des Überfalls von Putin auf die Ukraine, wo die Preise durch die Decke gehen und die Energiepreise explodieren, wo die Inflation für die kalte Enteignung der bürgerlichen Mitte in unserem Land sorgt, dass gerade in dieser so wichtigen Phase dieser gute, konsensuale Draht nach Berlin verloren gegangen ist.

(Florian von Brunn (SPD): Dank Söder und Aiwanger!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als tragende Fraktion in der Bayerischen Staatsregierung haben wir geradezu den Eindruck, wir sind die Besatzung des wirtschaftlichen Maschinenraums dieses Tankers Deutschland.

(Florian von Brunn (SPD): Die Leichtmatrosen seid ihr vielleicht!)

Wir in Bayern sind das nun einmal qua der bayerischen Wirtschaftskraft. Geradezu jeden Tag funken wir nach oben auf die neue Brücke in Berlin und geben dort Bescheid, dass die Maschinen heiß zu laufen drohen. Wir bekommen aber immer nur

zur Antwort, dass der Kapitän schon lange von niemandem mehr gesehen worden ist.

(Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Seine Offiziere streiten über den Kurs, sie fahren zickzack.

(Unruhe bei den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben den Eindruck, diese Ampel blinkt in allen Farben. Sie hinterlässt ein heilloses Chaos an jeder Kreuzung der Bundespolitik. Das muss aufhören, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf: Bravo! – Florian von Brunn (SPD): Sie erleiden gerade einen Schiffbruch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren der Ampel-Fraktionen im Bayerischen Landtag, ich will Sie, machen Sie sich keine Sorgen, gar nicht langweilen mit Hinweisen zu Ihren handwerklichen Fehlern. Ich will Ihnen auch gar nicht sprichwörtlich die Butter aufs Brot streichen zu Ihrem KfW-Lapsus und dem Chaos, das Sie da angerichtet haben.

(Florian von Brunn (SPD): Hat Herr Aiwanger eigentlich schon seine dritte Impfung?)

Ich will Ihr eigenartiges Verständnis und Ihr Verhältnis zum Eigentum auch gar nicht beleuchten, wenn es um die Aufteilung des CO₂-Preises zwischen Mieterinnen und Vermietern geht. Und haben Sie keine Sorge, ich will auch keine große Linie ziehen oder ausbuchstabieren, dass es natürlich irritierend ist, wenn vor dem Hintergrund größter Herausforderungen, wenn dieses Land Führung braucht, die die Wählerinnen und Wähler bestellt haben, auf Twitter der Hashtag "Wo ist Olaf?" Trend ist und

(Unruhe)

die deutschen Tageszeitungen die Frage in den Raum stellen, was der Bundeskanzler eigentlich beruflich macht.

(Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

All das will ich Ihnen, meine Damen und Herren, gar nicht anlasten. Es gibt aber schon ein paar Themen, die Ihnen auch aus bayerischer Sicht einleuchten sollten.

(Florian von Brunn (SPD): Sie als FREIE WÄHLER haben es jedenfalls nicht in den Deutschen Bundestag geschafft!)

Sie sind doch selbst damit unzufrieden, wie Ihre Parteifreunde in Berlin agieren.

(Florian von Brunn (SPD): Ihr Spitzenkandidat Aiwanger ist jedenfalls abgestürzt!)

Es gibt da ein paar Themen, über die wir reden müssen. Wir müssen, lieber Martin Hagen, darüber sprechen, dass es die bayerische FDP wohl kaum zufriedenstellen kann, die FDP, die den Menschen immer versprochen hat, sie stünde für Finanzstabilität und die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, dass ausgerechnet jetzt, wenn die FDP regiert, der Finanzminister der FDP Christian Lindner zum großen Schuldenfinanzminister und zum Schuldenkönig der Bundesrepublik zu werden droht.

(Alexander König (CSU): Die größte Enttäuschung der Bundesregierung ist die FDP!)

Es kann Sie doch nicht freuen, dass die Bürgerentlastungen, die Sie angekündigt haben, jetzt einmal mehr nicht an die Bürger gehen, sondern zu den großen Ölmultis.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Es kann Sie doch nicht freuen, dass die alte "Mövenpick-FDP" zurück ist, indem Sie dem Verbraucher an der Zapfsäule das Geld aus der Tasche ziehen und den Ölmultis zuordnen.

(Florian von Brunn (SPD): Der Einzige, der etwas verzapft, sind Sie!)

Das kann Sie doch als bayerische FDP nicht glücklich machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Genau das, meine sehr verehrten Damen und Herren, erkennen Sie an den engagierten Zwischenrufen, weil getroffene Hunde immer laut bellen. Es kann Sie, Herr von Brunn, doch nicht zufriedenstellen, dass gerade jetzt, wenn die Sozialdemokraten einmal wieder eine Regierung führen, die Zeit angebrochen ist, in der die soziale Schere in diesem Land immer weiter auseinanderdriftet,

(Florian von Brunn (SPD): Das haben wir gerade gehört!)

in der Preise davonlaufen und in der Ihnen keine einzige Entlastung gelingt, die am Ende des Tages bei den Menschen ankommt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Es wird noch absurder, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man heute Morgen die Medien liest und feststellt, es gibt eine Bundesregierung, die gerade einen Tankrabatt gewährt. Die gleiche Bundesregierung will ab August die Kfz-Steuer erhöhen!

(Florian von Brunn (SPD): Dass Sie sich nicht schämen! Entlasten Sie erst einmal die Menschen in Bayern!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist ein Treppenwitz, wie Sie sich in alle Richtungen entzweien. Genauso kann es die regierenden GRÜNEN nicht glücklich machen, wenn man sich ideologisch nicht dem Gedanken nähern kann, Kernkraftwerke für wenige Monate länger laufen zu lassen. Jetzt gibt es – grün regiert – die Renaissance des Kohlestroms in Bayern, jetzt wird – grün regiert – bei Autokraten um Gas gebettelt. Das steht doch quer zu Ihrer politischen Linie!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben den Eindruck, Sie sind in Berlin eine Anti-Bayern-Koalition,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

die sich im ideologischen Irrgarten irgendwo zwischen Neoliberalismus auf der einen Seite

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

und Ökosozialismus auf der anderen Seite verirrt hat. Dort stecken Sie fest. Wenn unser Land gut durch diesen Winter kommen soll, müssen Sie da herauskommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine Damen, meine Herren, Ampel-Bashing – Sie merken es – hat mit Sicherheit eine gewisse politisch-inhaltliche Berechtigung, aber Ampel-Bashing reicht nicht aus. Deshalb nenne ich Ihnen drei konkrete Vorschläge und Sofortmaßnahmen, die Sie besser gestern als heute umsetzen sollten.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

Der erste Vorschlag lautet: Sorgen Sie dafür, dass wir mit unseren sicheren bayerischen Atomkraftwerken in diesem Winter dafür sorgen können, dass es in den Wohnungen der Menschen in Bayern nicht kalt wird

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

und dass die bayerischen Unternehmen weiterhin in der Lage sind, wirtschaftlich zu arbeiten. Erklären Sie Ihren Kolleginnen und Kollegen in Berlin, dass wir an Ihrer Seite stehen, Herr Kollege Hartmann, was die grundsätzliche Frage des Atomausstiegs anbelangt, dass wir aber nicht glauben, aussteigen zu müssen, weil wir Angst haben, dass uns in diesem Winter ein bayerisches AKW um die Ohren fliegt,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

sondern dass wir aussteigen wollen, weil wir glauben, nicht das ethische Recht zu haben, einen Müll zu produzieren, der 200.000 Jahre strahlt. Die Frage, ob dieser Müll aber 200.000 Jahre oder 200.001 Jahre strahlt, meine Damen und Herren,

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

kann nicht die Rechtfertigung dafür sein, jetzt bei Autokraten um Gas zu betteln oder den Klimawandel durch Kohlestrom zu befördern, und das alles kann vor allen Dingen nicht rechtfertigen, zu riskieren, dass in Bayern in diesem Winter die Lichter ausgehen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Sorgen Sie zweitens, meine sehr verehrten Damen und Herren, für Entlastungen, die bei den Menschen ankommen. Ich will es an einem Beispiel illustrieren, dem Spritpreis. Sagen Sie Ihren Parteifreundinnen und -freunden in Berlin, Sie sollen den Menschen nicht länger Sand in die Augen streuen und behaupten, das, was als Preis an der Zapfsäule steht, sei der Preis für die Freiheit; denn das ist nicht der Preis für die Freiheit, sondern der Preis für die Bundesregierung. Jeder zweite Euro, 50 % des Spritpreises, sind Energiesteuern, ist CO₂-Preis, ist Erdölbevorratungsabgabe, ist Mehrwertsteuer. Die Menschen zahlen nicht den Preis für die Freiheit, sie zahlen den Preis für die Ampel. Sagen Sie den Menschen, auch grünes Biofood aus Südamerika muss vom Flughafen mit einem der verteuerten Dieseltanker in den Biosupermarkt gelangen, sonst können es Ihre Wählerinnen und Wähler dort nicht kaufen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Sorgen Sie für echte Entlastungen! Sorgen Sie dafür, dass Sie die Mehrwertsteuer auf null setzen, damit in Bayern weiterhin Versorgungs- und Transportsicherheit sowie Mobilität im ländlichen Raum möglich sind.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zu guter Letzt, meine sehr verehrten Damen und Herren von den GRÜNEN: Bitte lösen Sie Ihren parteiinternen Konflikt zwischen Artenschutz auf der einen Seite und Klimaschutz auf der anderen Seite. Hören Sie damit auf, den Menschen zu sagen, wir machten uns mit erneuerbaren Energien unabhängig von Putin, indem Sie hundert Prozent Zustimmung dafür garantieren. Wenn wir dann draußen eine Windkraftanlage, eine Biogasanlage oder was auch immer bauen wollen,

(Florian von Brunn (SPD): Welche Windkraftanlagen? Die Sie verhindern?)

dann finden wir statt dieser hundert Prozent 15 GRÜNE, die Vorsitzende von Bürgerinitiativen dagegen sind, weil sie dann die Gelbbauchunken gezählt haben und nachgesehen haben, welche Kröten noch vorhanden sind. Sie müssen sich in diesem Zielkonflikt entscheiden. Wenn Artenschutz und Klimaschutz miteinander in Konflikt geraten, geht es der Bayernkoalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU um die Menschen. Sie wären gut beraten, wenn Sie es auch so handhaben würden!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Mit Blick auf die Uhr komme ich zum Ende, Herr Präsident. Nehmen Sie zur Kenntnis – das ist der Appell dieser Aktuellen Stunde –, dass Sie seit der Bundestagswahl auf dem Fahrersitz sitzen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Sie sitzen auf dem Fahrersitz und fahren im Hinblick auf diesen Winter mit Tempo 200 auf die Wand zu. Bitte nehmen Sie wenigstens das Lenkrad in die Hand! Wenn Sie schon nicht wissen, wohin Sie fahren sollen, dann fragen Sie in Bayern nach. Wir sagen es Ihnen. Das wäre gut für unser Land –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, Sie haben stark überzogen.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): – und seine Menschen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Nächster Redner ist Herr Kollege Ludwig Hartmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Weisheit der Wählerinnen und Wähler ist so groß, dass sie Sie nicht in den Bundestag gewählt haben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Florian von Brunn (SPD): Bravo! – Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der FDP – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): In Bayern hätte es locker gereicht!)

Bevor ich auf Ihre Punkte eingehe, möchte ich hier sehr deutlich sagen: Ich weiß genauso wie wir alle hier, dass unser Land vor gewaltigen Herausforderungen steht. Ich möchte aber sehr deutlich feststellen: Unsere Herausforderungen sind nicht gleichzusetzen mit denen der Menschen in der Ukraine, die täglich ihr Leben dafür einsetzen, um für Freiheit und Demokratie zu kämpfen. Dies zur Einordnung der Debatte vorneweg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann möchte ich kurz in Erinnerung rufen: Wir alle wissen, dass die fossile Energiekrise, die uns gerade droht, die Preise treibt und die Versorgungssicherheit gefährdet. Dies ist unstrittig. Aber dies ist auch das Ergebnis einer verkehrten Energiepolitik der letzten zehn Jahre, die uns massiv abhängig von russischem Gas und Öl gemacht hat.

(Alexander König (CSU): Das hilft niemandem, selbst wenn es stimmt!)

Das gehört auch zur Sache, die wir auf Bundesebene jetzt so gut wie möglich zu meistern versuchen. Wir stellen uns jedoch der Verantwortung. Was hat die Ampel in den letzten Wochen und Monaten alles aufs Gleis gesetzt? Zunächst mussten wir etwas tun, weil Sie in Ihrer Regierungszeit

(Alexander König (CSU): Schauen wir, gegen welche Mauer der Zug donnert!)

Gasspeicher verkauft haben, ohne vorher gesetzlich zu regeln, dass diese befüllt werden müssen. Dies hat die Ampel-Regierung sehr schnell korrigiert, damit die Gasspeicher wieder aufgefüllt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Bereich, der umgehend angegangen wurde, ist, dass wir Flüssiggas-terminals erhalten, in einem Tempo aus dem Boden gestampft, wie es Deutschland noch nicht erlebt hat,

(Alexander König (CSU): Schönes teures Flüssiggas wird unser Problem nicht lösen!)

dank der Bundesregierung, die dies ermöglicht hat. Es ist richtig, dass dies auch Fracking-Gas ist. Die Frage ist doch, was gerade die Alternative ist. Gas aus Russland, das uns nach und nach den Gashahn zudreht?

(Alexander König (CSU): Sie fahren die Wirtschaft gegen die Wand!)

Wenn hier einer die Wirtschaft gegen die Wand gefahren hat, sind Sie es mit Ihrer Strategie gewesen, rein auf russisches Gas zu setzen und uns abhängig von einer Geopolitik zu machen, die wir nicht beeinflussen können. Das ist Ihr Verdienst!

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Wer ist denn in den letzten Jahren regelmäßig nach Russland gefahren und hat gedacht, dies funktioniert? Wer hat noch im Januar gefordert, Nord Stream 2 ans Netz zu nehmen? Wer war das? – Ihr Ministerpräsident, bereits im Januar dieses Jahres.

(Alexander König (CSU): Sie sollten in die Zukunft schauen! Sie leben in der Vergangenheit!)

Jetzt lautet die Frage, wie wir mit der Krise umgehen, um die Fehler aus der Vergangenheit, die Sie verursacht haben, endlich zu bereinigen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Gehen wir weiter zum aktuellen Thema Gaspreis an der Börse, der extrem hoch ist. Was macht die Bundesregierung? – Sie hat über das Wochenende daran gearbeitet, um endlich den Rahmen zu setzen, damit wir im Notfall noch in den Gasmarkt eingreifen können – Uniper ist ein Beispiel – und die Versorgung der Stadtwerke weiter gewährleistet ist. Wir sind ganz schnell dabei, das umzusetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Diese Woche werden sieben Gesetze für die Energiesicherheit im Bundestag beschlossen. Das sind mehr Gesetze, als die Regierung in Bayern in den letzten Monaten umgesetzt hat.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz wird grundlegend geändert. Das betrifft die Einspeisevergütung für kleine Dachanlagen und für mittelgroße Anlagen, damit die Menschen in Bayern davon profitieren, wenn sie sauberen Strom produzieren. Mit dem Wind-an-Land-Gesetz müssen wir dieser Regierung klarmachen, dass auch die Windkraft in Bayern vorangebracht wird – auch mit Ihrer Beteiligung.

(Alexander König (CSU): Das ist ja völlig neu!)

Freitag vor einer Woche war ich bei der Einweihung von Windkraftanlagen oben in der Rhön. Der Bau dieser Windkraftanlagen hat zehn Jahre gedauert. Zunächst wurden die falschen Fundamente gelegt. Sie haben sich im Jahr 2020 nicht getraut, eine Genehmigung zu erteilen. Schließlich fährt Ihr Wirtschaftsminister dorthin und erklärt, wie toll alles ist. In Bayern hat es jedoch zehn Jahre gedauert. Auch unter den FREIEN WÄHLERN sind vier Jahre verloren gegangen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Jetzt geht es, weil wir den Wirtschaftsminister stellen!)

Das Windenergie-auf-See-Gesetz wird vorangebracht. Mit dem Gebäudeenergiegesetz wird der Gebäudebereich vorangebracht. Wir gehen auch das Bundesnaturschutzgesetz an. Damit werden wir diesen Widerspruch auflösen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr gut!)

Das machen wir auch mit einer Beschleunigung der Genehmigung für den Bau von Windkraftanlagen. Voraussetzung dafür ist jedoch die Ausweisung von Vorranggebieten. Diese müssen Sie ausweisen, möglichst schnell und möglichst heute, nicht erst übermorgen. Das ist Ihre Aufgabe. Sie können heute anfangen, anstatt die Probleme immer wieder woanders zu suchen. Sie sollten in Bayern endlich die Herausforderungen angehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz wird aus gutem Grund angegangen. In einem Bereich besteht ein großer Denkfehler. Wir alle wissen, die Gasverstromung, die ungefähr 15 % ausmacht, wird zu zwei Dritteln von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen vorgenommen. Die Gaskraftwerke beheizen unsere Wohnungen. Deshalb ist es entscheidend, gesetzlich dafür zu sorgen, dass jetzt die Gasspeicher aufgefüllt werden können. Gerade für die reine Verstromung sollten keine Gaskraftwerke verwendet werden. Das ist schmerzlich für den Klimaschutz. Das gebe ich ganz offen zu. Es ist aber die Voraussetzung dafür, um die Gasspeicher zügig zu füllen, damit die Wohnungen der Menschen im Winter möglichst warm bleiben können. Das setzen wir gerade gesetzlich um.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Menschen vor Klimaschutz – sehr gut!)

Das ist ein Markteingriff, ich weiß. Andere sehen das nicht so gerne. Die Krise macht es aber notwendig. Das gilt auch für das Energiesicherungsgesetz, das ich vorhin angesprochen habe. Im Notfall werden die Versorger enteignet, wenn keine andere Möglichkeit besteht. Das sind alles Maßnahmen, die in Berlin in einem nie

da gewesenen Tempo aufs Gleis gesetzt werden. Von Ihnen höre ich nur, was alles falsch läuft. Sie leisten keinen einzigen Beitrag dazu, wie in Bayern die Herausforderung, effizienter und sparsamer mit Energie umzugehen, gemeistert werden könnte.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Drei konkrete Vorschläge!)

Stattdessen macht man sich über Maßnahmen, die Energie sparen, lustig. Es ist ganz egal, wer gerade in Berlin regiert. Wenn der Gasfluss aus Russland nach der Wartung von Nord Stream 1 abreißt, stehen wir vor einer gewaltigen Herausforderung. Das wird wahrscheinlich die Corona-Krise wirtschaftlich in den Schatten stellen. Jetzt kommt es wirklich darauf an, Gas zu sparen, wo es geht. Die Beheizung der Wohnung um ein Grad zu reduzieren, reduziert die Notwendigkeit der Gasproduktion der Anlage um 6 %. Im Durchschnitt beträgt die Temperatur 22 Grad. Wenn man auf 20 Grad oder 19 Grad heruntergeht, friert man nicht. Damit werden jedoch im Heizsektor zwischen 12 und 18 % des Gaseinsatzes gespart. Wenn wir den Gaseinsatz um 10 bis 15 % reduzieren, haben wir einen großen Hebel, um die Krise besser meistern zu können. Was wir brauchen, können wir laufen lassen, um den Wohlstand zu sichern. Daran sollten wir doch gemeinsam arbeiten. Die Maßnahmen sollten nicht immer aus Bayern schlechtgeredet werden. Viele in diesem Raum können sich sicherlich die Gasrechnung noch leisten. Sie können das bezahlen. Sie sind davon nicht so hart betroffen wie viele andere in diesem Land. Ich bitte alle, trotzdem sparsam mit Gasenergie umzugehen. Das hilft uns allen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie alle kennen die Berichte. Die Herausforderung besteht darin, den Druck im Gasnetz auf einem gewissen Level zu halten, damit die Gasheizungen nicht automatisch abgeschaltet werden. Das geht nur dann, wenn man auch in Bayern sparsam mit Gas umgeht.

Mir ist ein weiterer Bereich wichtig. Seit Jahren verweigern Sie den Menschen konkrete Maßnahmen für mehr Energieeffizienz bei Gebäuden. Bayern hat bis heute kein Erneuerbare-Wärme-Gesetz. Baden-Württemberg und Hamburg haben eines. Den Weg für mehr Energieeffizienz bei Gebäuden hätte man in Bayern längst gehen können. Das Erneuerbare-Wärme-Gesetz fällt in die bayerische Landeskompetenz. Stattdessen stellen Sie nachher im dritten Anlauf ein Klimaschutzgesetz vor, in dem der Wärmebereich wieder keine Rolle spielt. Die Wärmewende wird die soziale Frage unserer Zeit. Das müssen wir doch angehen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Was machen Sie in Berlin? Sie sorgen dafür, dass Hunderttausende von Wohnungen nicht gebaut werden!)

Das haben wir in Berlin bereits aufs Gleis gesetzt. Wir sind dran, die Nahwärme auszubauen, um die Wärme effizienter einzusetzen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sie haben die Förderung eingestellt!)

Wir haben aus gutem Grund den Standard der KfW nicht weiter gefördert, damit die Häuser besser werden. Das Geld wird jetzt dort ausgegeben, wo wir große Mengen CO₂ und fossile Energie einsparen können. Das machen wir.

(Alexander König (CSU): Tatsache ist, dass Hunderttausende von Wohnungen nicht gebaut werden, weil Ihre Regierung die Förderung gestrichen hat!)

Die Wohnungsnot in Bayern und Deutschland besteht schon seit 16 Jahren, in Bayern noch länger. An dieser Stelle haben Sie versagt. In Bayern verlieren wir

seit Jahren sozial geförderten Wohnraum, weil Sie das nicht umsetzen. Wir packen das jetzt an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Dazwischengerede aus der ersten Reihe ist schon erstaunlich. Wenn man keine eigenen Ideen und Konzepte hat, redet man andere schlecht. Stattdessen sollten wir gemeinsam die größte Krise unserer Zeit meistern. Wir sollten ehrlich sein: Es wird kein Zurück in das Zeitalter billiger fossiler Energieträger geben. Wir müssen zügig rein in die erneuerbaren Energien. Wir befinden uns auf dem richtigen Weg. Die Ampel hat die Weichen gestellt in einem Umfang, wie es Deutschland noch nicht gesehen hat. Darauf können wir stolz sein. Wir sind auf dem richtigen Weg.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Parlament soll leben. Man kann auch Zwischenrufe machen. Das ist selbstverständlich. Das begrüße ich außerordentlich. Die Kommentierung einer ganzen Rede aus der ersten Reihe ist jedoch kontraproduktiv. Ich bitte Sie, dem Redner seinen Freiraum zu lassen. Das ist auch Parlamentarismus.

(Widerspruch bei der CSU – Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt rufe ich Herrn Kollegen Dr. Martin Huber auf.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! SPD, FDP und GRÜNE haben schon von einer Ampel in Bayern geträumt. Die Wahrheit ist: Das wäre ein Albtraum für Bayern und ein Albtraum für bayerische Interessen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es ist beispiellos, wie schweigsam und still sich die bayerische Ampel hier präsentiert, wenn es um Kürzungen für den Freistaat Bayern geht.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Das Zentrum Mobilität in München steht auf der Kippe. Beim Wasserstoffzentrum Pfeffenhausen wurden drastische Kürzungen vorgenommen. Die Stationierung des A400M in Schwaben steht auf der Kippe. Was hören wir von der Ampel in Bayern? – Null Komma null, betretenes Schweigen. Das ist die Wahrheit, wenn es um bayerische Interessen geht. Das zeigt aber auch: Die Bayern-Ampel ist in Berlin ohne Einfluss, ohne Rolle, ohne Auftrag. Das ist die Wahrheit über die Ampel in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Sie sagen, die Ampel stehe stark hinter dem Thema Energie. Die Ampel denkt von Nord nach Süd, hat den Süden aber überhaupt nicht im Blick. Die Ampel spricht nur davon, dass die Gasversorgung für Nord- und Ostdeutschland gesichert werden muss. Sie sagt kein Wort darüber, dass die Gasversorgung auch für den Süden Deutschlands sichergestellt werden muss.

(Florian von Brunn (SPD): CSU-Propaganda!)

Sie verlieren kein Wort darüber, wie wir es schaffen, die Gasspeicher in Österreich zu füllen. Sie verlieren kein Wort über Bayern.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Die Energieversorgung ist eine Aufgabe für ganz Deutschland!)

Stattdessen stellen Sie sich hin und sagen der Presse: Wir sind jetzt in der Ampel-Bundesregierung. Wir müssen auf Deutschland schauen. Wir können Bayern nicht vertreten. Das haben Sie der Zeitung gesagt.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das stimmt nicht!)

Das zeigt wieder einmal: Für die Ampel spielt Bayern keine Rolle. Die Stärken in Bayern liegen in der Wasserkraft. Was macht die Ampel? – Die kleinen Wasserkraftanlagen werden benachteiligt, der Betrieb soll auslaufen. Bayern ist Spitzenreiter beim Biogas. Von Habeck gibt es keinen Plan für den Ausbau der Förderung von Biogasanlagen. Ich finde es spannend, wie sich die Ampel hier präsentiert, der eine so, der andere so. Das ist ein wunderbares Sinnbild für den Zusammenhalt der Ampel. Machen Sie nur so weiter!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Geothermie hat in Bayern ein Riesenpotenzial. Bayern ist führend. Wir wollen bis zum Jahr 2050 25 % des Wärmebedarfs über die Geothermie decken. Habeck hat im Januar eine Förderung angekündigt. Es ist nichts passiert.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Aiwanger vor drei Jahren!)

Wir haben die Wasserstoff-Pipeline angesprochen. Wir, die CSU, und die Staatsregierung sagen immer: Wir müssen den Blick nach Süden richten, weil nach den Planungen des Bundes Bayern vielleicht erst 2040 mit der Anbindung an das Wasserstoff-Pipeline-Netz dran ist. Das wäre viel zu spät.

Heute ist auch das Thema AKW-Laufzeitverlängerung angesprochen worden. Lieber werden, ideologisch getrieben, Kohlekraftwerke am Netz gelassen anstatt die drei Atomkraftwerke, die noch am Netz sind, länger laufen zu lassen. Selbst das Gutachten des TÜV Süd zeigt: Ein Weiterbetrieb in Bayern wäre technisch und juristisch möglich.

Stattdessen kommt von der Ampel-Regierung die Forderung an die Menschen: Kauft doch Notstromaggregate! – Ich muss ganz ehrlich sagen, demjenigen, der zur Stromerzeugung die drei laufenden AKWs nicht weiterlaufen lassen will, sondern stattdessen den Menschen empfiehlt, Notstromaggregate zu kaufen, hat es wohl schon die Sicherungen herausgehauen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen hier Pragmatismus statt Ideologie. Aber genau diese Ideologie wird doch auf dem Rücken derjenigen ausgetragen, die jetzt unsere Unterstützung brauchen: Familien, Senioren, Alleinerziehende, Menschen, die sozial in Bedrängnis sind. Das sind die Menschen, die sich Sorgen machen, wie sie im Winter die Heizkosten zahlen sollen. Das sind die Menschen, die sich tagtäglich im Supermarkt, beim Bäcker, beim Metzger Sorgen machen, wie sie ihre Lebensmittel noch zahlen sollen. Die entstehenden Stromlücken und Preisexplosionen führen zu weiteren wirtschaftlichen Schäden und zum Anheizen der Inflation. Genau das ignoriert die Ampel. Das ist doch der Punkt.

Die Inflationsrate lag im Mai bei fast 8 %. Bei der Energie waren es sogar 38 %, bei den Nahrungsmitteln immerhin 11 %. Bei den Inflationstreibern Nahrung und Energie könnte die Ampel gezielt ansetzen, etwa durch eine vorübergehende Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

und zwar auf alle Grundnahrungsmittel, nicht nur auf Brokkoli, wie die GRÜNEN es fordern. Die FDP lehnt das sowieso ab. Wieder einmal zeigt sich das "einheitliche" Bild der Ampel. Dabei hat die EU-Kommission den Weg geebnet. Sie hat extra den Weg zum Absenken der Mehrwertsteuer auf 0 % für Lebensmittel frei gemacht und die Länder aufgefordert, dies zu tun.

Auch die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß wäre eine Möglichkeit, die Kosten für Erdgas, Elektrizität und Fernwärme zu senken.

Das wären gezielte, effektive und soziale Maßnahmen, um die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten und gleichzeitig die Inflation einzudämmen.

Die Ampel muss beantworten, wie gerade Gering- und Normalverdiener, Rentner und Studenten sowie Auszubildende durch den Winter kommen sollen.

Ich möchte hier aber auch deutlich sagen, was wir in Bayern machen. Wir bauen die Heimatenergien aus. Wir planen die Verdopplung der gesamten erneuerbaren Energien bis 2030.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Die Verdreifachung bei der Photovoltaik, ebenfalls bis 2030, erreichen wir durch die Nutzung von staatlichen Dächern und die Solardachpflicht für neue Industrie- und Gewerbebauten ab 2023.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wir bauen die Windenergie durch 800 neue Windräder und die Reform von 10 H aus. Den Ausbau schaffen wir im Dialog mit den Bürgern. Wir prüfen die Ausweitung der Wasserkraft und weiterer Potenziale. Wir wollen die kleinen Wasserkraftanlagen erhalten.

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas zu dem Thema Windkraft: Bayern hat eine installierte Leistung von 2.570 Megawatt. Was haben wir denn in Baden-Württemberg, wo seit über zehn Jahren die GRÜNEN regieren? Dort haben wir nur 1.700 Megawatt installierte Leistung. Das ist die Wahrheit. Deshalb brauchen wir keine Nachhilfe von Ihnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Zubau bei der Photovoltaik ist in Bayern in diesem Jahr ungefähr dreimal so hoch wie in Baden-Württemberg. Bayern ist auch bei den erneuerbaren Energien – Photovoltaik, Geothermie, Biogas und Wasserkraft – bereits Spitzenreiter unter den Bundesländern. Bei der Windkraft sind wir immerhin auf Platz 8; wir werden stärker. Aber in Sachen Windkraft kann man Bayern nicht mit Küstenländern wie Schleswig-Holstein vergleichen. Der Mix macht es. Aber die Ampel ignoriert das. Die Ampel ignoriert die bayerischen Stärken.

Nehmen wir doch ein ganz aktuelles Projekt, die zweite Stammstrecke.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Bahn und Bund müssen hier ihrer Verantwortung klar und deutlich nachkommen. Ich freue mich über jeden, der als Tourist nach München kommt. Ich sage es ganz ehrlich: Ich freue mich über jeden, der als Tourist in unsere schöne Landeshauptstadt kommt. Aber vom Bundesverkehrsminister erwarte ich, dass er nicht nur als Tourist zum Abendessen kommt; ich erwarte von ihm, dass er zum Arbeiten her-

kommt und sich den Gesprächen stellt, wenn es darum geht, wie wir in München die zweite Stammstrecke umgesetzt bekommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

All das zeigt den Unterschied auf: Die Staatsregierung kümmert sich um Bayern. Bei der Ampel verkümmert Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich den Kollegen Martin Böhm, AfD-Fraktion, auf.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ampel-Chaos wollen Sie beenden, liebe FREIE WÄHLER? 2,4 % Zweitstimmen reichen dazu halt nicht aus. Und ob ein orangener Aiwanger mehr Rückgrat hätte als ein blassgelber Lindner? Das zu beweisen wird Ihnen lange, lange nicht gelingen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Sie garnieren Ihre Aktuelle Stunden regelmäßig mit Themen, die bei Ihnen wie wesentlich zu groß geratene Schuhe wirken – nur, um am Ende jeden CSU-Vorschlag doch mitzutragen. Das ist unproduktiv und wird Ihrem Wählerauftrag in keiner Weise gerecht.

Mit Ihrer Forderung, die gesellschaftliche Spaltung abzuwenden, treffen Sie allerdings ins Schwarze. Nur, was tun Sie bisher selbst dagegen? Derjenige, der hier in Bayern spaltet, ist unser umstrittener Ministerpräsident, dem Sie meist blind hinterherlaufen – nicht ohne mit ihm oft genug uneins zu sein.

Bei den Corona-Maßnahmen vertrat Ihr Vorsitzender nahezu unsere Prinzipien. Bei der Windkraft verantworten Sie mit Ihrer Prinzipienlosigkeit die Beeinträchtigung der Bürger – und den Tod Abertausender Greifvögel. Chaos herrscht also auch in Ihrer Koalition, und Kraft wie Einfluss, die Dinge in Berlin wirklich zu drehen, fehlen Ihnen wie der CSU gleichermaßen.

Der von den "Grün*innen" oft herbeizitierte bayerische Bettvorleger ist zum Putzhadern verkommen. Die bayerische SPD ist der roten Poke in Berlin vermutlich auch suspekt. Punktum: Berlin findet ohne Bayern statt.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Und bald ohne AfD, wie es aussieht!)

Der Abgesang auf unsere Heimat nimmt seinen Lauf. Unsere Heimat, die wir mit Vereinen pflegen, ist dieselbe Heimat, die ein Habeck aus seinem Wörterbuch gleich ganz streichen will.

Kolleginnen und Kollegen, je schwerer die Zeit, desto wichtiger ist es, im Sinne des gesellschaftlichen Zusammenhalts den Kitt unserer Gesellschaft zu berücksichtigen, und dieser Kitt sind Heimat und Tradition.

(Beifall bei der AfD)

Aber frei nach dem Motto "Divide et impera" versucht die Ampel in Berlin, gesellschaftliche Gruppen gegeneinander auszuspielen: Beitragszahler gegen Leistungsempfänger, Vermieter gegen Mieter, Pendler gegen Stadtbewohner.

Seit einigen Monaten geht diese Spaltung aber wesentlich tiefer. Unsere Gesellschaft spaltet sich in Bürger, deren Monat 31 Tage hat, und in solche, deren Monat schon am 25. zu Ende ist. Unsere Gesellschaft spaltet sich in Mitmenschen, die bei 23 Grad Weihnachten feiern können, und solche, die sich Heiligabend den zweiten Pullover drüberziehen müssen.

Unsere Gesellschaft spaltet sich in Wohlhabende, die weiterhin im Whirlpool planschen, und in Arme, denen nur die Habeck'schen lauen zwei Minuten Dusche bleiben, um sich den Schweiß der Arbeit abzuwaschen.

Diese Spaltung ist nicht die Ampel. Diese Spaltung ist linksgrüne Politik: einerseits die fatale Energiewende mit der Merkel'schen Abkehr von der Kernkraft, gefolgt von der grünen EU-Ideologie eines dekarbonisierten Kontinents, andererseits die vertragswidrige EZB-Politik der Finanzierung maroder Rotwein-Staaten mittels Anleihen und Negativzinsen.

Unionisten von Draghi bis von der Leyen sind es, die unter dem Vorwand gleicher Lebensverhältnisse in Europa unsere deutsche Gesellschaft zutiefst gespalten haben. Hundert Jahre nach dem Beginn allen Leids haben diese Figuren unserer Wirtschaft Fesseln angelegt, die an ein Versailles 2.0 erinnern. Dass die aufziehende Hyperinflation die Konsequenz ist, bleibt vollkommen unausweichlich.

Der hässliche Krieg, der jetzt auf unserem Kontinent tobt, ist dabei keineswegs die Ursache, sondern Brandbeschleuniger der Situation. Alles dafür zu tun, trotzdem die Energieversorgung stabil zu halten, wäre der Auftrag gewesen. Aber das nicht zu leisten, ist ein Totalversagen der Ampel. Das ist der wirtschaftliche Totalabschwung. Und das ist der Wegbereiter in den Totalitarismus.

(Lachen bei der SPD – Florian von Brunn (SPD): So einen Blödsinn habe ich lange nicht mehr gehört!)

Ampelchaos und Spaltung beklagen Sie vollkommen zu Recht. Allerdings fehlt Ihnen auf der Bundesebene, auf die Sie sich ja heute mal wieder begeben wollen, jede Durchschlagskraft. Bleiben Sie gute Bürgermeister, anständige Landräte.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das werden Sie nie werden, Bürgermeister!)

Wir arbeiten daran, Wahrheit und Klarheit über Energiedebakel und EZB-Versagen zu unseren Mitbürgern zu bringen, und daran, die Heimat vor Ihrer Großmannsucht zu bewahren.

(Beifall bei der AfD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Der Beifall Ihres eigenen Lagers ist sehr verhalten! – Florian von Brunn (SPD): Zwei haben aus Mitleid geklatscht! – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Arif Taşdelen, SPD-Fraktion, auf.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Ampelkoalition unter Führung von Olaf Scholz und der SPD entlastet die Bürgerinnen und Bürger. Davon profitieren alle Bürgerinnen und Bürger, auch in Bayern, alle.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der FDP – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wann beginnt das?)

Was hat Schwarz-Orange bisher gemacht? – Herr Söder und Herr Aiwanger haben sich im gesamten letzten Jahr um ihre eigene Karriere gekümmert, wollten um

jeden Preis nach Berlin, haben sich öffentlich gestritten, Bayern zum Spott gemacht und null an dieses Land und an die Menschen gedacht.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der FDP)

Herr Söder spricht von Heimatenergien, die er jahrelang verhindert hat, sodass er Bayern in die Arme von Putin getrieben hat.

(Tobias Reiß (CSU): So ein Quatsch!)

Und jetzt? – Die FREIEN WÄHLER entdecken jetzt auch die Heimat. Das ist interessant. Was haben Sie für die Heimat gemacht? – In der wohl größten Krise dieses Landes hat Hubert Aiwanger für Millionen Wischmopps und Vlies gekauft.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der FDP – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER) – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU) – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Also das ist ja peinlich!)

Nach deiner Rede habe ich ja vielleicht Verständnis dafür, wofür er diese Vliese gekauft hat, weil ihr angeblich im Maschinenraum seid. Seid ihr aber nicht! Diese Vliese und diese Wischmopps lagern in irgendwelchen Lagern und sind in keinem Maschinenraum.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sie sind bereit für den Einsatz!)

Hubert Aiwanger gibt keine Antwort als Energieminister, wie es weitergeht, keine Antwort, wie es in den nächsten Monaten und Jahren weitergeht.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sie können ja eine Regierungserklärung dazu machen!)

Aber, liebe Bürgerinnen und Bürger in Bayern, Hubert Aiwanger hat Wischmopps für alle. Ganz toll!

(Beifall bei der SPD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): O mei, o mei, ist das flach!)

Er hat versucht, bei teuren Maskenkäufen seine Freunde zu begünstigen. Auch das ist die Wahrheit, und damit müsst ihr euch auch auseinandersetzen.

(Beifall bei der SPD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist eine Unverschämtheit! – Alexander König (CSU): Das könnte Verleumdung sein!)

Von der CSU wissen wir ja, dass sich führende CSU-Politikerinnen und -Politiker in Bund und Land eine goldene Nase verdient haben, in dieser schwersten Krise dieses Landes!

(Beifall bei der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Schämt euch!)

In der größten Krise dieses Landes haben Sie nicht auf die Heimat geschaut, sondern nur auf Ihre Parteiliebe.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die Verleumdung des stellvertretenden Ministerpräsidenten ist unterirdisch! Das ist eigentlich zu rügen!)

Heimat ist für Sie eine Kuh, die Sie nur gemolken haben. Heimat ist unser schönes Bayern. Heimat sind die Menschen in Bayern. Wir sind Heimat.

(Unruhe)

Wenn Sie die Heimat und die Menschen in dieser Heimat entlasten wollen, machen wir Ihnen als SPD-Fraktion ganz konkrete Vorschläge. Diese haben wir Ihnen schon unterbreitet:

(Anhaltende Unruhe – Zuruf: Machen Sie doch was!)

ein bayerisches Entlastungspaket – ganz einfach. – 50 Euro pro Kopf Energie- und Klimageld,

(Beifall bei der SPD)

100 Euro zusätzlich für Bezieher von Grundsicherung, einen bayerischen Kinderbonus in Höhe von 100 Euro pro Kopf, Unterstützung von Familien durch eine Ausweitung des Frühstücksprogramms an Schulen und das, was im Übrigen in Ihrem Koalitionsvertrag steht, das 365-Euro-Ticket für alle, die in unserer Heimat leben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Ihnen die Menschen in unserer Heimat wichtig sind, können Sie gerne unsere Vorschläge umsetzen, und wenn Sie was drauflegen wollen, helfen wir Ihnen auch gerne dabei, Lösungen zu finden.

Ich zitiere jetzt den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Olaf Scholz: Eines ist klar, wir werden diese Krise als Land nur bewältigen, wenn wir uns unterhaken und gemeinsam auf Lösungswege einigen. Wir stehen zusammen, und wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger gut durch diese Krise kommen, Schülerinnen und Schüler genauso wie Rentnerinnen und Rentner, Unternehmen genauso wie Beschäftigte.

(Petra Guttenberger (CSU): Machen Sie halt was dafür! – Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER))

Merken Sie etwas, liebe Kolleginnen und Kollegen? Merken Sie den Unterschied? – Der eine übernimmt Verantwortung in dieser Krise und versucht, das Land zusammenzuhalten.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Er verleumdet den stellvertretenden Ministerpräsidenten parlamentsöffentlich!)

Und was machen Sie? – Sie versuchen, das Land zu spalten. Wir lassen nicht zu, dass Sie unsere Heimat spalten.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Martin Hagen von der FDP-Fraktion. Bitte schön.

Martin Hagen (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Ja, Herr Kollege Mehring, von einer galoppierenden Preissteigerung war heute bei Ihnen die Rede. Mal abgesehen davon, dass es unzutreffend ist – von galoppierender Inflation spricht man in der Wirtschaftswissenschaft erst ab einer Teuerungsrate von 20 %, davon sind wir zum Glück weit entfernt –, können wir heute festhalten: Vergaloppiert haben Sie, die FREIEN WÄHLER, sich heute vor allem selbst.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

Eine Aktuelle Stunde als Eigentor: polemisch, unseriös und in sich widersprüchlich, Oppositionsgetöse ohne jede Substanz.

(Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Die "Bayerische Staatszeitung" hat Sie, Herr Kollege Mehring, mal vor zweieinhalb Jahren als Senkrechtstarter betitelt. Heute sind wir alle Zeugen Ihrer intellektuellen Bruchlandung geworden.

(Beifall bei der FDP – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): O weh, o weh!)

"Gesellschaftliche Spaltung in unserer Heimat abwenden!" – so heißt der Titel Ihrer Aktuellen Stunde. In Wahrheit haben Sie heute nichts als Spaltung betrieben, Herr Kollege.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie der deutschen Politik tatsächlich und allen Ernstes die Schuld für die Folgen der Ukraine-Krise in die Schuhe schieben, von der Ampel als einer Anti-Bayern-Koalition schwadronieren und die Bundesregierung wortwörtlich in einer Pressemitteilung als "Taschendieb" bezeichnen, ist das allerunterste Schublade. Das wird dem Ernst der Lage in unserem Land in keiner Weise gerecht, und dafür sollten Sie sich wirklich schämen, Herr Kollege.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Klasse Verteidigungsstrategie!)

Unser Land steht in einer schwerwiegenden Krise, wahrscheinlich der schwerwiegendsten seit Jahrzehnten. Wir haben Pandemie, Krieg, Gasknappheit, Inflation. Anstatt wie die Bundesregierung Verantwortung zu übernehmen und ihren Teil zur Lösung der Probleme beizutragen, kochen CSU und FREIE WÄHLER nur ihr parteipolitisches Süppchen darauf. Sie hätten hier in Bayern so viel tun können. Aber seit die neue Bundesregierung im Amt ist, tun Sie nichts weiter, als mit dem Finger nach Berlin zu zeigen. Zwei Jahre Dauerwahlkampf, von der Bundestagswahl 2021 bis zur Landtagswahl 2023 – das ist nicht das, was die Bürger erwarten, und das ist auch nicht das, was die Bürger verdienen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Sie sind nämlich genauso wie die Ampel in Berlin verantwortlich für die Politik. Sie sind verantwortlich für die Politik hier im Freistaat Bayern. Sie, die FREIEN WÄHLER, stellen immerhin den Wirtschafts- und Energieminister. Es gibt so viel zu tun, gerade in diesem Bereich der Gas- und Energieversorgung. Also hören Sie doch auf mit diesen Spielchen, und erledigen Sie endlich Ihre Hausaufgaben!

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ich habe Vorschläge gemacht!)

Erledigen Sie Ihre Hausaufgaben so, wie die Ampel das in Berlin tut! Die hat im Bund längst konkrete Maßnahmen zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger auf den Weg gebracht.

Erstes Entlastungspaket: Erhöhung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer, Erhöhung des Arbeitnehmerpauschbetrags, Erhöhung der Entfernungspauschale für Fernpendler, Abschaffung der EEG-Umlage und einmaliger Heizkostenzuschuss für Wohngeldbezieher.

Zweites Entlastungspaket: 9-Euro-Ticket für den ÖPNV, befristete Senkung der Energiesteuer, einmalige Energiepreispauschale, einmaliger Kinderbonus, Einmalzahlung an die Bezieher von Arbeitslosengeld und anderen Sozialleistungen.

Darüber hinaus entlasten wir Betriebe, unter anderem durch die erweiterte Verlustverrechnung und durch die Verlängerung der degressiven Abschreibung.

(Ruth Müller (SPD): Da reicht die Zeit nicht! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Chaos!)

Die Ampel macht, meine Damen und Herren, während Sie nur meckern und motzen.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Mehring, wenn Sie schon derart auf die Pauke hauen wie heute, dann zielen Sie halt wenigstens genau, dann hauen Sie beim nächsten Mal auch nicht so daneben.

(Beifall bei der FDP)

Beispiel eins: Sie haben in Ihrer Rede gesagt, zu wesentlichen Fragen hätten die drei Ampel-Parteien mindestens vier Meinungen. Also auf vier unterschiedliche Meinungen kommen Sie, die FREIEN WÄHLER, doch schon als Fraktion alleine. Es gibt sogar Tage, da schafft Hubert Aiwanger das ganz alleine, und zwar an einem einzigen Tag, abhängig davon, wo er gerade ist und vor welchem Publikum er gerade spricht.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Ich erkläre Ihnen gerne, wie das in der Bundesregierung ist. In der Bundesregierung ist es so: Da sitzen drei unterschiedliche Parteien mit unterschiedlichen Positionen. Am Ende des Tages einigt man sich auf einen guten Kompromiss. In der Bayerischen Staatsregierung ist es so: Der kleine Koalitionspartner weiß selbst nicht, was er will, es spielt aber auch keine Rolle; denn am Ende entscheidet sowieso Ministerpräsident Söder.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Da ist jetzt auch eine gewisse Polemik!)

Beispiel zwei: Herr Kollege Mehring, Sie haben gerade gesagt, der Tankrabatt komme nicht bei den Menschen an. Am selben Tag fordern Sie aber in einer Pressemitteilung die vorübergehende Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Benzin und Diesel. Sie schaffen da ein kleines Kunststück: Sie widersprechen sich und liegen trotzdem mit beidem falsch.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Nein, der Tankrabatt ist nicht gescheitert. Der Tankrabatt kommt bei den Menschen an. Das Ifo-Institut hat berechnet, dass dieser zu 85 bis 100 % an die Kunden weitergegeben wird. Ohne die Senkung der Energiesteuer wäre der Sprit wesentlich teurer. Das bestätigt auch das Statistische Bundesamt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Trotzdem liegen Sie daneben, lieber Herr Kollege. Trotzdem liegen Sie daneben mit Ihrer Forderung, jetzt zusätzlich noch die Mehrwertsteuer auf Benzin und Diesel zu streichen, weil das nämlich europarechtlich gar nicht geht, wie der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages erst kürzlich bestätigt hat.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Das zeigt beispielhaft, wie substanzlos Ihr Vortrag heute war. – Ampel-Bashing auf unterstem Niveau. Sie haben sogar noch den Generalsekretär der CSU unterboten, der sich wirklich redlich Mühe gegeben hat. Übrigens, Herr Kollege Huber,

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege Hagen, kommen Sie bitte zum Ende.

Martin Hagen (FDP): – bei den kleinen Wasserkraftwerken konnten wir uns durchsetzen. Da sind bayerische Interessen gewahrt.

Wir halten also fest: Die Bundesregierung handelt. Sie entlastet die Bürger. Sie hingegen beklagen eine Spaltung, die Sie selbst befeuern. Die Bürger durchschauend das.

(Andreas Winhart (AfD): Redezeit!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege.

Martin Hagen (FDP): Deswegen liegen die FREIEN WÄHLER auf Bundesebene in Umfragen bei einem Prozent.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank.

Martin Hagen (FDP): Heute haben Sie bewiesen, dass das zu Recht der Fall ist.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als Nächsten rufe ich den Abgeordneten Jochen Kohler von der CSU-Fraktion auf.

Jochen Kohler (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist doch ein Land der Solidarität und des Miteinanders. Das zeigen auch die vielen Ehrenamtlichen, die sich jeden Tag aufs Neue für unsere Gesellschaft engagieren. Fast jeder Zweite über 14 Jahre engagiert sich ehrenamtlich. Die Menschen in Bayern wissen, dass sie sich aufeinander verlassen können. Auch in der aktuellen Ukraine-Krise stehen die Menschen zueinander und – das macht es deutlich – helfen den geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainern, wo sie nur können.

Wir dürfen aber auch nicht vergessen: Unsere Gesellschaft, meine sehr verehrten Damen und Herren, steht vor enormen Herausforderungen. Die Corona-Pandemie ist noch nicht vorbei. Schon jetzt steigen die Zahlen. Wir erleben innerhalb kürzester Zeit eine enorme Steigerung der Energie- und Lebenshaltungskosten. Wir in Bayern tun unser Möglichstes. Aber um eine Spaltung der Gesellschaft verhindern zu können, ist nun die Bundesregierung gefragt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen Sie doch mal an die Supermarktkassen, an die Tankstellen oder auf die Heizkostenabrechnungen – die gestiegenen Preise sind doch derzeit überall zu spüren. Für manche Menschen sind diese Preissteigerungen ärgerlich und unangenehm, für die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger aber schlichtweg existenzbedrohend. Erschreckend ist vor allem, dass viele nicht mehr wissen, wie sie diese Rechnungen, die ihnen tagtäglich ins Haus flattern, bezahlen sollen. Es betrifft ganz besonders die Rentnerinnen und Rentner, alle, die im Niedriglohnsektor arbeiten, den kompletten Mittelstand und die Familien und die Kinder.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier müssen wir bestmöglich unterstützen und schnellstmöglich tätig werden. Mit unseren umfassenden Familienleistungen sind wir in Bayern besonders gut aufgestellt. Wir unterstützen – wir haben es heute von

der Familienministerin schon gehört – mit vielfältigen Leistungen, sei es Familiengeld, Beitragszuschuss für die Kindergartenzeit oder das Krippengeld. Für viele Familien sind diese finanziellen Hilfen eine wichtige Stütze. – Ich sage aber auch ganz klar: Es ist wichtig und richtig, dass wir beim Familiengeld nicht nach Einkommen unterscheiden; denn alle Kinder haben unsere Unterstützung verdient, meine lieben Kollegen.

Gleichzeitig ist aber auch, wie schon erwähnt, der Bund gefordert; denn die aktuelle Krise ist kein alleiniges Problem von Bayern, sondern es sind alle Bürgerinnen und Bürger in unserer Bundesrepublik betroffen. Die Entlastungspakete der Ampelkoalition haben doch gezeigt: Die beschlossenen Hilfen des Bundes und die Einmalzahlungen oder die vorübergehenden Steuersenkungen reichen einfach nicht aus.

(Florian von Brunn (SPD): Warum?)

Der Kollege Hagen hat es gerade schon erwähnt: Die Tankrabatte kommen doch beim Bürger nicht an. Der Bürger merkt doch an der Tankstelle – –

(Florian von Brunn (SPD): Die kommen an!)

– Nein, die kommen nicht an!

(Florian von Brunn (SPD): Warum machen Sie eigentlich kein Entlastungspaket in Bayern, wie wir es vorgeschlagen haben?)

Fragen Sie doch mal die Autofahrer, die an der Zapfsäule stehen, was sie zahlen müssen. Die merken doch gar nicht, dass da irgendwelche Entlastungen beschlossen wurden.

(Florian von Brunn (SPD): Haben Sie keine Ahnung? Das ist ja traurig!)

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die auf das Auto angewiesen sind, merken das, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Energiepreispauschale von 300 Euro erhalten Erwerbstätige, Selbstständige und Gewerbetreibende. Wo bleiben denn die Rentnerinnen und Rentner, die von dieser Pauschale überhaupt nichts merken? Die Wahrheit ist doch: Das Entlastungspaket des Bundes erfasst die mehr als 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner in Deutschland überhaupt nicht.

(Florian von Brunn (SPD): Was ist mit der Abschaffung der EEG-Umlage?)

Liebe Ampel-Kolleginnen und -kollegen, es reicht angesichts der enormen Preissteigerungen eben nicht, an dieser Stelle immer nur auf die Rentenerhöhungen zu verweisen. Wir brauchen deshalb Maßnahmen, von denen vor allem die Menschen mit geringerem Einkommen, die eben angesprochenen Rentnerinnen und Rentner, profitieren, die keine Leistungen aus Grundsicherung im Alter haben oder Wohngeld beziehen; denn die Rente muss für alle Generationen gerecht und verlässlich sein, liebe Kollegen. Das dürfen wir nie außer Acht lassen. Arbeiten muss sich – das sage ich ganz deutlich – für den Einzelnen lohnen.

(Arif Taşdelen (SPD): Warum haben Sie sich dann beim Mindestlohn enthalten?)

Es kann nicht sein, dass Menschen, die einer geregelten Arbeit nachgehen, am Ende des Tages weniger Geld zur Verfügung haben als Empfänger von Sozialleistungen. Deshalb müssen wir bei unseren Maßnahmen darauf achten, dass wir kein soziales Ungleichgewicht schaffen.

(Florian von Brunn (SPD): Deswegen haben wir den Mindestlohn beschlossen! 12 Euro!)

Zudem setzt die Bundesregierung die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt der letzten Jahre und Jahrzehnte aufs Spiel. Das Aussetzen von Sanktionen bei Hartz IV ist aus unserer Sicht unverantwortlich. Die Bundesregierung hat die goldene Regel der Sozialpolitik außer Kraft gesetzt: Fördern und Fordern. – Vor allem für die Beschäftigten im Niedriglohnsektor ist das in einer Zeit, die für uns alle schwierig ist, ein falsches Signal.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Sozialstaat ist so gefordert wie schon lange nicht mehr.

(Florian von Brunn (SPD): Wir haben den Mindestlohn beschlossen! 12 Euro! Da haben Sie nicht zugestimmt!)

Für viele Menschen ist die aktuelle Lage existenziell bedrohlich. Wir müssen deshalb alles tun, um deren Existenz zu sichern und die Spaltung der Gesellschaft zu verhindern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächste Rednerin: Kerstin Celina, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Titel der Aktuellen Stunde las, habe ich mich gefragt, ob Sie sich ernsthaft um unser Land sorgen oder ob Sie nicht einfach nur extrem beleidigt sind, weil Sie auf Bundesebene nicht mitschnabeln dürfen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Ja, wir haben eine Spaltung in diesem Land.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Genau! Die die Ampel befördert hat!)

Diese Spaltung hat zwei wesentliche Ursachen. Die eine ist die immer größer werdende Spaltung zwischen Arm und Reich, zwischen Menschen, die nicht nur Einkommen, sondern auch Vermögen haben, und Menschen, die weder gutes Einkommen noch Vermögen haben. – Es gibt die zweite Spaltung in unserem Land, die darauf beruht, dass Hass und Hetze statt politischen Stils Einzug gehalten haben. Sachliche Debattenfairness ist nicht mehr möglich. Daran hat die Gruppe rechts außen im Parlament einen guten Anteil. Dass diese Spaltung die Charaktere in der ganzen Gesellschaft erreicht, wissen wir alle.

Und was macht die Ampel? – Sie versöhnt.

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Beifall bei den GRÜNEN)

Sie versöhnt, indem sie die Schere zwischen Arm und Reich reduziert,

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Schere zwischen Arm und Reich! – Der Abgeordnete Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER) zeigt mit den Armen eine sich öffnende Schere)

indem sie die Belastungen für die ärmeren und die besonders belasteten Menschen in diesem Land reduziert mit einem Kinderbonus in Höhe von 100 Euro, mit einem Ticket für preisgünstigen ÖPNV in ganz Deutschland, mit einem Tankrabatt,

mit einer Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro, mit einem Hartz-IV-Bonus in Höhe von 200 Euro – alles zielgerichtet für Menschen, bei denen es knapp zugeht und die dies brauchen, um weiter ihr kleines Unternehmen halten zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu kommen weitere entlastende Maßnahmen: die Aussetzung der Hartz-IV-Sanktionen, damit aus dem Weniger nicht noch weniger wird, die BAföG-Erhöpfung, die mehr Geld und mehr elternunabhängiges BAföG bedeutet, damit junge Leute sich ein Studium leisten können. Ab 1. Juli erhalten 21 Millionen deutsche Rentnerinnen und Rentner deutlich mehr Geld. Im Westen beträgt die Rentenerhöhung 5,35 %, in den neuen Bundesländern 6,12 %. Da sagen Sie, die Ampel würde spalten!

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Den sechsfachen Energiepreis kann damit doch keiner bezahlen!)

Sie haben keine Ahnung!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das, was wir von der Ampel hier bringen, ist ein rundes Paket, das zusammenführt.

(Zuruf des Abgeordneten Ralf Stadler (AfD) – Petra Guttenberger (CSU): Ein sozial ungerechtes Paket!)

Jetzt ziehe ich mir mal eine dieser Maßnahmen raus: das 9-Euro-Ticket. Für das 9-Euro-Ticket wurde in wenigen Wochen möglich gemacht, was in Bayern seit Jahrzehnten nicht läuft, nämlich ein einfaches Tarifsysteem.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Für drei Monate!)

Eine Karte für Busse, Züge und Bahnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das 9-Euro-Ticket ist ein voller Erfolg. Die Menschen können ihre täglichen Wege, ihre zusätzlichen Wege jetzt einfach und billig machen.

(Alexander König (CSU): Die Leuten fühlen sich verarscht von Ihrem 9-Euro-Ticket!)

Es ist billig. Es ist einfach. Es wurde im ersten Monat 21 Millionen Mal verkauft.

(Unruhe – Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wie lange wird diese Erfolgsgeschichte fortgesetzt, Frau Celina? – Gegenruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD): Setzen Sie mal Ihren Koalitionsvertrag um!)

21 Millionen Menschen lassen ihr Auto stehen, nutzen den ÖPNV, fahren zur Arbeit, zu Freunden und zu Verwandten.

(Zuruf – Gegenruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD): Sein eigenes Wort zu brechen und andere zu kritisieren, ist halt sehr fragwürdig!)

21 Millionen Mal landete das Geld genau da, wo es hingehört: in den Taschen derer, die sich kein Auto leisten können, denen das Autofahren jetzt zu teuer wird und die eine Alternative gefunden haben, in den Taschen derer, die sich am Ener-

giesparen beteiligen wollen, die eine klimafreundliche Alternative gefunden haben und es sich jetzt auch leisten können.

(Zurufe von der CSU)

Wer hat am längsten Widerstand geleistet

(Alexander König (CSU): Die Partei der Großstädter, die GRÜNEN! Keine Ahnung vom ländlichen Raum!)

gegen diese immens erfolgreichen Maßnahmen? – Bayern, die CSU in Bayern. Bis wenige Stunden vor der Bundesratssitzung hat die CSU geizt.

(Walter Nussel (CSU): Aber was das für ein bürokratischer Aufwand ist, das sagt ihr nicht!)

Sie hätten beinahe blockiert. Und warum? – Weil es für Menschen in Bayern wenig attraktiv ist, weil Bayern zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern das Schlusslicht im deutschlandweiten Ranking zur Erreichbarkeit des öffentlichen Verkehrs von zu Hause ist. Bei uns in Bayern sind die Wege zum Bus am längsten. Dann bringt das 9-Euro-Ticket den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern natürlich weniger als in Hessen, das über ein sehr dichtes Netz an Haltestellen und Bahnhöfen verfügt.

(Zurufe der Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) und Ralf Stadler (AfD))

Hessen hat eben, anders als Bayern, in den letzten Jahren seine verkehrspolitischen Hausaufgaben gemacht.

(Zurufe)

Hessen hat schon längst ein Ticket für ganz Hessen. Hessen hat kurze Wege zum Bus, und der Bus fährt. In Bayern braucht man, wenn man in Aschaffenburg wohnt, in Frankfurt studiert und die Oma in Würzburg wohnt, drei verschiedene Tickets in drei Verkehrsverbänden. Da muss man ein Liebhaber des ÖPNV sein, um das auf sich zu nehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Die Ampel hat Ihnen klar gezeigt, dass es besser geht als das, was Bayern seit Jahren abliefert. Deswegen: Hut ab vor der Ampel und Glückwunsch nach Berlin!

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Vorsichtig! Das wird alles aufgeschrieben! Das kann man später mal vorlesen! – Martin Schöffel (CSU): Eine Großstadtpartei! – Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Bernhard Pohl von der Fraktion FREIE WÄHLER auf.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Celina, ich habe gerade gelernt: Frankfurt liegt in Bayern oder sollte zumindest zum bayerischen Tarifverbund gehören.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Nein!)

– Ah, nein! Okay.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Das habe ich nicht gesagt! Aber auch Bayern können in Frankfurt studieren!)

– Liebe Frau Celina, ich glaube, das Thema ist ernst genug, dass wir uns nicht fünf Minuten lang über das 9-Euro-Ticket unterhalten sollten,

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Haben wir doch gar nicht!)

sondern vielleicht die Frage stellen sollten: Wohin steuert diese Ampel? – Ich weiß, dass viele Menschen im Herbst gehofft haben, dass mit einer neuen Regierung eine neue Politik, ein neuer Geist in Deutschland einkehrt

(Zurufe der Abgeordneten Kerstin Celina (GRÜNE) und Ruth Müller (SPD))

und dass einiges besser wird als das, was die alte Regierung gemacht hat.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

Ich habe bis in den Februar hinein gesagt:

(Ruth Müller (SPD): Da war der Kriegsausbruch!)

Man muss der neuen Regierung Zeit geben. Man soll sie nicht gleich in den ersten Wochen und Monaten an ihren Fehlern und Versäumnissen messen, sondern ihr Zeit geben.

(Florian von Brunn (SPD): Anstatt dass Sie in einer schwierigen Zeit hinter der Regierung stehen, spalten Sie!)

– Herr Kollege von Brunn, Ich wäre ja besonders still an dieser Stelle. Sie regieren nicht nur jetzt, sondern Sie haben auch acht Jahre lang vorher regiert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian von Brunn (SPD): Sie spalten!)

Deswegen ist es besonders schäbig. Deswegen ist es besonders schäbig, auf die CSU zu zeigen, denn Sie waren ja wohl der zweitgrößte und zweitstärkste Koalitionspartner, die CSU der drittstärkste.

(Florian von Brunn (SPD): Als eine Partei, die nicht einmal im Bundestag vertreten ist, sollten Sie gar nichts sagen!)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bundeskanzler hat in einer – wie Sie, Kollege Hagen, sagen – der größten Krisen dieses Landes eine durchaus beeindruckende Rede zur Zeitenwende gehalten. Und was kam danach? – Nichts!

(Florian von Brunn (SPD): Präsident Biden sieht das ein bisschen anders!)

Die Zeitenwende ist bislang nichts anderes als eine Worthülse. Dieser Bundeskanzler, der selber sagt, wir steuern auf eine lang anhaltende und andauernde Krise zu, dieser Bundeskanzler nimmt immer noch nicht sein verfassungsmäßiges Recht der Richtlinienkompetenz wahr, sondern lässt es zu, dass ein vielstimmiger Gemeinschaftschor – mal von der FDP, mal von den GRÜNEN, mal von den Jusos – die Politik beherrscht. Aber Führung, meine Damen und Herren, Führung in diesem Land sieht anders aus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian von Brunn (SPD): So ein Unsinn!)

Der Eindruck verstärkt sich, dass Olaf Scholz – Vizekanzler unter Angela Merkel – immer noch nicht in seinem Amt angekommen ist. Er ist immer noch Vizekanzler von Angela Merkel – nur dass die Kanzlerin nicht mehr da ist! Und das spürt man schmerzlich.

(Zuruf: Bravo!)

Meine Damen und Herren, wir steuern auf einen schweren Winter zu. Aber ich frage mich: Wo ist der Bundeskanzler? – Der Bundeskanzler ist abgetaucht.

(Widerspruch bei der SPD – Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD) – Alexander König (CSU): Vielleicht spart er Energie!)

Man hört und sieht nichts.

(Florian von Brunn (SPD): Was reden Sie denn für einen gequirkten Unsinn!)

Und dann höre ich von Ihrer Seite auch noch: Ablenkungsmanöver! Ja, was tut denn die Bayernkoalition? Was tut denn der Wirtschaftsminister?

(Florian von Brunn (SPD): Ich weiß nicht, wann Sie zum letzten Mal den Fernseher eingeschaltet haben! – Ludwig Hartmann (GRÜNE): Er ist morgen in Bayern!)

– Ja, der Wirtschaftsminister hat gestern bekannt gegeben, dass er es geschafft hat, die Maxhütte in der Oberpfalz zu retten und damit wichtige Industriearbeitsplätze in diesem Land zu halten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Das ist Anpacken, das ist Verantwortung in schwerer Zeit

(Florian von Brunn (SPD): Sie sind verantwortungslos!)

und nicht nur Sprechblase: Zeitenwende. – Ja, und dann kommt die FDP, die FDP, die immer und immer gesagt hat: Ja, wir sind die Hüter der Wirtschaft und die Hüter von stabilen Staatsfinanzen. Deswegen habt ihr euch ja auch das Finanzministerium genommen. Und was ist? – Tja, Christian Lindner wird zum Schuldenminister. Er wird in die Geschichte dieses Landes eingehen als derjenige,

(Florian von Brunn (SPD): Aber Hauptsache, Bernhard Pohl weiß, wie es geht! Das ist doch lächerlich!)

der die größte Staatsverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu verantworten hat.

(Florian von Brunn (SPD): Dass Sie hier Lehren und Ratschläge erteilen wollen, ist wirklich ein Witz!)

– Ja, lieber Kollege von Brunn, die Pawlow'schen Reaktionen helfen nichts. Sie lenken nicht davon ab, dass ihr eurer Verantwortung in keiner Weise gerecht werdet.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Warum beantragen wir diese Aktuelle Stunde? –

(Lachen bei den GRÜNEN – Martin Hagen (FDP): Gute Frage!)

Das hat mit Parteipolitik überhaupt nichts zu tun.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist Spaltung und Blödsinn, den Sie hier verbreiten!)

– Lieber Herr von Brunn, das hat damit zu tun, dass wir uns sorgen. Wenn der Bund nicht funktioniert, dann können wir in Bayern halt auch vieles nicht machen. Dann werden wir das in Bayern schmerzlich spüren. So gut kann die Koalition –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, Ihre Zeit ist vorüber.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): – aus FREIEN WÄHLERN und CSU gar nicht sein, um diese vielen handwerklichen Fehler der Koalition in Berlin auszubügeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Ich rufe als nächste Rednerin die Abgeordnete Kerstin Schreyer von der CSU-Fraktion auf.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe zu, man kommt schon ein bisschen in Wallung, wenn Frau Celina sagt, dass die Ampel versöhnt.

(Heiterkeit bei der CSU)

Ich gebe offen zu: Ich finde den Ansatz schon sehr spannend. Als Beispiel nennt sie das 9-Euro-Ticket.

(Zuruf)

Mit Verlaub: Das 9-Euro-Ticket ist das beste Beispiel dafür, dass sie eben nicht versöhnt, und zwar aus folgendem Grund: Wenn sie wirklich hätte versöhnen wollen, dann hätten wir mehr Regionalisierungsmittel bekommen; dann könnte das Ministerium entsprechend ausweiten und in ganz Bayern ein besseres Angebot machen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Jürgen Mistol (GRÜNE): Sie wollten ja nicht!)

Damit gäbe es die Möglichkeit, wirklich zu versöhnen, indem nämlich überall auf dem Land ein entsprechendes Angebot vorhanden wäre.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei den GRÜNEN – Zurufe)

Von Frau Schulze wurde als ein Beispiel der Versöhnung das Familiengeld mit einer Staffelung angesprochen. – Nachdem ich zu dem Zeitpunkt in der Rolle war, das Familiengeld einführen zu dürfen, kann ich Ihnen nur sagen: Sie können das schon einkommensgetreu staffeln. Dann brauchen Sie halt so viel Geld für die Bürokratie, anstatt es einfach jedem zu geben.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das ist doch ein Schmarrn!)

Man muss sich entscheiden, entweder in die Bürokratie zu investieren oder entsprechend in Familien. Die CSU-Fraktion und die FREIEN WÄHLER investieren lieber in die Familien.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben gefragt, welches Konzept denn da ist. Sie kennen den 15-Punkte-Plan des Parteivorstandes der CSU. Hier wurde sehr deutlich gesagt, welche Entlastung es braucht – angefangen bei der Pendlerpauschale. Gerade weil Bayern ein Flä-

chenland ist, müssen wir natürlich die Pendlerpauschale anheben. Klar ist auch: Die Regionalisierungsmittel müssen erhöht werden, damit im ganzen Land ein gutes Verkehrsangebot gegeben ist.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Dann geht es auch um die Stromsteuer. Aber natürlich wird es auch um die Frage der Einkommensteuer gehen. Dahin gehend kann die Ampel in Berlin ganz viel tun.

Wenn ich im Übrigen in den Herbst schaue, dann sehe ich: Die sozialen Fragen werden uns alle beschäftigen. Wir werden eine Spaltung in der Gesellschaft haben zwischen denen, die sich die Energiekosten noch leisten können, und denen, bei denen es wirklich knapp wird. Wir haben ja letztes Mal schon darüber diskutiert. Wenn wir uns die Pauschalen anschauen, dann stellen wir fest: Diejenigen Rentnerinnen und Rentner, die eben nicht zusätzlich arbeiten, werden benachteiligt. Genauso ist es bei den Studierenden. Wenn das soziale Gerechtigkeit sein soll, dann muss ich vorhersagen: Die Ampel wird als die Regierungskoalition der sozialen Kälte in die Geschichte eingehen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ich hoffe sehr, dass die Ampel umsteuert und endlich wieder die Wirtschaft und die Menschen in den Blick nimmt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Fortschritte in den Abgrund!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

Das Präsidium hat sich gerade über den weiteren Fortgang in der Tagesordnung beraten.

(Zuruf)

Es ging um die Frage, ob wir nach Abschluss dieses Tagesordnungspunktes den Tagesordnungspunkt 4, den Gesetzentwurf zur Ersten Lesung, aufrufen.

Vorher rufe ich noch **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung
über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht
einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist Zustimmung aller Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Verehrte Damen und Herren, wir haben nun 18:35 Uhr. Wir haben noch die Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften auf der Tagesordnung. Der Minister Glauber ist hier und würde diesen Gesetzentwurf noch einbringen. Er hat

mir signalisiert, dass er im Anschluss nicht mehr reden würde. Deshalb würde ich nur ungern eine halbe Stunde vor Ende der offiziellen Zeit die Sitzung schließen. Ich schlage Ihnen vor, die Erste Lesung noch mit dem Zusatz durchzuführen, dass wir zum Schluss – darüber würde ich abstimmen lassen – den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz als federführendem Ausschuss überweisen. Darüber würde ich jetzt abstimmen lassen, weil nach 19:00 Uhr keine Abstimmung mehr durchgeführt werden kann. Wenn hiermit Einverständnis erklärt wird, würden wir beschließen, dass wir den Gesetzentwurf dem Umweltausschuss überweisen und dann mit der Ersten Lesung beginnen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das sehe ich nicht. Dann machen wir das so.

Ich frage also zuerst ab, ob wir den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz als federführendem Ausschuss überweisen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLERN, der AfD, der SPD und der FDP. Fraktionslose Abgeordnete sehe ich nicht.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes und weiterer
Rechtsvorschriften (Drs. 18/23363)
- Erste Lesung -**

Begründung und Aussprache werden nicht miteinander verbunden. Zur Begründung erteile ich dem Staatsminister Thorsten Glauber das Wort. Die Redezeit beträgt fünf Minuten. Die Staatsregierung ist aber natürlich frei. Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Herr Präsident, vielen Dank für die Erteilung des Wortes und das kollegiale und pragmatische Umgehen mit dem Tagesordnungspunkt in Bezug auf die Zeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Freistaat Bayern übernimmt in Bezug auf das Klimaschutzgesetz 2.0 Verantwortung. Wir alle spüren besonders dieser Tage den Temperaturanstieg und die Trockenheit. Wir sehen auch Starkregenereignisse und erahnen natürlich auch das Abschmelzen unserer Gletscher bis zum Jahr 2030. Wir sehen damit die Herausforderung, dass wir den Klimaschutz gemeinsam betreiben müssen.

Der Klimaschutz ist nicht eine Aufgabe des Freistaates Bayern allein; die Länder können ihn nicht allein bewältigen. Der Klimaschutz ist eine Aufgabe, die der Bund und die Länder Hand in Hand angehen müssen. Der Bund hat sich darauf verständigt, bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu werden. Die Regierungsfractionen in Bayern haben sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, Bayern in Begleitung des Bundes bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu machen. Das ist unsere Aufgabe. Wie wollen wir als Land das Hand in Hand mit dem Bund gemeinsam hinbekommen? – Indem wir die erneuerbaren Energien maximal ausbauen. Jedem muss klar sein: Wer ein Klimaschutzgesetz aktiv leben will, braucht den substanziellen Ausbau der erneuerbaren Energien.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diesen Rahmen für den substanziellen Ausbau erneuerbarer Energien haben wir innerhalb der Ministerien mit dem Kollegen aus dem Bauministerium und der Kollegin aus dem Landwirtschaftsministerium sowie natürlich mit dem Wirtschaftsministerium im Schulterschluss so vorbereitet, dass wir als Land in Zukunft die Ziele Hand in Hand mit dem Bund gemeinsam in Bayern erreichen. Das zu sagen, ge-

hört auch dazu, wenn man die Kritik hört, die in den letzten Tagen geäußert worden ist: Bayern sei beim Ausbau der Windkraft zu langsam, und man müsse hier anders vorgehen. Immerhin hat Bayern eine Gebietskulisse von 0,6 % der Landesfläche für die Windkraft ausgewiesen. Es gibt viele andere Länder um uns herum, die, obwohl anders regiert, prozentual eine deutlich geringere Gebietskulisse haben. Kritik kann man üben, man sollte aber zuallererst bei sich selbst Verantwortung übernehmen, bevor man mit dem Finger auf andere zeigt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir gehen das Thema natürlich an. Wir bauen die erneuerbaren Energien aus, indem wir die Windkraft neu aufstellen. Wir wollen die Windkraft entlang der Autobahnen, der ICE- und Gleisstrecken, an vierspurigen Straßen in einer Gebietskulisse von 500 Metern deutlich zubauen. Wir wollen in den Waldgebieten einen deutlichen Zubau sowie auch auf Vorrang- und Vorbehaltsflächen. Wir werden das selbstverständlich umsetzen. Wenn es Hand in Hand mit dem Bund gelingt, dass wir in Landschaftsschutzgebieten die Möglichkeit haben, werden wir diese wahrnehmen und damit auch alle Vorgaben einhalten, damit wir unsere Ziele in Bayern in Bezug auf den Windkraftausbau erreichen.

Gleichzeitig ist natürlich das Thema erneuerbare Energie durch Photovoltaik im Sonnenland Bayern eine ganz zentrale Frage. Wir haben gesagt: Wir haben eine Vorbildfunktion auf staatlichen Dächern. Es gibt Verantwortung für kommunale Gebäude und gewerbliche Gebäude. Ein nächster Baustein sind private Gebäude, die mit einer Soll-Vorschrift hinzugenommen werden sollen, damit wir es gemeinsam hinbekommen, das Sonnenland Bayern darzustellen.

Unser Ziel ist es, bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu werden. Wir haben ein Minderungsziel von 65 % bis zum Jahr 2030. Dabei hat der Staat natürlich die Vorbildfunktion, dies in den Ministerien bis zum Jahr 2023 und in den nachgelagerten Bereichen bis zum Jahr 2028 zu erreichen.

Wir haben eine Landesagentur für Energie und Klimaschutz geschaffen, um die Kommunen über die Energieagenturen in Aktion zu bringen. Wir haben im neuen Klimaschutzgesetz – nicht in der Landkreisordnung, sondern im Klimaschutzgesetz – Folgendes veranlasst: Wir haben Kommunen – Landkreise und Bezirke – für die Zukunft ermächtigt, Energie zu gewinnen. Damit entsteht eine komplett neue Partnerschaft in der Energiegewinnung. Durch Landkreise und Bezirke als Energieerzeuger wird auch die Akzeptanz nach draußen in die Fläche getragen.

Eines muss klar sein: Den Klimawandel zu meistern, funktioniert. Das ist doch immer wieder die Forderung, die ich höre: Das muss doch der Freistaat alles anordnen. – Er muss vor allem aber die Menschen mitnehmen. Er muss bei den Menschen für Akzeptanz sorgen. Man muss die Menschen dafür gewinnen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Deshalb wollen wir die Gebietskulisse so groß machen, dass wir dies gemeinsam hinbekommen. Wir haben eine Steuerungsgruppe eingerichtet. Die Steuerungsgruppe aus der Staatskanzlei und den Ministerien wird diese 150 Maßnahmen in fünf Sektoren so steuern, dass wir gemeinsam tatsächlich eine Leitplanke haben, um die Zielerreichung immer wieder nachzuvollziehen. Das heißt, dass wir in Zukunft eine jährliche Berichterstattung durchführen, um im Prinzip zu sehen, wie weit wir vorangekommen sind.

Die fünf Sektoren habe ich angesprochen. Dazu gehören die Themen erneuerbare Energien, Stromversorgung, natürliche CO₂-Speicher, das Klimabauen, die Klimarchitektur, die smarte und nachhaltige Mobilität sowie natürlich auch Cleantech,

Green IT und Klimaforschung. Das alles ist wichtig; denn eines ist ganz klar – das will ich einmal in diesem Parlament heute sagen –: Wir sprechen sehr viel über die Energiewende und das, was am Ende in Zukunft an Klimaschutz vollzogen werden muss. Wir haben eine Zeitenwende. Die erneuerbaren Energien sind Friedensenergien. Diese Zeitenwende bedeutet, dass am Wirtschaftsstandort Bayern die Zukunft und die Arbeitsplätze über die erneuerbaren Energien gestemmt werden. Das bedeutet Unabhängigkeit und gibt uns die wirtschaftliche Freiheit, um Arbeitsplätze hierzubehalten. Cleantech, Klimaforschung und Green IT sind die Standards, die wir brauchen, um in Zukunft die Arbeitsplätze hier zu haben.

Ich möchte an Sie appellieren: Wenn Sie in dieser Woche zu Hause eine Schule besuchen, dann werben Sie dafür, dass unsere Jugendlichen einen technischen Beruf erlernen. Nicht nur der blühende Bau muss herzensgänglich sein. Auch die Technologie muss herzensgänglich werden. Wer glaubt, das nur über Naturfaktoren zu schaffen, der wird es nie schaffen. Wir sind ein Hightech-Land. Deshalb bin ich davon überzeugt: Nur wer die Akzeptanz für Technologie und Fortschritt schafft, wird am Ende den Klimawandel meistern. Dies ist in unserem Klimaschutzgesetz angelegt. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Verehrte Damen und Herren, ich habe den Wunsch nach einer Zwischenbemerkung bemerkt. Herr Friedl, halten Sie diesen Wunsch aufrecht?

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ich hatte eine Zwischenbemerkung angemeldet! – Gegenruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD): Sie laufen doch hier rum!)

Mir wird gerade gesagt, dass dies die Begründung und keine Aussprache gewesen ist. Deshalb gibt es auch keine Zwischenbemerkungen. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im April 2021 hatte Ministerpräsident Dr. Markus Söder eine Generalrenovierung des Bayerischen Klimagesetzes angekündigt. Vorausgegangen war das bahnbrechende Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Wir haben jetzt über ein Jahr gewartet. Heute hat die Staatsregierung endlich ein Klimaschutzgesetz vorgelegt. Herr Umweltminister Glauber hat es in wenigen Minuten heruntergerattert. Was ist das? – Ein Klimaschutzgesetz kann man das nicht nennen. Der Gesetzentwurf, den wir heute vor uns haben, enthält keine verbindlichen Maßnahmen, keinen Zeitplan und nichts Handfestes. Das ist keine Generalrenovierung. Der Ankündigungsministerpräsident Markus Söder macht mal wieder seinem Namen alle Ehre. Das ist nur Pfusch am Bau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist in diesem vergeudeteten Jahr nicht alles passiert? – Wir hatten Hochwasserkatastrophen im Ahrtal und in Bayern, neue Hitzerekorde, Trockenheit, Dürre, den Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine und den Weltklimabericht. Wir hatten Waldbrände und erst vor Kurzem Gletscherabbrüche. Keine Woche vergeht ohne neue Schreckensmeldungen und ohne neue Rekorde. Ein Klimaschutzgesetz, das zu diesem Zeitpunkt und in dieser Situation vorgelegt wird, muss doch diese Probleme aufgreifen. Dieses Gesetz muss doch eine Abkehr von fossilen Energieträgern und eine Energiewende, eine Wärmewende und eine Verkehrswende einleiten. Die Menschen hier in Bayern und in Deutschland wären dazu bereit. Die Staatsregierung lässt jedoch dieses Momentum und diese Möglichkeiten komplett links liegen. Sie ergreifen diese Chance nicht. Ich sage ganz klar: Die Nicht-

nutzung dieser Chance ist fatal und ein Vergehen an den kommenden Generationen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vergleichen wir das alte Gesetz mit dem neuen Entwurf, stellen wir fest, dass das alte Gesetz nur um eine Handvoll neuer Punkte ergänzt wurde. So wurde das 65-Prozent-Ziel genannt. Das ist aber nur getrickst; denn Bayern rechnet diese Zahl pro Kopf. Das Bundes-Klimaschutzgesetz spricht von 65 % insgesamt. Bayern unterschreitet somit noch einmal das Bundes-Klimaschutzgesetz, das die CSU mitbeschlossen hat. In Bayern wären es dann eigentlich nur 60 %.

Die Aussage "klimaneutral bis 2040" hört sich zunächst einmal gut an. Herr Glauber, dadurch, dass in dem Gesetz keine Maßnahmen stehen, ist das nur ein leeres Versprechen. Der Koordinierungsstab soll erst 2025 eine erste Evaluierung durchführen. Der Punkt "Erneuerbare Energien im öffentlichen Interesse" wurde von der Bundesregierung abgeschrieben. Dann gibt es noch die Solarpflicht für das Gewerbe. Was Sie hier vorlegen, ist wirklich maximal dünn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Liste der Punkte, die fehlen, ist dafür umso länger. Die Bundesländer haben Zuständigkeiten beim Thema Kommunalrecht. Ist in diesem Gesetz etwas zu den Themen Kommunen und Klimaschutz enthalten? – Nein. Es gibt wieder nur Empfehlungen. Die Klimalotsen wurden sogar gestrichen. Zur Regionalplanung ist in dem Gesetzentwurf nichts ausgesagt. Wir könnten zum Beispiel Ausweisungen für Solar und Wind festlegen. Nichts dazu steht im neuen Klimaschutzgesetz. Wir hätten über das Baurecht die Zuständigkeit für die Wärme. Hierzu ist in dem Gesetzentwurf lediglich ein Halbsatz enthalten. Die Verbände kritisierten schon vor drei Jahren beim alten Klimaschutzgesetz, dass darin keine Verbindlichkeit, keine Maßnahmen und keine Erfolgskontrollen festgeschrieben seien. Diese Kritik können sie jetzt wiederholen. Davon ist auch im neuen Entwurf nichts enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Klimaschutzprogramm wurde auf 150 Maßnahmen aufgebläht. Darunter befinden sich so tolle Maßnahmen wie die Mitgliedschaft in der Bodensee-Konferenz und die Allianz für Entwicklung und Klima des Bundesentwicklungsministeriums. Das ist mehr als ein Witz. Andere Maßnahmen wie das Pilotprojekt zur Dekarbonisierung sind mit null Euro hinterlegt. Das gilt auch für die 100 Windräder, die es seit 2019 im Staatsforst geben soll. Hier wurde nichts getan.

Sehr geehrte Damen und Herren, gerade von der CSU und den FREIEN WÄHLERN, mit einem Teelöffel kann man kein Meer auslöffeln. Dieser Entwurf hat nicht den Namen Klimaschutzgesetz verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben gezeigt, wie es geht. Wir haben ein eigenes grünes Klimagesetz geschaffen. Sie können da noch einmal hineinschauen. Wir haben eine Studie mit 23 Maßnahmen vorgelegt. Mit diesen 23 Maßnahmen könnten Sie 50 % der notwendigen Reduktionen erreichen. Lesen Sie das einmal nach! Interessant war es schon in der letzten Woche am Dienstag bei der Vorstellung im Hofgarten. Die Windkraft war da das ganz große Thema. In diesem Gesetzentwurf findet sich nichts dazu. Nicht einmal jetzt, in dieser enormen Klima- und Energiekrise, schaffen Sie es, von Ihrer verbohrtten Haltung zu 10 H abzurücken. Jetzt muss sich die Staatsregierung dem Beschluss aus Berlin beugen. Das Wind-an-Land-Gesetz

wird in dieser Woche beschlossen. Danke an Robert Habeck und danke an die Ampel-Regierung: 10 H ist endlich Geschichte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern die Staatsregierung und Sie von der CSU und den FREIEN WÄHLERN auf, über die Sommerpause Ihre Hausaufgaben zu machen. Sie sollten wenigstens drei Punkte umsetzen: Erstens. Schreiben Sie Ihre Ankündigung, die Leistung der erneuerbaren Energien bis 2030 von 40 Terawattstunden auf 80 Terawattstunden zu erhöhen, im Artikel 5 fest. Zweitens. Im Regionalplan sollten 1 % der Flächen für Solaranlagen und 1,8 % der Flächen für die Windkraft festgelegt werden. Der dritte Punkt betrifft den Stufenplan für die vermieteten Gebäude in Bayern. Das wäre das Mindeste an verbindlichen Maßnahmen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wir fordern Sie zu einer echten Generalrenovierung des Klimaschutzgesetzes auf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Eric Beißwenger von der CSU-Fraktion. Bitte schön.

Eric Beißwenger (CSU): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Auch wir in Bayern sind natürlich vom Klimawandel und all seinen Folgen betroffen. Klimaschutz gehört zu unseren großen Aufgaben, politisch, gesellschaftlich, aber natürlich auch wirtschaftlich. Die besondere Bedeutung des Klimaschutzes erfordert daher eine landesgesetzliche Regelung. Herr Stümpfig, Sie sagen, der vorliegende Gesetzentwurf sei ein "Teelöffel". Das finde ich absurd. 22 Milliarden Euro sehe ich nicht als Teelöffel an.

(Beifall bei der CSU – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Ich weiß sehr wohl, dass die externen Kosten sehr hoch wären, wenn wir das nicht so umsetzen würden. Ich glaube aber auch nicht, dass wir mit den Investitionen die Kosten des Klimawandels maßgeblich aufhalten können. Da werden schon noch gewisse Anpassungsmaßnahmen auf uns zukommen, und zwar ganz gewaltige. Der Minister hat es bereits angesprochen: Die Energiewende ist hier ein ganz wichtiger Gesichtspunkt. Herr Stümpfig, ich habe aber wesentlich mehr Vertrauen als Sie. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir bei der Windkraft, der Photovoltaik und der Wasserkraft, die Sie ausgeklammert haben, die aber annähernd grundlastfähig wären, weiterkommen können. Die Installation von Solaranlagen auch auf Dächern zu forcieren – ich sage bewusst: auch auf Dächern, weil dort noch genug Platz ist, und spreche nicht nur von Freiflächenanlagen, von denen ich auch kein Feind bin – –

(Toni Schuberl (GRÜNE): Auf staatlichen Dächern wäre noch viel Platz!)

– Ja, da gebe ich Ihnen recht. Auf staatlichen Dächern ist extrem viel Platz.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Ja, dann fangt's halt einmal damit an!)

Auch da kommen die Initiativen von privater Seite, auf staatlichen Dächern Photovoltaik zu installieren. Auch hier können wir einen großen Wurf machen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Ach!)

Es wird eine Bestimmung in das Bayerische Klimaschutzgesetz aufgenommen, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien sowie der dazugehörigen Nebenanlagen in überragendem öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Ziel ist es, die erforderlichen Planungs- und Genehmigungsverfahren zu erleichtern, indem die Bedeutung des Klimaschutzes im Rahmen der zu treffenden Abwägungsentscheidungen gestärkt wird; darum geht es doch! Das gilt übrigens für alle Faktoren; das heißt: Man kann nicht nur bei der Windkraft die Artenvielfalt ausklammern, sondern sollte eventuell auch die Wasserkraft noch einmal bei dem Ganzen bedenken.

(Florian von Brunn (SPD): Das hat die Koalition in Berlin doch erst heute eingebracht! – Toni Schuberl (GRÜNE): Macht doch!)

Das Umweltministerium wird beauftragt, den Ausgleich der Treibhausgasemissionen für die Staatsregierung ab 2023 für das jeweilige Jahr jährlich umzusetzen, das heißt durchaus auch messbar, und zu dokumentieren.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Das Gesetz wird durch ein 150 Punkte umfassendes Bayerisches Klimaschutzprogramm mit fünf zentralen Aktionsfeldern flankiert: erneuerbare Energien und Stromversorgung, natürliche CO₂-Speicherung, Klimabauen und Klimaarchitektur, smarte und nachhaltige Mobilität sowie Cleantech, Klimaforschung und Greentech. Das Programm sieht zum Beispiel auch den Bau von 70.000 Ladesäulen für E-Autos vor. Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Umgang mit Wasser. Während etwa in Franken die Gefahr von Dürren steigt, muss andernorts auf Hochwasser und Sturzfluten reagiert werden.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Ich will nur noch einmal betonen: Wir betreiben den Klimaschutz ohne ideologische Vorgaben.

(Florian von Brunn (SPD): Welchen Klimaschutz betreiben Sie?)

Deshalb bedenken wir auch alles, denken beispielsweise auch über eine Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken nach und wollen nicht nur die Laufzeit von Braun- und Steinkohlekraftwerken verlängern,

(Alexander König (CSU): Genau!)

weil uns die Energiezufuhr für unsere Bevölkerung und die Wirtschaft wichtig ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Florian von Brunn (SPD): Ihr habt das mit dem Strom und der Wärme nicht verstanden!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte noch am Mikrophon. – Es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen. Die erste macht Prof. Dr. Ingo Hahn. Bitte schön.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Beißwenger von der CSU, Sie haben gerade gesagt, wie wichtig Ihnen sozusagen das Management des Klimawandels ist. Im Gegensatz zum Weltklima ist der anthropogene Einfluss auf das Mikro- und Lokalklima klar fassbar. Treiber sind Flächenversiegelung, Entwaldung, Rodung und Wärmeinseleffekte. Sie haben sich besonders durch Ihre Energiewende hin zu den sogenannten erneuerbaren Energien sehr verstärkt. Sie treiben jetzt eine Industrialisierung unserer Landschaft voran; denn Windkraft- und Photovoltaik-Großanlagen führen zu weiterer Flächenversiegelung und Waldzerstörung – es werden Wälder abgerodet –, wodurch die dämpfende Kühlwirkung der Vegetation

ebenfalls zerstört wird. Wie erklären Sie, dass gerade durch Ihre fragwürdige Klimapolitik, die Sie heute mit diesem Gesetz zementieren wollen, lokale Temperaturen angeheizt werden?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön.

Eric Beißwenger (CSU): Danke, Herr Prof. Hahn. Sie haben es wohl nicht ganz verstanden; denn mir ist bisher verborgen geblieben, wie man mit Freiflächenphotovoltaik die Fläche tatsächlich versiegelt. Tatsächlich stehen die Photovoltaikanlagen sozusagen auf Grünlandflächen. Es gibt daher mehrere Effekte; weil Sie die Photovoltaik angesprochen haben: Man kann mit dem darunterliegenden Grünland die Artenvielfalt fördern. Man fördert die CO₂-Speicherung und erzeugt oberhalb Energie. Daher sehe ich nicht, worauf Sie hinauswollen.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Stümpfig. – Bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Beißwenger, der Endenergieverbrauch in Bayern ist seit 2010 um 5,5 % gestiegen, der Ausbau der erneuerbaren Energien gerade einmal um 3 %. Die Staatsregierung hat es also nicht einmal geschafft, den zusätzlichen Energieverbrauch über den Zubau von erneuerbaren Energien zu decken. Das heißt: Der Öl- und Gasverbrauch in Bayern steigt weiter an. Wir erwarten uns von einem Klimaschutzgesetz eigentlich quantifizierte Maßnahmen, durch die wir eben von Öl und Gas wegkommen und wirklich CO₂-Emissionen reduzieren. Wo sind im Klimaschutzprogramm oder Klimaschutzgesetz wirklich quantifizierbare Anteile enthalten bzw. wann schaffen Sie endlich einmal eine Trendumkehr, damit wir nicht noch mehr Öl und Gas verbrauchen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön.

Eric Beißwenger (CSU): Vielen Dank für die Frage. Ich sehe durchaus auch, dass wir ein Mehr an Energie generell verbraucht haben. Das hat natürlich mit dem Bevölkerungszuwachs, aber auch mit dem Wirtschaftswachstum zu tun. Es ist völlig klar, dass man da auch mehr Energie braucht, übrigens nicht nur zum Heizen und für Strom; auch die Industrie braucht sehr viel. Das lässt sich übrigens auch nicht ohne Weiteres ersetzen. Wenn man Gas durch Wasserstoff ersetzen will, dann braucht man noch viel mehr Strom, den man erst einmal erzeugen muss. Ich bin der Meinung, dass wir einen großen Schluck aus der Pulle der erneuerbaren Energien nehmen müssen; insofern gebe ich Ihnen recht. Ich bin aber auch der Meinung, dass wir das Ganze ideologiefrei diskutieren sollten, zum Besten unserer Bevölkerung und unserer Wirtschaft.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. Es gibt keine weiteren Zwischenbemerkungen. – Ich rufe Herrn Prof. Dr. Hahn von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Wertes Präsidium, liebe Bayern!

(Ruth Müller (SPD): Und Bayerinnen!)

Ich zitiere aus dem Gesetzentwurf der CSU und der FREIEN WÄHLER: "Durch die Umsetzung des Gesetzes zur Verwirklichung der Minderungsziele entstehen erhebliche Kosten." – Wir Deutsche leiden unter den steigenden Kosten. Die Energiepreise werden täglich unbezahlbarer. Für uns selbst bleibt immer weniger Geld zum Leben übrig. Die Armutsgefahr unserer Leute liegt mit über 20 % höher als etwa in Frankreich, wo aber weit weniger eingezahlt wird. Wohneigentum hat auch nur jeder zweite Deutsche, in der EU dagegen über zwei Drittel der Bürger. Dafür muss der Deutsche mittlerweile bis zum Alter von 67 arbeiten, während der Franzose ab dem 62. Lebensjahr bei vollem Ausgleich in Rente gehen kann.

Trotzdem sind wir mit über 15 Milliarden Euro bei Weitem der größte Nettozahler der EU. Meine Damen und Herren, Armut und Ungerechtigkeit treffen den deutschen Bürger. Deutsche Arbeitnehmer müssen um ihre Jobs bangen, obwohl ihre Gehälter mit der rasant steigenden Inflation ohnehin nicht mithalten können. Meine Damen und Herren, wir stehen vor der größten Krise, die die Menschen dieser Republik je gesehen haben. Ihnen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN fällt nichts Besseres ein, als der Ampel-Politik hier in Bayern den Weg zu ebnen

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das hat der Kollege von Brunn aber vorher ganz anders eingeordnet!)

und damit die fortschreitende Enteignung unserer Bürger per Klimagesetz in Beton zu gießen.

(Allgemeine Unruhe)

Zum Gesetz selbst: Erstens hilft es weder dem Klima noch sonst irgendjemandem, wenn die Verwaltung weiter aufgebläht wird. Weit über 100 Stellen sollen für den Bürokratieapparat geschaffen werden. Pöstchen für Lobbyisten eben! Zweitens wird wieder einmal auf Zwang und nicht auf Freiwilligkeit gesetzt. Es gibt die Einführung einer Solardachpflicht für öffentliche Gebäude und – hört! – für private Neubauten. Drittens sollen staatliche Eingriffe in die Privatwirtschaft über das Argument der öffentlichen Sicherheit erfolgen. – Selbst Sie, Herr Aiwanger in Absenz, sagten einmal, dass erneuerbare Energien nicht zur Versorgungssicherheit beitragen. Viertens wollen Sie eine stärkere Überwachung privater Feuerstätten und Energieeffizienzen und damit den Eingriff in den privaten Immobilienbereich. Das ist Planwirtschaft und Ökosozialismus aus schwarz-oranger Feder. Voilà!

Sie wollen nun schon ab 2040 Klimaneutralität. – Herr Reiß, ist das wahr? Dafür ziehen Sie die Daumenschrauben für die zahlenden Bürger weiter an. – Herr Dr. Mehring, Sie wollen Vorreiter sein und von Deutschland aus die ganze Welt retten?

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Von Bayern aus!)

Das funktioniert aber nicht; besonders dann nicht, wenn die Welt nicht mitmacht und andere dagegen immer mehr Energie verbrauchen. Wir von der AfD wollen jedenfalls nicht mit Ihnen zurück in Ihre CO₂-neutrale Steinzeit.

Ich fasse zusammen: Mit dem Gesetz, das auch von der rot-grün-gelben Ampel im Bund kommen könnte – vielleicht sind die GRÜNEN ganz neidisch –, werden Sie sicher nicht das Klima retten; denn das Bayerische Klimaschutzgesetz ist ein Gesetz von oben. Es zielt nicht darauf ab, den Bürger energieunabhängiger zu machen, sondern darauf, die staatliche Kontrolle auszubauen und stärker in privatwirtschaftliche Belange einzugreifen. Gerade der Natur- und Umweltschutz findet keinen Einzug in den Gesetzentwurf. Stattdessen wird er zugunsten einer angeblichen öffentlichen Sicherheit geopfert.

Meine Damen und Herren, zu all dem sagen wir, die AfD, das kleine gallische Dorf des normalen Menschenverstandes, der Vernunft und des wahren Naturschutzes: Nein, danke.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Benno Zierer. Bitte, Herr Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Klimapaket II steckt sich der Freistaat neue, ambitionierte Ziele bei der Reduzierung von Treibhausgasen und beim Weg in die Klimaneutralität. Wir wollen nicht nur im Gleichschritt mit der EU und dem Bund marschieren, sondern einen Schritt voraus sein.

Die Zielmarken muss ich nicht mehr im Einzelnen aufzählen. Entscheidend ist, dass mit dem überarbeiteten Klimaschutzprogramm der Werkzeugkasten vorhanden ist, um diese Ziele zu erreichen. Das Programm wurde gezielt weiterentwickelt und umfasst rund 150 Maßnahmen. Ohne diesen Werkzeugkasten sind alle Klimaziele nur Zahlen auf dem Papier. In diesem Werkzeugkasten steckt viel drin, vom Vorschlaghammer bis zur Pinzette für Feinmechaniker, von der Reform bei 10 H bis zum Pilotprojekt für urbanen Gartenbau. Der Dank unserer Fraktion gilt vor allem den Ressorts, die ihre Ideen beigesteuert haben, und natürlich dem Haus von Umweltminister Thorsten Glauber, das hier die Federführung hatte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein großer Schwerpunkt liegt im Bereich der Stromversorgung. Die Ereignisse im Zuge des Ukraine-Krieges und die Gaskrise haben neue und ungeahnte Herausforderungen gebracht. Der Spagat zwischen sicherer Versorgung und Klimaschutz wird noch schmerzhafter. Kohle, der zweifellos größte Klimakiller, wird wieder eine größere Rolle spielen – leider.

Die Krise muss aber auch Beschleuniger für den Ausbau der erneuerbaren Energien sein. Dafür schafft der vorliegende Gesetzentwurf Grundlagen, zum Beispiel mit der Solarpflicht bei Gewerbebauten. Im Klimaschutzprogramm ist der Ausbau der Agri-Photovoltaik vorgesehen. Ich bin mir sicher, dass es ein attraktives Modell für viele Landwirte sein wird. Sie werden künftig auf derselben Fläche Getreide und Strom ernten. Bei der Photovoltaik auf staatlichen Dächern geht es voran. Entweder macht der Staat es in Eigenregie, oder die Flächen werden verpachtet. Wenn man in Bayern unterwegs ist, sieht man, dass überall neue PV-Anlagen entstehen. Hoffentlich werden sie auch angeschlossen. Hier herrscht Aufbruchstimmung. Die brauchen wir auch. Hoffen wir, dass überall das benötigte Material ankommt.

Aufbruchstimmung wollen wir auch bei der Windkraft. Die Ausnahmeregelungen von 10 H, für die wir FREIEN WÄHLER erfolgreich gekämpft haben, schaffen das Potenzial für einen Ausbau in einer Größenordnung, die uns voranbringt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Beim Thema Stromerzeugung kommen wir natürlich nicht an der Wasserkraft vorbei. Ich hoffe, dass die Beschlüsse, die heute im Bundestag gefasst werden, es verhindern, dass der kleinen und mittelständischen Wasserkraft mit der EEG-Reform der Hahn zuge dreht wird.

(Florian von Brunn (SPD): Genau das haben wir heute erreicht!)

– Wunderbar. Es geht voran. – Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, jetzt sagen Sie wieder, dass die kleine Wasserkraft ihr Potenzial ausgeschöpft hat

und der Schaden größer wäre als der Nutzen. Ich sage Ihnen, dass wir jede Kilowattstunde Strom brauchen. Es gibt viele alte Anlagen, die moderner, ökologischer und auch effizienter gemacht werden könnten. Aber dafür braucht es Perspektiven.

(Zuruf: Und Wasser!)

Deshalb hatte Wirtschaftsminister Aiwanger ein starkes Förderprogramm aufgelegt. Das hätte auch dem Zustand der Gewässer geholfen. Aber kein Betreiber wird mehr diese Möglichkeiten ergreifen, wenn die Planungssicherheit fehlen sollte. Uns FREIEN WÄHLERN ist es wichtig, dass der Freistaat nicht nur als Vorbild vorangeht, sondern auch die Kommunen mitnimmt. Dazu braucht es eine starke Förderung, ob für Klimaagenturen, für Wärmepläne, für die Energieoptimierung von Kläranlagen oder oder oder. Hier liegt ein großes Stück Arbeit vor uns. Auch da steckt viel drin in unserem Werkzeugkasten. Wir werden in den kommenden Jahren dafür Sorge tragen, dass die Kommunen die nötige Unterstützung erhalten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Zierer, bitte am Rednerpult bleiben! – Es gibt zwei Meldungen für Zwischenbemerkungen, die erste von Prof. Hahn. Bitte.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Kollege Zierer von den FREIEN WÄHLERN, Sie haben ja gerade so in höchsten Tönen das Haus Glauber, das Umweltministerium, gelobt. Mich würde jetzt mal interessieren, ob uns Herr Glauber heute hier bei seinem eigenen Gesetzentwurf für Fragen zur Verfügung steht – eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Aber möglicherweise fehlt ihm der Mut dazu.

Ich frage Sie jetzt erst mal inhaltlich etwas anderes zu diesem Gesetzentwurf. Der natürliche Klimawandel wird in Ihrem Entwurf schlicht vergessen. Er kommt nicht vor. Aber natürlicher und anthropogener Klimawandel sind nicht seriös voneinander differenzierbar und quantifizierbar.

(Florian von Brunn (SPD): Der Einzige, der nicht seriös ist, ist der Herr Hahn! Und die AfD!)

Sie tun aber so, als wenn man das könnte, und wollen hier aus dem kleinen Bayern heraus das Weltklima retten. Das ist, wie Sie selber schreiben, mit erheblichen Kosten – ich zitiere – verbunden. Bei solch einem enormen Einsatz von Steuermitteln muss der Nutzen für die Menschen, die das bezahlen, aber von Anfang an klar bezifferbar sein. Deshalb meine Frage – sagen Sie uns doch bitte einmal ganz konkret: Um wie viel Prozentstellen nach dem Komma rettet der bayerische Steuerzahler denn das Weltklima mit Ihrem Klimaschutzgesetz?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege. – Bitte, Herr Zierer.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Jetzt haben Sie keine Redezeit mehr übrig, um den Minister zu fragen! – Zuruf von der SPD: Ignorieren!)

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Hahn, ich kann nur ein Beispiel aus Ihrer Denkweise geben. Sie haben auch gesagt, Corona gibt es in dem Umfang überhaupt nicht, und haben Leute ermuntert, Chloretabletten zu schlucken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege Zierer, ich hatte zwei Meldungen für Zwischenbemerkungen; jetzt kommt die zweite. – Bitte, Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Hallo Benno, ich hätte noch mal eine Frage, und zwar: Das alte Klimaschutzgesetz ist am 01.01.2021 in Kraft getreten. Darin stand, einen Klimabericht bekommen wir das erste Mal nach zwei Jahren. Das wäre der 01.01.2023, also in einem guten halben Jahr. Jetzt soll das neue Klimaschutzgesetz am 01.01.2023 in Kraft treten. Da steht jetzt wieder drin, nach einem Jahr gibt es einen Klimabericht. Bekommen wir den Klimabericht jetzt am 01.01.2023, so wie es nach dem jetzigen Gesetz vorgesehen war? Oder soll jetzt wieder nach hinten geschoben werden, noch mal ein Jahr später? Wofür wirst du dich einsetzen?

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Herr Stümpfig, Sie sind so sehr Profi, dass Sie genau wissen, dass solche Maßnahmen und die Vielzahl an Maßnahmen auch ihre Zeit brauchen. Ich bin mir absolut sicher, dass das Ministerium und mein Kollege, Herr Glauber, den Bericht dann vorlegen werden, wenn wir ganz klare Aussagen haben, wohin der Weg geht. Die Geschwindigkeit auf diesem Weg wird immer schneller werden. Darum machen wir in einem Jahr diesen Zwischenbericht auf die neuen Vorgaben hin; denn was bringt es, wenn man hier diskutiert und in die Zukunft schaut? – Wir wollen jetzt aktiv werden, und wenn die Aktivitäten laufen, wird der Bericht vom Minister und seinem Haus kommen.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Ich rufe den nächsten Redner auf, Herrn Florian von Brunn, SPD-Fraktion. Bitte.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es hat lange gedauert, bis CSU und FREIE WÄHLER ihr ungenügendes und schlechtes Klimaschutzgesetz von 2019 endlich korrigieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen auch, warum. An den FREIEN WÄHLERN hat es diesmal nicht gelegen. Wir werden jetzt genau prüfen, ob Ihr mühsam repariertes Gesetz den Anforderungen genügt oder nicht. Eines ist aber klar: Ein neuer Gesetzestext und immer die gleichen Söder-Reden und -Ankündigungen retten das Klima ganz sicher nicht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf: Sie aber auch nicht!)

Es ist wichtig, ein Klimaschutzgesetz zu haben, das klare Ziele formuliert und den Klimaschutzanforderungen genügt. Aber noch wichtiger ist es, tatkräftig zu handeln. Wir brauchen jetzt den starken Ausbau der Windkraft in Bayern, den Ausbau von Geothermie und Fernwärmenetzen und des umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrs, inklusive 365-Euro-Ticket.

(Beifall bei der SPD)

Genau dafür steht die SPD. An diesen Zielen werden wir Sie messen. Es reicht nicht, immer nur nach Berlin zu deuten. Wir wollen in Bayern selbst etwas tun und ein echtes Vorbild im Klimaschutz werden.

(Beifall bei der SPD)

Bisher haben Sie noch nicht geliefert. Sie haben nur sehr viel angekündigt und versprochen. Ich nenne Ihnen gerne ein Beispiel von Ankündigungsweltmeister Markus Söder. Es ist jetzt drei Jahre her, dass Herr Söder Bäume umarmt und dabei unter anderem hundert neue Windräder versprochen hat. Was ist daraus eigentlich

geworden? – Kein einziges dieser Windräder ist gebaut worden, geschweige denn in Betrieb. Es war heiße Luft wie die meisten Söder'schen Ankündigungen.

(Beifall bei der SPD – Arif Taşdelen (SPD): Die Bäume wurden gefällt!)

Weil Sie so viel ankündigen und so wenig liefern, werden wir Ihren Gesetzentwurf einer sehr genauen und kritischen Überprüfung unterziehen. Wir, die SPD, werden sehr genau darauf achten, ob die notwendigen Veränderungen auch gerecht erfolgen, ob Sie die Menschen hier in Bayern von den steigenden Energiekosten entlasten. Die Möglichkeiten dazu haben wir.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden prüfen, ob Sie den Städten und Gemeinden neue Kosten auflasten oder ob Sie die Kommunen, die einen Löwenanteil der Ausgaben stemmen müssen, mit ausreichend Geld ausstatten, so wie wir das fordern. Die Kommunen brauchen ihr Geld für ihre sonstigen zahlreichen Ausgaben für ihre Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD)

Darüber hinaus stellen sich weitere wichtige Fragen. Bayern hat seit 2006 keine nennenswerte Reduzierung von Treibhausgasemissionen geschafft. Es bringt also nichts, Ziele zu formulieren, die man dann nicht einhält. Sie erinnern mich in diesem Zusammenhang ein bisschen an jemanden, der sich jedes Jahr an Neujahr immer wieder aufs Neue das Gleiche für das neue Jahr vornimmt, es aber noch nicht einmal ansatzweise schafft. Deswegen brauchen wir eine unabhängige Überprüfung, ein externes Monitoring betreffend den Fortschritt im Klimaschutz. Warum haben Sie nicht den Mut, Herr Minister, damit unabhängige Expertinnen und Experten zu beauftragen?

(Beifall bei der SPD)

Außerdem brauchen wir den Mut und die Entschlossenheit, im Freistaat klimaschädliche Subventionen auf den Prüfstand zu stellen.

Ich fasse zusammen: Nach langer Wartezeit bessern Sie zwar endlich Ihr unzureichendes bisheriges Klimaschutzgesetz nach, aber Sie haben keine Vorschläge, wie Klimaschutz sozial gerecht umgesetzt werden kann und wie die Menschen hier in Bayern von Ihnen entlastet werden sollen. Es fehlt eine unabhängige Ergebniskontrolle, eine echter Klima-TÜV. Das Wichtigste für uns, für die SPD, ist aber: Mit Zielen auf dem Papier, mit den immer gleichen Ankündigungen erreicht man keine Klimaziele. Wir wollen deshalb nicht nur den starken Ausbau der Windkraft und der Geothermie, sondern wir wollen endlich auch Klimaschutzinvestitionen für einen guten öffentlichen Verkehr in Stadt und Land.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege. – Ich rufe den nächsten Redner auf: Martin Hagen von der FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach langem Warten und viel Streit in den Regierungsfractionen, der teilweise auch medial ausgetragen wurde, liegt uns jetzt der neue überarbeitete Gesetzentwurf vor. Wobei die Bezeichnungen "neu" und "überarbeitet" dem Entwurf nicht wirklich gerecht werden. Vor fast einem Jahr stand der Ministerpräsident hier vorn am Rednerpult und versprach uns allerhand Neuerungen im Klimaprogramm. So sollte auf staatlichen Dächern viermal so viel Solarfläche entstehen wie bisher. Sämtliche Anfragen

zu diesem Thema zeigen aber auf, dass der PV-Ausbau auf staatlichen Liegenschaften nach wie vor stiefmütterlich behandelt wird.

Bei der Geothermie hieß es, dass die Strategie ausgebaut und beschleunigt wird. Nur leider ist der Beweis, der 2019 angekündigte "Masterplan Geothermie", bis heute nicht veröffentlicht. Wie sollen Projektierer und Gemeinden aber potenzielle Geothermie-Projekte planen, wenn sie seit drei Jahren keinerlei Unterstützung von der Staatsregierung bekommen? Das frage ich auch als Anwohner einer Gemeinde, die genau ein solches Projekt plant.

Auch die Einführung des Wasser-Cents wurde vor fast einem Jahr an dieser Stelle angekündigt. Bis heute warten wir auf einen entsprechenden Gesetzentwurf. Gerade bei diesem Thema hoffe ich, dass der Wasser-Cent nicht so lange auf sich warten lässt wie das nun endlich vorliegende Klimaschutzgesetz.

Zu den Zielen: Bei der Klimaneutralität der Staatsverwaltung gehen Sie jetzt ohne erkennbaren Grund von 2030 auf 2028. Die Staatskanzlei und die Staatsministerien sollen sogar bereits ein halbes Jahr vorher ihre Emissionen durch Zertifikate ausgleichen. Allerdings sind weder für die Staatskanzlei noch für die Ministerien die genauen Treibhausgasemissionen bekannt. Sie wissen also überhaupt nicht, was ausgeglichen werden muss. Damit wird es auch schwierig, entsprechende Zertifikate stillzulegen. Die Klimaneutralität für ganz Bayern ziehen Sie auf das Jahr 2040 vor, fünf Jahre vor das bundesdeutsche Ziel und zehn Jahre vor das angestrebte europäische Ziel. Ich frage mich: Wie behandeln Sie dann bayerische Unternehmen, die am Europäischen Emissionshandel teilnehmen? Dieser sieht nämlich eine Klimaneutralität bis 2050 vor. Wenn Sie die Unternehmen vorzeitig zwingen, bereits 2040 keine Treibhausgasemissionen auszustoßen, wie wollen Sie das erstens rechtlich umsetzen und zweitens verhindern, dass die dann nicht genutzten CO₂-Zertifikate anderswo genutzt werden? Solche nationalen und regionalen Alleingänge bringen keinen Nettoeffekt für das Klima.

(Beifall bei der FDP)

Zuletzt gilt es, noch ein weiteres Thema anzusprechen, das neben dem Ausbau der Erneuerbaren immer wieder vergessen wird, nämlich der durch die Elektrifizierung der Gesellschaft notwendig gewordene Netzausbau. Damit meine ich nicht den Leitungsausbau des HGÜ-Netzes, den die Regierungsfractionen jahrelang sabotiert und verzögert haben, sondern ich meine den Netzausbau im Verteilnetz, das maßgeblich den Erfolg der Energiewende bestimmen wird. Neun von zehn Erneuerbare-Energie-Anlagen hängen am Verteilnetz. Das Bayernwerk will sein Netz bis 2030 verdoppeln, die Lechwerke wollen es um 50 % ausbauen. Das wird absehbar zu neuen Konflikten im Aus- und Neubau des Verteilernetzes führen. Die Staatsregierung sollte deshalb alles daransetzen, aus ihren Fehlern im HGÜ-Debakel zu lernen, um den Ausbau nicht wieder mit Stimmungsmache auf kommunaler Ebene zu verhindern.

Es war eine schwere Geburt, dieses Gesetz. Ein besonders schönes Kind ist es nicht geworden. Wir sind gespannt, wie es sich weiter entwickelt. Vielen Dank, und an die Freunde der CSU: Viel Spaß im Biergarten.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, bitte bleiben Sie da. Kurz vor Torschluss haben wir noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Prof. Dr. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Hagen von der FDP, eine wirklich fundamentale Oppositionskritik sieht für mich anders aus. Sie scheinen

sich zu arrangieren mit diesem Klimaschutzgesetz von FREIEN WÄHLERN und CSU. Das ist nicht verwunderlich, wenn man sieht, dass Sie das als FDP auch alles in diesem ganzen Klimahype auf Bundesebene mitmachen. Sie haben sich aber eben darüber beschwert, dass es zu wenig PV, also Solaranlagen auf den Dächern gäbe. Das geht Ihnen nicht schnell genug. Herr Söder ist vorgeprescht und hat jetzt auf privaten Neubauten Solaranlagen sozusagen vorgeschrieben. Die FDP war einmal die Partei der Marktwirtschaft, des freien Gestaltens. Was halten Sie denn davon? Sind Ihnen die PV-Anlagen recht, oder ist es Ihnen nicht recht, weil es sich hier um private Eigentümer handelt?

Martin Hagen (FDP): Herr Kollege Hahn, Sie haben vollkommen recht, dass wir keine Fundamentalkritik üben. Anders als Sie halten wir den Klimawandel nämlich nicht für eine Erfindung. Sie haben sich als gallisches Dorf bezeichnet. Ich möchte ein anderes Bild nehmen: Wenn alle eine andere Position haben als man selbst, dann ist man vielleicht nicht Asterix, sondern ein Geisterfahrer. Denken Sie mal darüber nach.

(Lebhafter Beifall bei der FDP, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich erinnere an den vorab gefassten Beschluss. Damit ist die Sitzung geschlossen. Ich wünsche einen schönen Abend.

(Schluss: 19:17 Uhr)

3. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Dr. Wolfgang Heubisch u.a. und Fraktion (FDP)
Into Space I: Freiheitszonen für die Weltraumforschung
Drs. 18/21925, 18/23390 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

4. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Dr. Wolfgang Heubisch u.a. und Fraktion (FDP)
Into Space II: Startplatz für Microlauncher
Drs. 18/21926, 18/23391 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

5. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Dr. Wolfgang Heubisch u.a. und Fraktion (FDP)
Into Space III: Nationales Weltraumgesetz
Drs. 18/21927, 18/23392 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

6. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Dr. Wolfgang Heubisch u.a. und Fraktion (FDP)
Into Space IV: Internationalen Weltraumvertrag aktualisieren
Drs. 18/21928, 18/23398 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

7. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Dr. Wolfgang Heubisch u.a. und Fraktion (FDP)
Into Space V: Finanzierungsbedingungen der Raumfahrt sichern
Drs. 18/21929, 18/23399 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

8. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Albert Duin u.a. und Fraktion (FDP)
Into Space VI: Anhörung zur Luft- und Raumfahrtstrategie in Bayern
Drs. 18/21930, 18/23401 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

9. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Albert Duin u.a. und Fraktion (FDP)
Into Space VII: Experimentier-Satellit für Grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung
Drs. 18/21931, 18/23402 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Albert Duin u.a. und Fraktion (FDP)
Into Space VIII: Prüfung des Bedarfs von Testhallen für die Weltraumforschung
Drs. 18/21932, 18/23327 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Albert Duin u.a. und Fraktion (FDP)
Into Space IX: Ausweitung der Grundlagen- und anwendungsorientierten Forschung
Drs. 18/21933, 18/23413 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Albert Duin u.a. und Fraktion (FDP)
Into Space X: Wissenschaftswettbewerb im Bereich der Luft- und Raumfahrt ausschreiben
Drs. 18/21934, 18/23414 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Dr. Wolfgang Heubisch u.a. und Fraktion (FDP)
Nachhaltige Raketentreibstoffe in Bayern entwickeln
Drs. 18/21935, 18/23400 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Für mehr Fachkräfte in Kitas und der gesamten Kinder- und Jugendhilfe – Ausbildungskapazitäten steigern, Gründung von Fachakademien erleichtern
Drs. 18/22109, 18/23485 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Pflegekräftemangel im Blick V – Vollfinanzierung der einjährigen Ausbildung zur Pflegefachhelferin/zum Pflegefachhelfer
Drs. 18/22201, 18/23285 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Stärkung des Heimatschutzes in Bayern
Drs. 18/22205, 18/23333 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Potenzial zur Personalgewinnung für die Kinderbildung und -betreuung in Bayern erfassen, zielgerichtete Maßnahmen einleiten
Drs. 18/22210, 18/23486 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wärmewende jetzt – Sanierungsfahrpläne für staatliche Gebäude erstellen
Drs. 18/22481, 18/23389 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Rundfunkbeitrag aufgrund der steigenden Inflation aussetzen
Drs. 18/22500, 18/23364 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

20. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl u.a. CSU
Vorsteuerabzug bei Einrichtungen mit einem gesundheitsfördernden Bezug
hier: Kur und Erholung
Drs. 18/22542, 18/23330 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Traditionen erhalten – ermäßigte Biersteuersätze für kleine und mittelständische Brauereien sowie eine dauerhaft reduzierte Umsatzsteuer in der Gastronomie
Drs. 18/22571, 18/23415 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang u.a. und Fraktion (AfD)
Günstige Lebensmittel im Supermarkt:
Umsatzsteuer aussetzen, Wettbewerb stärken!
Drs. 18/22572, 18/23331 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen,
Dr. Wolfgang Heubisch, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
BAföG ausweiten und digitalisieren
Drs. 18/22574, 18/23365 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

24. Antrag der Abgeordneten Christian Flisek,
Volkmar Halbleib, Doris Rauscher u.a. SPD
Beteiligung bei der Reform des Hochschulrechts:
Sachverständigenanhörung zum Gesetzentwurf des
Bayerisches Hochschulinnovationsgesetzes (BayHIG)
Drs. 18/22690, 18/23366 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

25. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart,
Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Keine Fortsetzung des Unrechtes über das Hausrecht: Sonderregeln an
Hochschulen und Forschungseinrichtungen untersagen, die über die
geltende Infektionsschutzmaßnahmenverordnung hinausgehen
Drs. 18/22702, 18/23367 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>				

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu
legen.

